

Der WählerInnenwille



Barbara Steininger
Der Souverän und die Volksvertretung



Gabriele Melischek
Der publizierte WählerInnenwille



Günther Ogris, Aleksandra Ptaszynska
Der WählerInnenwille und wie man ihn erforscht



Ferdinand Karlhofer
Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven

Peter Filzmaier
Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo

Reinhard Krammer
Neue Rubrik zur Fachdidaktik

Herbert Pichler
Was bringt das Wählen mit 16?

Christian Reiner
Wie bilde ich mir meinen Wählerwillen?

Elfriede Windischbauer
Was wollen Wählerinnen?

Gerhard Tanzer
Der NichtwählerInnenwille

Die *Informationen zur Politischen Bildung*,
herausgegeben vom Forum Politische Bildung,
erscheinen zweimal jährlich.

Redaktionsadresse:
Forum Politische Bildung
A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5
Tel.: 0043/1/512 37 37-11
Fax: 0043/1/512 37 37-20
E-Mail: office@politischebildung.com
www.politischebildung.com

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Der WählerInnenwille
Forum Politische Bildung (Hrsg.). – Innsbruck; Bozen;
Wien: Studien-Verl., 2007
(Informationen zur Politischen Bildung; Bd. 27)
ISBN: 978-3-7065-4527-3
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign
Lektorat: Irmgard Dober
Druck: Berger, Horn, Printed in Austria, 2007

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift
Informationen zur Politischen Bildung: Informationen und
Debattenbeiträge zur Politischen Bildung. Die veröffentlichten Beiträge
geben nicht notwendigerweise die Meinung des Herausgebers wieder.

Bildnachweis Umschlag:
SchülerInnen des Schulzentrums
Ungargasse, Wien 2006/Gerhard Tanzer
© Forum Politische Bildung

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden unterstützt vom
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Abteilung Politische Bildung, Umweltbildung und VerbraucherInnenbildung

bm:uk

Forum Politische Bildung (Hrsg.)

Informationen zur Politischen Bildung

Nr. 27 • 2007

Der WählerInnenwille

Forum Politische Bildung:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Ingrid Bauer,
Universität Salzburg
Mag. Barbara-Anita Blümel,
Parlamentsdirektion
Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs,
Universität Salzburg
Mag. Gertraud Diendorfer,
Demokratiezentrum Wien
Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann,
Universität Wien
Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier,
Donau-Universität Krems
Em. Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich,
Universität Wien
Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll,
Österreichisches Institut für Internationale Politik
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Krammer,
Universität Salzburg
Em. Univ.-Prof. Dr. Dietmar Larcher,
Universität Klagenfurt
Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka,
Central European University Budapest
Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntischer Riekmann,
Universität Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert,
Universität Wien
Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos,
Universität Wien
Univ.-Prof. Dr. Brigitte Unger,
Universität Utrecht
Em. Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl,
Universität Wien

In Zusammenarbeit mit

MR Mag. Manfred Wirtitsch,
BMUKK, Abteilung Politische Bildung, Umweltbildung und VerbraucherInnenbildung

Redaktion:

Mag. Gertraud Diendorfer (Gesamtredaktion)
Mag. Petra Dorfstätter (Redaktionelle Mitarbeit)
Mag. Petra Mayrhofer (Redaktionelle Mitarbeit)

Inhalt

3 Einleitung

Informationsteil

- 5 **Der WählerInnenwille – was ist das?**
- 9 **Barbara Steininger**
Der Souverän und die Volksvertretung
- 20 **Gabriele Melischek**
Der publizierte WählerInnenwille
- 29 **Günther Ogris, Aleksandra Ptaszynska**
Der WählerInnenwille und wie man ihn erforscht
- 37 **Ferdinand Karlhofer**
Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven
- 45 **Peter Filzmaier**
Ein unaufhaltbarer Sinkflug?
Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo

Für den Unterricht

- 52 **Reinhard Krammer**
Aus der Theorie für die Praxis: Geschichts-
didaktik und Politikdidaktik – zwei Seiten
einer Medaille?
- 58 **Herbert Pichler**
Was bringt das Wählen mit 16?
- 63 **Christian Reiner**
Wie bilde ich mir meinen WählerInnenwillen?
- 72 **Elfriede Windischbauer**
Was wollen Wählerinnen?
- 77 **Gerhard Tanzer**
Der NichtwählerInnenwille

Wissenswertes, Grafiken, Tabellen

- 11 Mandatsverteilung im Nationalrat
- 13 Alter der Abgeordneten zum Nationalrat
- 17 Entwicklung des Wahlrechts in Österreich
1848–2007
- 18 Wahlrechtsreformen
- 21 Die Akteure der politischen Kommunikation
- 22 Nutzung von Tageszeitung und Fernsehen
für die politische Information
- 22 Bedeutung der Massenmedien für
Nationalratsabgeordnete
- 24 Empfehlungen der Enquete-Kommission für die
Veröffentlichung von Umfrageergebnissen
- 25 Restriktionen für die Veröffentlichung von
Umfragen in der EU
- 30 Die WählerInnenstromanalyse
- 31 Die Hochrechnung
- 32 Nationalratswahl 2006: Wahlpräferenz nach
Erwerbsstatus
- 32 Nationalratswahl 2006: Wahlpräferenz nach
Alter/Geschlecht
- 35 Von der WählerInnenregistrierung bis zur
Stimmabgabe
- 36 Steckbrief einer Wahl in Österreich
- 36 Wie entsteht das Wahlergebnis
der Nationalratswahl?
- 38 Wahlrechtsreform 2007
- 40 Wählen mit 16 – Pro und Contra
- 41 Politikinteresse und Wahlaltersenkung
bei 15- bis 19-Jährigen
- 43 Wahlsysteme in Europa
- 44 Wie wirken Wahlsysteme?
- 46 Wahlbeteiligungsraten in Österreich
2003–2006 im Vergleich
- 47 Parlamentswahlen in EU-Europa und
den USA 2006
- 48 NichtwählerInnenmotive bei der
Nationalratswahl 2006
- 51 E-Voting: Erhöhung der Wahlbeteiligung
per Mausklick?
- 51 Politikkabine.at
- 55 Operationen des Geschichtsbewusstseins
- 56 Kompetenzbereiche
- 83 **Glossar**
- 86 **Weiterführende Hinweise**

Einleitung

*„Es ist wichtig, dass wir möglichst viele gewinnen, sich am politischen Prozess zu beteiligen, sich einzubringen. Das setzt Wissen um Demokratie und Zusammenhänge voraus.“
BM Claudia Schmied in einem „Standard“-Interview am 21./22. April 2007, S. 8*

Mit der Wahlrechtsreform 2007 und der darin beschlossenen Wahlaltersenkung auf 16 Jahre erhalten auch die 16- bis 18-Jährigen ab der nächsten Nationalratswahl die Möglichkeit, zu wählen. Die Demokratie-Initiative der Bundesregierung, getragen vom Unterrichts- und Wissenschaftsministerium, ist eine begleitende Maßnahme, die Politische Bildung stärken sowie Jugendliche dabei unterstützen soll, ihr Recht auch in Anspruch nehmen zu können.¹

Auch die nächsten Hefte der „Informationen zur Politischen Bildung“ werden thematisch an den Schwerpunkten „Wählen ab 16“ und der Demokratie-Initiative ausgerichtet sein. Den Auftakt dazu macht das vorliegende Heft, das ganz im Zeichen des „WählerInnenwillens“ steht: Wie kann man die Millionen individuellen Wünsche und Vorstellungen der WählerInnen in demokratisch legitimierte Politik umsetzen, wie lässt sich eine Regierungskoalition bilden, die der Mehrheit der WählerInnen gerecht wird? Ein aktuelles Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Diskussion Mehrheits- versus Verhältniswahlrecht.

Antworten darauf findet man in vorliegenden Beiträgen, die sich mit dem Parlament als Repräsentationsforum des WählerInnenwillens befassen, die dem publizierten WählerInnenwillen nachspüren, die erläutern, wie man diesen erforscht und welche Wahlmotive dahinterstecken. Einen Schwerpunkt stellt das Thema „Wählen mit 16“ dar, Erfahrungen mit politischer Partizipation von Jugendlichen auf Gemeinde- und Landesebene sowie im europäischen Vergleich. Darüber hinaus befasst sich das Heft mit der Wahlbeteiligung in Österreich und im internationalen Vergleich, mit der Wirkung von Wahlsystemen und E-Voting.

Der Praxisteil beinhaltet Unterrichtsbeispiele bereits ab der 8. Schulstufe und zeigt auf, wie man das Thema „Wählen mit 16“ in den Unterricht integrieren kann. Wie bilde ich mir einen eigenen WählerInnenwillen, wer beeinflusst mich dabei? Was wollen WählerInnen? Wie geht man mit dem Thema Wahlbeteiligung bzw. dem NichtwählerInnenwillen um? Das LehrerInnenteam hat Verweise auf den Lehrplan formuliert und motivierende Einstiege (E) sowie Arbeitsaufgaben (A) mit kopierfähigen Materialien (M) erarbeitet. Neu ist die Rubrik „Aus der Theorie für die Praxis“, die sich mit fachdidaktischen Fragen zur Politischen Bildung beschäftigt. Sie soll mit dazu beitragen, eine Fachdidaktik zur Politischen Bildung zu entwickeln.

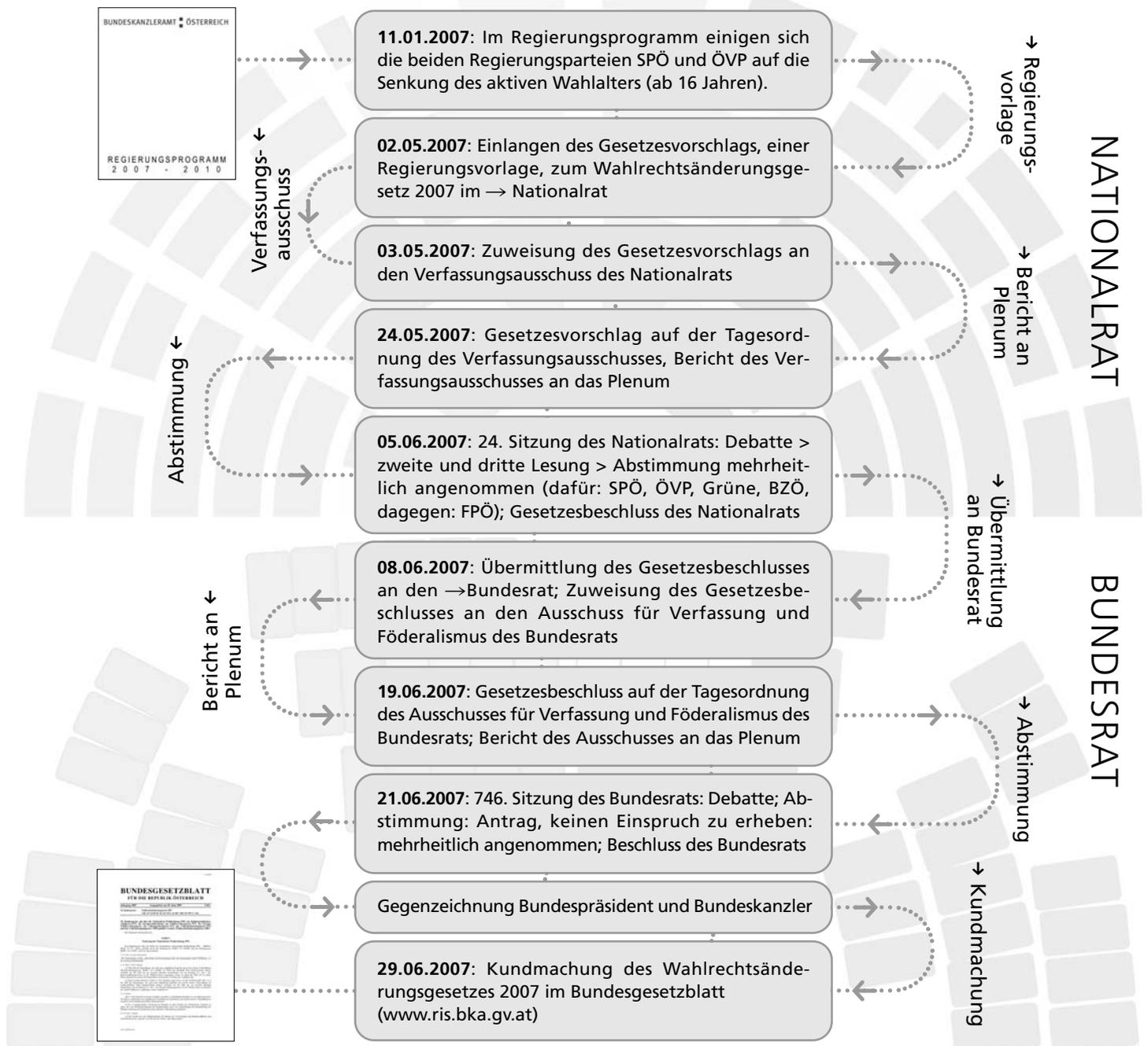
Ebenfalls neu ist die begleitende Onlineversion auf www.politischebildung.com. Ergänzend zu den Beiträgen im Heft gibt es auf der Website des Forums Politische Bildung weiterführendes aktuelles Material wie Texte, Tabellen und Infografiken mit ausführlichen Analysetexten für eine umfassende und vertiefende Information zum Thema Wahl.

Wien, August 2007

Mag. Gertraud Diendorfer

¹ BMUKK/BMWF: Presseinformation „Demokratie braucht junge Menschen“. Die Demokratieinitiative der österreichischen Bundesregierung vom 8.5.2007.

Wie ein Gesetz entsteht: Am Beispiel der Wahlrechtsreform 2007, mit der u.a. „Wählen ab 16“ eingeführt wurde (NRWO-Novelle 2007)



Mit diesem Gesetzesbeschluss erhalten auch 16- und 17-Jährige das Recht, bei der nächsten Nationalratswahl (voraussichtlich 2010) ihre Stimme abzugeben. Die Wahlaltersenkung muss aufgrund des → Homogenitätsprinzips auf gesetzlicher Ebene auch auf Länder- und Gemeindeebene nachvollzogen werden.

Damit Jugendliche dieses Recht auch in Anspruch nehmen, hat die Bundesregierung die „Demokratie-Initiative“ ins Leben gerufen, deren Projekte unter der Ägide von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium die Jugendlichen für Politik sensibilisieren sollen.

Quellen: Parlamentsdirektion Wien (Hrsg.): Das Österreichische Parlament. Wien 2006, S. 68–71; Die Presse, 5. August 2007, S. 3; <http://www.parlament.gv.at> > Menü > parlamentarisches Geschehen > Verhandlungsgegenstände > im Nationalrat > Regierungsvorlagen > Gesetzesvorschläge > Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 (88 d.B.) (letzter Zugriff 06.08.2007)

„Der WählerInnenwille – was ist das?“

Vor der Wahlurne sind sie alle gleich: Ob PolitikerInnen, ManagerInnen oder SchülerInnen ab 16 Jahren, sie alle vollziehen mit der Stimmabgabe denselben Akt der politischen Willensäußerung. Nach geschlagener Wahl werden die Stimmen gezählt, es gilt, eine Regierung zu bilden, und oft ist dann in den Medien und in der Öffentlichkeit vom „Wählerwillen“ die Rede. Was genau bedeutet dieser viel zitierte Begriff, wie sehen WählerInnen aus den verschiedenen Blickwinkeln der österreichischen Gesellschaft den WählerInnenwillen?

Im Mai 2007 haben wir circa 30 Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft, Politik (alle Vorsitzenden der im Nationalrat vertretenen Parteien und die Sozialpartner), Wirtschaft, Kultur, Medien, Sport sowie Jugendlichen die Frage „Der WählerInnenwille – was ist das?“ per Brief oder E-Mail gestellt. Wir danken allen hier Zitierten herzlich, dass sie sich für die Beantwortung Zeit genommen haben. Sie fungieren als VertreterInnen verschiedener Bereiche der österreichischen Gesellschaft und sollten ein breites Spektrum der öffentlichen Meinung abdecken.



© Markus Szyszkowitz

Markus Szyszkowitz,
Karikaturist

Igor Mitschka (15),
Obmann SchülerInnen-
verein „Coole Schule“

Für mich bedeutet der WählerInnenwille das Ergebnis einer Wahl, aus dem sich ableiten lässt, welche Parteien von den meisten WählerInnen bevorzugt wurden und somit eine Regierung bilden sollten. Grundsätzlich kann man aber nicht von „dem Wählerwillen“ sprechen, denn auch die stärksten Parteien wurden nicht von allen WählerInnen gewählt und entsprechen somit nicht dem Willen aller WählerInnen. Außerdem ist es wichtig, den sogenannten „Wählerwillen“ nicht mit der Einstellung der ganzen Bevölkerung zu verwechseln, da viele Menschen gar nicht mehr wählen gehen und andere nicht wählen dürfen (z.B. Kinder und Jugendliche unter 16).

Manfried Welan,
emeritierter Professor
für Rechtslehre,
Universität für
Bodenkultur Wien

WählerInnenwille ist nicht Volkswille. Volk ist mehr und anderes als die WählerInnen. Demokratie ist nicht Identität von Herrschern und Beherrschten. Es gibt Fiktionen der Demokratie. Darüber ist aufzuklären. Gibt es den WählerInnenwillen? Was ist der WählerInnenwille? PolitikerInnen und andere, die sich mit Politik beschäftigen, meinen ihn zu kennen. Daher muss man diese befragen. Ich kann die Frage besonders beim Verhältniswahl-system nur ausnahmsweise bei bestimmten Wahlergebnissen beantworten.

Anton Pelinka,
Politologin, Central
Eastern University
Budapest

Der WählerInnenwille ist ein oberflächliches Konstrukt, das in der Politischen Bildung nur verwendet werden sollte, um es zu de-konstruieren. Da es „den Wähler“ oder „die Wählerin“ nicht gibt, gibt es auch nicht „den Wählerwillen“. Es gibt – äußerstenfalls – den Willen der urbanen, besser gebildeten Frauen unter 35; oder den Willen der Bergbauern, oder den Willen der oststeirischen Pensionisten: in Form der Präferenzen einer signifikanten Mehrheit dieser einzelnen Segmente der Gesellschaft. Wer mit dem „Wählerwillen“ argumentiert, demonstriert entweder analytische Hilflosigkeit oder die Absicht, eine komplexe Wirklichkeit durch eine unzulässige Vereinfachung zu vernebeln.

Sieglinde Rosenberger,
Politologin, Universität
Wien

Den WählerInnenwillen gibt es nicht, er ist als Aggregat von Meinungen, Strategien, Präferenzen ein Artefakt. Aber da gewählte PolitikerInnen sich fallweise auf ihn berufen, ihn je nach Interessenslage interpretieren, gibt es ihn dann doch – nämlich als Konstrukt zur Legitimation von partikularen Forderungen oder Entscheidungen. Der Hinweis auf den WählerInnenwillen ist also primär als eine politische Kommunikationsstrategie zu lesen.

Johanna Rachinger,
Generaldirektorin der
Österreichischen
Nationalbibliothek

„Wählerwille“ ist der wesentliche Begriff zur Legitimation unserer demokratischen Staatsform. Er vermittelt den Eindruck, dass der Wille, die Entscheidung jeder Staatsbürgerin/jedes Staatsbürgers, sofern sie/er wahlberechtigt ist und zur Wahl geht, das Geschick unserer Gesellschaft bestimmt oder zumindest mitbestimmen kann.

Dies ist eine sehr vereinfachte Vorstellung. Bei genauerer Betrachtung allerdings ist der „Wählerwille“ kein linearer Begriff. Dahinter stehen die sehr unterschiedlichen Wahlordnungen, ob etwa eine Präsidentin/ein Präsident direkt gewählt wird oder Parteien für das Parlament. Dahinter steht auch die ganze komplexe Struktur einer parlamentarischen Demokratie, wo die WählerInnen immer nur eine Partei mit mehr oder weniger vagem Programm wählen und nur ganz selten direkt Sachfragen entscheiden können; vom enormen Einfluss der Medien einmal ganz abgesehen. Es ist also letztendlich ein eher fiktiver Begriff, den wir aber (ge-)brauchen, um unser Vertrauen in die Demokratie aufrechtzuerhalten.

WählerInnenwille achten heißt: Antworten geben auf die Sorgen der Menschen. In unserem System der repräsentativen Demokratie drückt sich der WählerInnenwille zunächst dadurch aus, dass über die Zusammensetzung des Parlaments und in der Folge der Regierung in freien Wahlen entschieden wird. Die Kunst der Politik besteht darin, nach geschlagener Wahl eine arbeitsfähige Regierung zu zimmern, die Herausforderungen wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Absicherung des Wohlstands bewältigt. Den Menschen ist dabei die Frage, wer politische Hahnenkämpfe gewinnt, weit weniger wichtig als jene, ob sie mit Zuversicht in ihre Zukunft und die ihrer Kinder blicken können. Für mich bedeutet Demut vor dem WählerInnenwillen, Antworten zu geben auf die Sorgen der Bevölkerung.

Christoph Leitl,
Präsident der
Wirtschaftskammer
Österreich

Der WählerInnenwille ist zumeist ein Konstrukt, das es PolitikerInnen sowie JournalistInnen ermöglicht, ihre Ansichten durch das Volk zu legitimieren. Der angebliche WählerInnenwille will nach der Wahl auch dann eine rot-schwarze Koalition, wenn neunzig Prozent der SPÖ-WählerInnen auf eine rot-grüne Koalition gehofft hätten – so dieser im Interesse der Parteien ist. Würden PolitikerInnen den WählerInnenwillen tatsächlich ernst nehmen, könnte eine drittstärkste Partei niemals den Bundeskanzler stellen. Reale Effekte erzielt der WählerInnenwille erst dann, wenn eine politische Partei so geschwächt wird, dass es ihr nicht mehr möglich ist, ihre Machtposition aufrechtzuerhalten, oder eine andere politische Gruppe so gestärkt wird, dass de facto keine Regierungsbildung ohne diese Partei möglich ist.

Verena Schäffer,
Ressortleiterin
Innenpolitik beim
österreichischen
Jugend-Online-
Nachrichten-Magazin
CHiLLi.cc

„Der WählerInnenwille muss eindeutig erkennbar sein.“ So lautet das oberste Prinzip, wenn es darum geht, ob ein Wahlzettel als gültig anerkannt wird. Der ÖGB ist überparteilich und tritt nicht bei Wahlen für öffentliche Organe an. Deshalb tritt er unabhängig von Wahlversprechungen und Spekulationen über Wahlrends für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Geht es jedoch um die Interessen der ArbeitnehmerInnen, dann ergreifen ÖGB und Gewerkschaften sehr wohl Partei: nämlich für die ArbeitnehmerInnen. Dazu gehört unter anderem das von der Gewerkschaftsbewegung erkämpfte Recht, BetriebsrätInnen zu wählen. Und dabei zählt nur eines: der WählerInnenwille! www.betriebsraete.at

Rudolf Hundstorfer,
Präsident des
Österreichischen
Gewerkschaftsbunds
(ÖGB)

Was war der WählerInnenwille? Diese Frage stellen sich AnalystInnen, KommentatorInnen und JournalistInnen spätestens am Wahlabend. Früher machten die meisten ihr Kreuzerl dort, wo sie es auch beim letzten Mal gemacht haben. Inzwischen gibt es die unterschiedlichsten Motivationen, die Zahl der WechselwählerInnen steigt. Es gibt taktische WählerInnen, die eine Koalition herbeiwählen wollen, ProtestwählerInnen, die von negativen Emotionen geprägt sind, und *Last-Minute-Decider*, deren Motive oft sehr spontan sind. Die Antwort auf die Frage „Was war der WählerInnenwille“ können heute eigentlich nur mehr MeinungsforscherInnen mit ihren *exit polls* geben.

Barbara Tóth,
Innenpolitik-
Journalistin

Der WählerInnenwille ist teilweise klar, andererseits aber schwer zu erfassen. Wer in der Wahlzelle die Grünen ankreuzt, der oder die will damit zweifelsohne ausdrücken, dass ihm/ihr Umweltschutz, die Einhaltung der Menschenrechte, die Gleichstellung der Frau, die Verbesserung von Schulen und Unis und die Bekämpfung der Armut ein Anliegen ist, also die Themen, für die die Grünen stehen.

**Alexander van der
Bellen,** Bundessprecher
der Grünen

Unklarer ist dagegen, welche Koalition die WählerInnen wollen. Das kann ja mit dem Stimmzettel nicht direkt ausgedrückt werden. Selbst Umfragen ergeben oft ein widersprüchliches Bild. So ist etwa Rot-Grün in Wien, Schwarz-Grün dagegen in den westlichen Bundesländern eher beliebt. Wie kann der WählerInnenwille dennoch erfüllt werden? Indem die Grünen sowohl in der Opposition als auch in einer etwaigen Regierung für die Umsetzung ihrer zentralen Themen kämpfen.

Knut Consemüller,
Vorsitzender des Rates
für Forschung und
Technologie-
entwicklung

Rund 71 Prozent der ÖsterreicherInnen sind der Ansicht, dass Forschung und Entwicklung wichtig sind – für ihren Arbeitsplatz, für ihr persönliches Leben, ihre Gesundheit usw. Daraus ableiten lässt sich ein WählerInnenwille für verstärkte Anstrengungen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, dem die Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm auch Rechnung getragen hat mit gesteigerten Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation. Für den Rat für Forschung und Technologieentwicklung bedeutet dies wiederum einen klaren Auftrag, seine Anstrengungen zur Verbesserung der FTI-Strukturen in Österreich und deren hinreichende finanzielle Ausstattung nicht nur weiterzuführen, sondern noch zu forcieren.

Alfred Gusenbauer,
Parteivorsitzender der
Sozialdemokratischen
Partei Österreichs,
Bundeskanzler

Seit Einführung der ersten demokratischen Gesellschaften im alten Griechenland gehen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen der wichtigsten aller politischen Fragen auf den Grund, der nach dem Willen der Wählerinnen und Wähler. Dabei wurden eine Vielzahl an möglichen Theorien aufgestellt und wieder verworfen. Denn Theorien sind das eine, die Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der Menschen im realen Leben das andere. Und so sind es die grundlegenden Werte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, die von den PolitikerInnen unserer Landes eingefordert werden. In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern waren und sind drei Forderungen immer an oberster Stelle. Dass PolitikerInnen die Anliegen der Menschen ernst nehmen, zuhören und für alle Menschen da sind.

Wilhelm Molterer,
Bundesparteiobmann
der Österreichischen
Volkspartei,
Vizekanzler

Die Wählerinnen und Wähler erteilen im Zuge der verschiedenen Wahlgänge den MandatarInnen durch ihre Entscheidung den Auftrag, für eine bestimmte Zeit Verantwortung für das Land zu tragen. In einer repräsentativen Demokratie manifestiert sich der WählerInnenwille bei den periodisch abzuhaltenden Wahlen z.B. für den Nationalrat, Landtag oder Gemeinderat. Der gewählten Person wird somit am Wahltag die Verantwortung übertragen, den Auftrag der Wählerinnen und Wähler wahrzunehmen. Den WählerInnenwillen ernst nehmen heißt für mich vor allem, den Menschen genau zuzuhören und die richtigen Antworten auf ihre Fragen und Probleme zu geben. Wir sind den Wählerinnen und Wählern im Wort, und das bedeutet, für erklärte Ziele einzutreten, Zusagen von vor der Wahl einzuhalten, verantwortungsvoll Entscheidungen zu treffen, die Balance in der Gesellschaft zu ermöglichen und die bestmögliche Lösung für alle Beteiligten zu suchen.

Monika Kircher-Kohl,
Vorstandsvorsitzende
und Finanzvorstand
der Infineon Tech-
nologies Austria AG

In einer Parteiendemokratie hat das Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Bedeutung. Somit sehe ich es auch als eine Wahlpflicht, die jeder/jede ernst nehmen sollte. Das Wahlergebnis stellt im Idealfall dann den WählerInnenwillen dar. An diesem Punkt hakt es aber auch, denn die Belange, Wünsche oder Gefühle können nicht durch das Ankreuzen einer Partei ausreichend ausgedrückt werden. Somit wird der WählerInnenwille meist nach den passenden Interpretationen der Parteien und ihrer VertreterInnen ausgelegt.

Der Souverän und die Volksvertretung

Einleitung

Der WählerInnenwille ist ein weites Feld: Was Wählerinnen und Wähler bewegt, welche Rolle Parteibindung, Themen- und KandidatInnenorientierung, aber auch Koalitionspräferenzen bei der Wahlentscheidung spielen, ist Gegenstand zahlreicher politikwissenschaftlicher Untersuchungen.¹ Die Teilnahme an Wahlen gehört zu den zentralen politischen →Partizipationsmöglichkeiten, ebenso wie die Teilnahme an →Referenden. In einer →parlamentarischen Demokratie ist das direkt vom Volk gewählte Parlament das zentrale Repräsentativorgan. „Parlamente“ gibt es im →Mehrebenensystem auf jeder Ebene, mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Kompetenzen, aber auch mit Gemeinsamkeiten. Auf Bundesebene ist das der →Nationalrat, auf Landesebene sind es die neun →Landtage, auf Gemeindeebene kann man auch den →Gemeinderat im weitesten Sinn als „Parlament auf kommunaler Ebene“ bezeichnen, und auch die Bezirksvertretungen in Wien gehören zu den „allgemeinen Vertretungskörpern“.² Der →Bundesrat wird nicht direkt gewählt, sondern von den einzelnen Landtagen beschickt. Durch die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union sind die ÖsterreicherInnen auch für die Wahlen zum Europäischen Parlament berechtigt: Die erste EU-Wahl in Österreich fand im Oktober 1996 statt.

**Parlament
zentrales
Repräsentativorgan**

In der parlamentarischen Demokratie bestimmt das Wahlsystem darüber, welche Parteien die Regierung stellen. So werden bei Nationalratswahlen die Abgeordneten gewählt, das Ergebnis ist aber auch ausschlaggebend für die Bildung der Regierung. Das Wahlergebnis bildet die Ausgangsposition für die Parteien: Welche Regierungskoalition letztendlich zustande kommt, ist das Ergebnis der Parteienverhandlungen und der notwendigen Mehrheiten im Parlament.

**Wahlsystem
bestimmt
Regierung**

Die Möglichkeit, durch die Wahl der jeweiligen Abgeordneten in demokratischer Art und Weise an der staatlichen Willensbildung teilzunehmen, ist das Kernstück jeder Demokratie. Umso wichtiger ist es daher, dass auch tatsächlich Wahlfreiheit und die Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Parteien und KandidatInnen besteht. Gewährleistet wird das in Österreich durch das allgemeine, gleiche, persönliche, unmittelbare, geheime und freie Wahlrecht.

**Wahlfreiheit
wichtig**

Die Nutzung des Wahlrechtes – also die Wahlbeteiligung – erhöht oder senkt die Legitimationsbasis von politischen Institutionen und AkteurInnen. Der Wille zur politischen →Partizipation kann in erster Linie durch Bewusstseinsbildung und Motivation gefördert werden. Im →Mehrebenensystem zeigt sich folgendes Bild: Die EU-Wahlen haben die niedrigste, regionale und kommunale Wahlen zumeist die höchste Wahlbeteiligung. Bei den Nationalratswahlen 2006 lag die Wahlbeteiligung bei 78,5 Prozent und erreichte

**Nutzung des
Wahlrechtes
legt Legitimationsbasis**

Wahlrechtsreform 2007 damit einen historischen Tiefstand verglichen mit den bisherigen Nationalratswahlen.³ Die am 5. Juni 2007 im →Nationalrat beschlossene Wahlrechtsreform (Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 und des passiven Wahlalters auf 18 Jahre, Möglichkeit der Briefwahl im Inland sowie Vereinfachung des Wahlrechtes für AuslandsösterreicherInnen) ist ein Versuch, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen sowie das Interesse an der Politik bei den Jugendlichen zu wecken bzw. zu steigern. In diese Richtung geht auch der Beschluss des Verfassungsausschusses des Nationalrates, verfassungsrechtliche und technische Möglichkeiten von *e-voting* einer Machbarkeitsanalyse zu unterziehen.⁴ Kritische Stimmen zur Wahlrechtsreform gab es hauptsächlich in Bezug auf die Verlängerung der →Legislaturperiode des →Nationalrates von vier auf fünf Jahre.

WählerInnenwille und Wahlsystem

Verhältniswahlrecht Das Wahlsystem – Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht – bildet die Grundlage, in welcher Form der WählerInnenwille zum Ausdruck kommt. Die Verhältniswahl ist das am weitesten verbreitete Wahlsystem. Es wird in den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angewendet. Bereits nach der Wende 1989/90 hat es sich in den Staaten Mittel- und Osteuropas überwiegend durchgesetzt. Dagegen findet das Mehrheitswahlrecht (*The winner takes it all*-Prinzip) beispielsweise in Frankreich und Großbritannien Anwendung. In Österreich werden der →Nationalrat, die →Landtage sowie die Mitglieder des →Gemeinderates und die Mitglieder der Bezirksvertretungen in Wien nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, die BundespräsidentInnenwahlen und BürgermeisterInnenwahlen finden nach dem Mehrheitswahlrecht statt. Vorrangiges Ziel des Verhältniswahlrechtes ist es, dass die wahlwerbenden Parteien proportional zu den Stimmen in →Mandaten im Parlament vertreten sind, die politischen Strömungen und Meinungen sollen sich damit „in verkleinertem Maßstab“ im Parlament widerspiegeln.

Mehrheitswahlrecht Ziel des Mehrheitswahlrechtes ist es, einer Partei eine Mehrheit an Mandaten im Parlament zukommen zu lassen, damit diese eine Regierung bilden kann. Dies gilt nicht nur für die absolute, sondern auch für die relative Mehrheit an Stimmen.⁵

Ziel des Verhältniswahlrechtes

Ziel des Mehrheitswahlrechtes

Wichtige Gestaltungselemente des österreichischen Wahlsystems sind folgende vier Faktoren:

Regional-, Landes- und Bundeswahlkreise 1. *Wahlkreiseinteilung*: Nach der Nationalratswahlordnung 1992 werden die →Mandate für den →Nationalrat in 43 Regionalwahlkreisen, neun Landeswahlkreisen und einem Bundeswahlkreis vergeben. Laut den Ergebnissen der Nationalratswahl 2006 wurden 30 Mandate aufgrund des Bundeswahlvorschlages, 68 Mandate auf der Landeswahlkreisebene und 85 Mandate auf Regionalwahlkreisebene vergeben. Wie die Tabelle „Mandatsverteilung im Nationalrat“ zeigt, dominieren SPÖ und ÖVP bei den Regionalwahlkreismandaten, sie besetzen zusammen 80 der insgesamt 85 Mandate. Der Frauenanteil ist mit 33,3 Prozent auf der Bundesliste (10 Mandatarinnen von 30) am höchsten, bei den Regionalwahlkreismandaten (21 Mandatarinnen von 85) am niedrigsten.

Wahlvorschläge durch Parteien 2. *Die Form der Kandidatur*: Die wahlwerbenden Parteien können Landeswahlvorschläge aus Regionalparteilisten und Landesparteilisten für das erste und zweite Ermittlungsverfahren sowie jeweils einen Bundeswahlvorschlag für das dritte Ermittlungsverfahren einreichen. Diese Listen werden von den einzelnen zuständigen Parteigremien erstellt, dadurch wird bereits eine Reihung der KandidatInnen festgelegt. Viele KandidatInnen kandidieren sowohl in einem Regionalwahlkreis als auch auf der Landesliste, und es ist vom Wahlergebnis bzw. von parteiinternen Entscheidungen abhängig, ob sie ein Regionalwahlkreismandat oder ein Landeswahlkreismandat ausüben.⁶ Politische QuereinsteigerInnen (ohne „Hausmacht“ in einer Parteiorganisation) kandidieren zumeist auf der Bundesliste.

MANDATVERTEILUNG IM NATIONALRAT: REGIONALWAHLKREISE, LANDESWAHLKREISE UND BUNDESEBENE NACH PARTEIEN UND GESCHLECHT						
Partei	Regionalwahlkreismandat	Frauenanteil in absoluten Zahlen	Landeswahlkreismandat	Frauenanteil in absoluten Zahlen	Mandate für die Bundesliste	Frauenanteil in absoluten Zahlen
SPÖ	44	13	17	9	7	3
ÖVP	36	7	23	9	7	4
Grüne	2	1	14	9	5	2
FPÖ	3	0	11	2	7	0
BZÖ	0	0	3	0	4	1
Gesamt	85	21	68	29	30	10

Insgesamt 183 MandatarInnen und damit Abgeordnete im Nationalrat
Stand 4.6.2007

Quelle: Parlament, Abgeordnete nach Wahlkreisen,
http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=907,82266&_dad=portal&_schema=PORTAL (letzter Zugriff 6.6.2007).

3. *Vorzugsstimmen*: Durch die Möglichkeit, Vorzugsstimmen zu vergeben, kann die oben genannte Reihung der Kandidatinnen und Kandidaten durch die WählerInnen verändert werden. Der Personalisierung des Wahlrechtes wurde durch das veränderte Modell der Vergabe von Vorzugsstimmen und durch die Einrichtung kleinerer Regionalwahlkreise im Jahre 1992 besonderes Augenmerk geschenkt. Die Möglichkeit der Vergabe von Vorzugsstimmen gab es bereits – allerdings unter anderen Bedingungen – seit der Wahlrechtsreform 1970. Seit 1992 können die WählerInnen sowohl auf Landeswahlkreisebene als auch auf Regionalwahlkreisebene je eine Vorzugsstimme vergeben – nicht aber für KandidatInnen auf der Bundesliste. Mit der Reform 1992 wollten die politischen Parteien der zunehmenden Politik- und Parteienverdrossenheit entgegenwirken, die sich in Umfrageergebnissen und sinkender Wahlbeteiligung zeigte. Man wollte damit WählerInnen mobilisieren und den Kontakt zwischen den Abgeordneten und den Wahlberechtigten durch die Verkleinerung der Wahlkreise intensivieren und verbessern. Den BürgerInnen sollte das Gefühl genommen werden, den politischen Parteien bei der Auswahl der KandidatInnen machtlos gegenüberzustehen.

Personalisierung des Wahlrechtes

Mobilisierung der WählerInnen

Tatsächlich gibt es aber nur wenige Abgeordnete, die seit 1992 aufgrund von Vorzugsstimmen ein Mandat im →Nationalrat erhielten.⁷ Denn mittlerweile werben auch die auf „sicheren“ Listenplätzen gereihten KandidatInnen im Wahlkampf mit eigenen Kampagnen gezielt um Vorzugsstimmen. Daher gelingt es KandidatInnen nur vereinzelt, trotz Reihung auf hinteren Listenplätzen mit Hilfe von Vorzugsstimmen in den Nationalrat gewählt zu werden.⁸ Die meisten Vorzugsstimmen sind reine Sympathiebekundungen für SpitzenpolitikerInnen, deren Einzug aufgrund eines vorderen Listenplatzes ohnedies gesichert ist.⁹ Aus Sicht der Abgeordneten sind Vorzugsstimmen ein Indiz für persönliche Bekanntheit sowie ein objektives Kriterium für persönlichen Erfolg und sie schaffen eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Partei.¹⁰

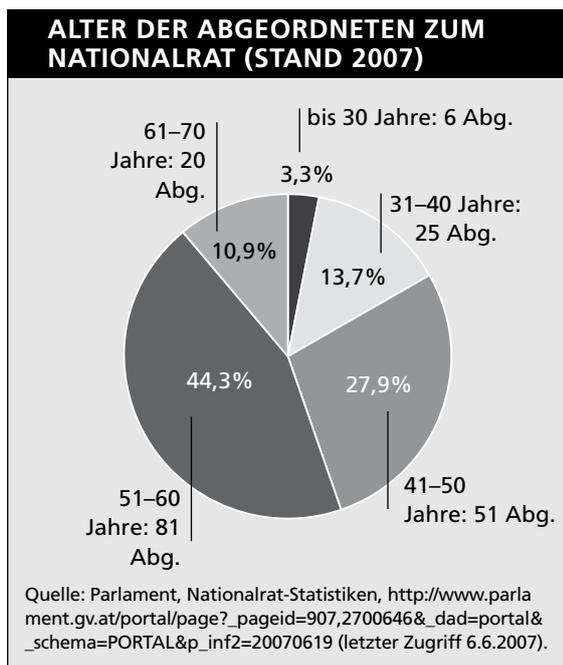
Realpolitisch geringer Effekt

4. *Berechnung der →Mandate*: Wie viele Mandate die Parteien aufgrund der für sie abgegebenen Stimmen erhalten, ist abhängig vom jeweiligen Ermittlungsverfahren. In der Nationalratswahlordnung 1992 wurde festgelegt, dass die Mandate in drei Ermittlungsverfahren zu vergeben sind: auf Ebene der 43 Regionalwahlkreise, der neun Landeswahlkreise sowie des bundesweiten Proportionalausgleichs. In Letzterem werden nur jene Parteien berücksichtigt, die entweder ein Grundmandat in einem Regionalwahlkreis oder bundesweit mindestens vier Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben.¹¹

Mandate vom Ermittlungsverfahren abhängig

Das Parlament als Repräsentationsforum des WählerInnenwillens

Vertretung auf verschiedenen Ebenen	Wie bereits in der Einleitung erwähnt, werden Vertretungskörper auf verschiedenen Ebenen gewählt. Neben dem Europäischen Parlament, neben den im Bundesverfassungsgesetz (B-VG) ausdrücklich vorgesehenen allgemeinen Vertretungskörpern wie →Nationalrat, →Bundesrat (wird von den →Landtagen beschickt), Landtage und Gemeinderäte zählen auch die landesgesetzlich eingerichteten Bezirksvertretungen in Wien dazu. ¹² Im Folgenden gehe ich aus Platzmangel nur auf den Nationalrat ein.
	Die Zusammensetzung des Nationalrates 2007 Die Abgeordneten im Parlament sind Teil der „politischen Klasse“, der Verlauf der politischen Karrieren ist geprägt von spezifischen Rekrutierungsmechanismen. Die Repräsentation verschiedener sozialer Gruppen im Parlament unterscheidet sich von jener in der Gesellschaft: „Dass die soziale Zusammensetzung eines Parlamentes jene der Gesamtbevölkerung nicht spiegelbildlich wiedergibt, kann nicht überraschen, liegt es doch nahe, dass in einer arbeitsteiligen Gesellschaft auch die ParlamentarierInnen als Mitglieder der funktionalen politischen Elite schichtspezifische Merkmale aufweisen.“ ¹³
	Im Folgenden wird die Zusammensetzung des →Nationalrates im Hinblick auf vier demografische und sozialstrukturelle Merkmale – Berufsstruktur, Geschlechterverteilung, Altersstruktur und Bildung – skizziert.
Berufsgruppen	<i>Berufsstruktur der Abgeordneten:</i> Die größte Berufsgruppe bilden nach wie vor die öffentlich Bediensteten mit 30,6 Prozent, gefolgt von den Angestellten von politischen Parteien, Interessenvertretungen und Sozialversicherungen mit 23,5 Prozent. Der Anteil anderer Berufsgruppen liegt jeweils unter 10 Prozent.
Frauenanteil	<i>Mehr weibliche Abgeordnete:</i> Der Frauenanteil stieg seit 1945 im →Nationalrat zwar langsam, aber immerhin bis 2006 kontinuierlich: Bis 1983 lag er unter 10 Prozent, den bisherigen Höchststand wies der Nationalrat 2002 mit 33,9 Prozent auf, 2005 betrug er 32,8 Prozent und fiel nach der Nationalratswahl 2006 auf 31,1 Prozent. ¹⁴ Im Juni 2007 betrug der Frauenanteil 32,2 Prozent. Während nach der Nationalratswahl 2006 der Frauenanteil im SPÖ-Klub, im Klub der ÖVP und bei den Grünen stieg, verringerte er sich im FPÖ-Klub von 33,5 Prozent im Jahr 2005 auf 9,5 Prozent im Jahr 2007 und auch das BZÖ weist nur einen relativ geringen Anteil auf. Der Unterschied zwischen den einzelnen Klubs ist auch 2007 beträchtlich: Den höchsten Frauenanteil mit 57,4 Prozent haben die Grünen, gefolgt von der SPÖ mit 36,8 Prozent, die ÖVP verzeichnet einen Frauenanteil von 28,8 Prozent, das BZÖ von 14,3 Prozent und die FPÖ bildet mit 9,5 Prozent das Schlusslicht.
Alter der Abgeordneten	<i>Altersstruktur:</i> Mehr als die Hälfte der Abgeordneten ist über 51 Jahre alt, die jüngste Abgeordnete war 2007 25,9 Jahre alt (siehe Grafik „Alter der Abgeordneten zum Nationalrat“).
(Aus-)Bildung der Abgeordneten	<i>Bildung:</i> Der AkademikerInnenanteil der Abgeordneten ist um einiges höher als jener der Gesamtbevölkerung: Seit 1986 haben über 40 Prozent der Abgeordneten ein abgeschlossenes Hochschulstudium, 1994 lag der Höchststand des AkademikerInnenanteils bei 50,8 Prozent. Mittlerweile ist er wieder gesunken und liegt 2007 bei 38,8 Prozent. ¹⁵
Tätigkeit der ParlamentarierInnen	Aufgaben, Tätigkeit und Amtsverständnis der Abgeordneten Was tun Abgeordnete in Ausübung ihres →Mandats und wen wollen sie im Parlament vertreten? Die Reden, Debattenbeiträge, Anfragen und Anträge der einzelnen Abgeordneten im Plenum werden am ehesten von den Medien wahrgenommen, sie stellen aber nur



einen Teil der Tätigkeit der ParlamentarierInnen dar.

Nachfolgende Ergebnisse stammen aus einer Untersuchung über das Rollenverständnis und das politische Verhalten der ParlamentarierInnen.¹⁶ Ihre Hauptaufgaben sahen die Abgeordneten in folgenden Bereichen: Gesetzgebung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Kontrolle der Regierung. Die Vertretung der BürgerInnen im Wahlkreis wurde als vierter Aufgabenbereich vor allem von jenen Abgeordneten genannt, die ein Regionalwahlkreismandat innehatten.¹⁷

Rollenverständnis und politisches Verhalten

Der Arbeitsplan des →Nationalrates beruht auf einem vierwöchigen Rhythmus: zwei Wochen für Ausschusssitzungen, eine Plenarsitzungswoche (in der Regel werden zwei bis drei

Plenarsitzungstage angesetzt), die vierte Woche ist für die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten vorgesehen.¹⁸

Die oben genannten Hauptaufgaben der Abgeordneten finden zusammengefasst in zwei Bereichen statt:

In der Parlamentsarbeit: dazu gehört die Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen. Zu Beginn jeder →Legislaturperiode wird die Mitgliedschaft der Abgeordneten in den einzelnen Ausschüssen festgelegt, die Mitglieder werden von den einzelnen Klubs (also nach Parteien) namhaft gemacht. Die Ausschüsse spiegeln in ihrer fraktionellen Zusammensetzung das Plenum in verkleinerter Form wider, man kann daher auch von einem „geschrumpften Parlament“ sprechen. Die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit richtet sich zwar in erster Linie auf die Plenarsitzungen des →Nationalrates, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gesetzesentwürfen findet aber bereits in den Ausschüssen statt, diese sind nicht öffentlich. Die Struktur der Ausschüsse orientiert sich an der Ressortverteilung der Bundesregierung, darüber hinaus gibt es aber auch noch weitere Ausschüsse. In der politischen Praxis beginnt der Weg der Gesetzgebung allerdings bereits im sogenannten „vorparlamentarischen Bereich“ (also bei den einzelnen Ministerien, oft werden auch Verbände einbezogen).

Mitarbeit in Ausschüssen

Weg der Gesetzgebung

Die Debatten im Plenum sind öffentlich und daher eine wichtige Bühne der politischen Auseinandersetzung. Durch die Live-Übertragungen der Debatten im Fernsehen und jetzt auch im Internet hat sich der Öffentlichkeitsfaktor verstärkt. Die Plenartätigkeit (Reden, Debattenbeiträge, Anfragen und Anträge) ist – aus Zeitgründen, aber auch aus Gründen der Arbeitsteilung – die Domäne einer relativ kleinen Gruppe von Abgeordneten. Durch die Redezeitbeschränkung in den Geschäftsordnungsreformen des Nationalrates hat sich diese Tendenz verstärkt.¹⁹ Es gibt sowohl Einzelrede- als auch Blockredezeitbeschränkungen für die Abgeordneten der einzelnen Klubs, die Nominierung der RednerInnen im Plenum erfolgt durch die Klubs. Die Klubs nehmen in der Geschäftsordnung des Nationalrates eine wichtige Stellung ein, einzelne Abgeordnete haben danach nur wenige Möglichkeiten, in das parlamentarische Geschehen einzugreifen. Die Klubs haben auch

Öffentliche Debatten sind wichtige Bühne

Wichtige Stellung der Klubs

Öffentlichkeitsarbeit

das Monopol, einzelne Ausschussmitglieder auszuwählen und abzuwählen.²⁰ Die Öffentlichkeits- bzw. Medienarbeit der Abgeordneten konzentriert sich vor allem auf Presseaussendungen, gefolgt von direkten JournalistInnenkontakten und Pressekonferenzen. Eine hohe Medienpräsenz haben allerdings nur etwa 10 Prozent der Abgeordneten.²¹

Klassische Arbeit im Wahlkreis

In der Wahlkreisarbeit: Rund 70 Prozent der Abgeordneten bezeichnen den jeweiligen Regionalwahlkreis oder ein noch kleineres Gebiet als „ihren Wahlkreis“. Klassische Aufgaben und Tätigkeiten im Wahlkreis sind Parteiarbeit, Besuch von gesellschaftlichen und von Parteienveranstaltungen, BürgerInnenkontakte sowie das Abhalten von Sprechstunden.²² Die Parteiarbeit im Wahlkreis ist auch im Hinblick auf eine Wiederwahl für die Abgeordneten wichtig, denn in den jeweiligen Bezirks- und Landesparteiorganisationen werden die Listen der KandidatInnen für die kommende Wahl zum →Nationalrat erstellt.

BürgerInnenbeteiligung und direkte Demokratie

Formen der direkten Demokratie

In einer Demokratie gibt es neben der Möglichkeit, Teile der politischen Elite zu wählen bzw. abzuwählen, auch Formen der direkten Demokratie, auf deren Instrumente (Volksabstimmungen, Volksbegehren, Volksbefragungen) im Folgenden kurz eingegangen wird. Darüber hinaus werden zwei weitere Möglichkeiten der →Partizipation der BürgerInnen skizziert: die Petition und die sogenannte parlamentarische Bürgerinitiative.

Volksabstimmungen

Gesamtveränderung der Bundesverfassung

Bei einer Gesamtveränderung der Bundesverfassung muss eine Volksabstimmung abgehalten werden. Der →Nationalrat kann aber auch beschließen, über einen Gesetzesbeschluss eine Volksabstimmung abzuhalten. Seit 1945 fanden in Österreich zwei Volksabstimmungen auf Bundesebene statt: 1978 beschloss der Nationalrat, über die Nutzung der Kernenergie in Österreich (Anlass war das Atomkraftwerk Zwentendorf) eine Volksabstimmung abzuhalten. 1994 musste über die Mitgliedschaft Österreichs in der EU eine Volksabstimmung abgehalten werden, da dies – wie oben erläutert – eine Gesamtänderung der Bundesverfassung darstellte.²³ Volksabstimmungen gibt es aber auch auf Landesebene. In Vorarlberg wurde bereits 1919 die Möglichkeit einer Volksabstimmung und eines Volksbegehrens eingeführt. Oberösterreich war 1991 das letzte Bundesland, das die Möglichkeit der Volksabstimmung in die Landesverfassung aufnahm.²⁴

Auf Landesebene

Volksbefragungen

Direkt-demokratisches Instrument

Erst seit 1989 ist es möglich, Volksbefragungen auf Bundesebene abzuhalten, bisher wurde dieses direkt-demokratische Instrument aber auf dieser Ebene noch nie verwendet. Dafür gab es auf Landes- und Gemeindeebene Volksbefragungen. So fand beispielsweise 2005 in Salzburg eine Volksbefragung über die Abhaltung der Olympischen Spiele 2014 statt.²⁵ Das Ergebnis einer Volksbefragung hat keine bindende Wirkung, vielmehr ist es eine Art „Meinungsumfrage“ zu bestimmten Themen.

Eine Art Meinungsumfrage

Volksbegehren

Eine Form der Gesetzesinitiative

Ein Volksbegehren ist eine Form der Gesetzesinitiative. Die Einleitung und die Durchführung eines Volksbegehrens ist im Volksbegehrengesetz geregelt.²⁶ Wenn mindestens 100.000 Personen ein Volksbegehren unterzeichnen, muss sich der Nationalrat mit der Gesetzesinitiative befassen. Das bedeutet, die Abgeordneten zum Nationalrat diskutieren über das Thema, bindend ist das Volksbegehren aber nicht – es muss also keinen Gesetzesbeschluss als Resultat geben. Das erste Volksbegehren in Österreich fand 1964 statt („Rundfunkvolksbegehren“), das bisher letzte 2006 („Österreich bleib frei“). Die höchste Beteiligung hatte das Volksbegehren „Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz“ im Jahr 1982 vor dem Gentechnik-Volksbegehren 1997. Die bisher wenigsten Unterschriften

Gesetzesbeschluss als Resultat nicht zwingend

ten erhielt 1995 das Volksbegehren „Pro Motorrad“.²⁷ Ob ein Volksbegehren erfolgreich ist oder nicht, hängt nicht nur von der Anzahl der gültigen Eintragungen ab, sondern auch davon, ob die Forderungen in einem Bundesgesetz umgesetzt werden. Das war bei den allermeisten Volksbegehren nicht der Fall. Ungefähr 50 Prozent der Volksbegehren wurden nicht von Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, sondern von Oppositionsparteien initiiert – als zusätzliches Instrument ihrer Politik.²⁸

Instrument für Opposition

Weitere Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung

Eher unbekannt ist die Möglichkeit, eine Petition einzubringen oder eine parlamentarische BürgerInneninitiative zu organisieren. Das Petitionsrecht ist ein altes Instrument der BürgerInnen, es besteht seit 1848. Dabei werden Anliegen an Abgeordnete zum →Nationalrat herangetragen. Diese leiten die Anliegen an den Ausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen (dieser wurde 1988 eingerichtet) weiter.²⁹ Auch Mitglieder des Bundesrates nehmen Petitionen entgegen, seit Mai 2007 gibt es im →Bundesrat einen Ausschuss für BürgerInnenrechte. Petitionen sind an keine Mindestanzahl von Unterstützungen geknüpft. Die Sitzungen des Ausschusses für Petitionen und BürgerInneninitiativen sind nicht öffentlich, auf der Webseite des Parlaments können aber die bisher eingebrachten Petitionen der XXIII. Gesetzgebungsperiode im Volltext abgerufen werden.³⁰

Petitionsrecht seit 1848

Seit 1988 gibt es weiters die Möglichkeit einer parlamentarischen BürgerInneninitiative, wobei mindestens 500 österreichische StaatsbürgerInnen ein Anliegen im Parlament einbringen können.³¹ Der Ausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen selbst kann kein Gesetz beantragen. Er kann jedoch Stellungnahmen von Ministerien bzw. anderen Institutionen einholen, Hearings mit ExpertInnen durchführen oder die Beratung durch einen anderen Fachausschuss ermöglichen, der im Bedarfsfall auch eine Gesetzesinitiative ergreifen kann.³²

Parlamentarische BürgerInneninitiative

Schlussbemerkungen

Nur bei Wahlen und Volksabstimmungen „regiert“ das Volk, ist also der →Souverän. Das Parlament als zentrales Repräsentationsforum des WählerInnenwillens hat mehrere Funktionen, die sich in den Aufgaben und im Rollenverständnis der Abgeordneten widerspiegeln. Neben der personellen Zusammensetzung, aber auch den organisatorischen Strukturen im Parlament spielt das Wahlrecht eine wichtige Rolle. Die Gruppe der Wahlberechtigten wurde im Laufe der Geschichte immer wieder Veränderungen unterworfen. So waren Arbeiter und Frauen zu einem späteren Zeitpunkt wahlberechtigt als andere gesellschaftliche Gruppen. Eine stufenweise Verjüngung der Wahlberechtigten ausgehend von 24 Jahren (1848) auf nunmehr 16 Jahre (2007) erweiterte den Kreis der WählerInnen. Auf kommunaler Ebene sind nun auch EU-BürgerInnen wahlberechtigt. Die Wahlrechtsreform 2007 steht auch im Zusammenhang mit der sinkenden Wahlbeteiligung: Insgesamt erwarten sich die Parteien durch die Einführung der Briefwahl sowie die Senkung des Wahlalters eine höhere Wahlbeteiligung. Ob diese Erwartungen eintreffen, werden die kommenden Wahlen zeigen.

Gruppe der Wahlberechtigten laufend ausgeweitet

Reform aufgrund sinkender Beteiligung

Barbara Steininger, Dr.

Lehrbeauftragte am Institut für Staatswissenschaft, am Institut für Politikwissenschaft sowie an der juristischen Fakultät der Universität Wien; bis 1999 Forschungs- bzw. Vertragsassistentin am Institut für Staatswissenschaft; 1999 Hertha-Firnberg-Forschungsstelle; derzeit Leiterin der Landtags- und Gemeinderatsdokumentation im Wiener Stadt- und Landesarchiv; Forschungsschwerpunkte: Frauen in der Politik, Politische Eliten, Parlamente, Kommunalpolitik.

- 1 Siehe z.B. für die Nationalratswahlen 2006 Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg (Hrsg.): Wechselwahlen. Wien 2007.
- 2 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 30.6.2004.
- 3 Plasser/Ulram/Seeber, Wechselwahlen, S. 155.
- 4 Parlamentskorrespondenz vom 24.5.2007/Nr. 404; Bericht des Verfassungsausschusses vom 24.5.2007; siehe auch Stein, Robert/Wenda, Gregor: E-Voting in Österreich: Status Quo und Ausblick, in: SIAK-Journal, 3 (2005), www.bmi.gv.at/Wahlen/e-voting.asp (letzter Zugriff 6.6.2007).
- 5 Poier, Klaus: Repräsentation und Wahlrecht, in: Forum Parlament, Nr. 1 (2003), S. 8, <http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/SK/VLESESAAL/TRANS/DOKUMENTE/FORUMPARL1-2003.PDF#search=%22fum%20parlament%22> (letzter Zugriff 6.6.2007).
- 6 Müller, Wolfgang C.: Politische Tätigkeit und Amtsverständnis von Parlamentariern: Theorie und Methoden, in: Müller, Wolfgang C. u.a.: Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. Wien 2001, S. 25.
- 7 Steininger, Barbara: Persönlichkeitswahlen in Österreich, in: Forum Parlament, Nr. 1 (2003), S. 15 ff., <http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/SK/VLESESAAL/TRANS/DOKUMENTE/FORUMPARL1-2003.PDF#search=%22fum%20parlament%22> (letzter Zugriff 6.6.2007).
- 8 Schebeck, Günther: Das Parlament, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 144–145.
- 9 Müller, Wolfgang, C.: Neuere Entwicklungen der Persönlichkeitswahl in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988. Wien 1988, S. 671.
- 10 Steininger, Persönlichkeitswahlen, S. 20; sowie Dolezal, Martin/Müller, Wolfgang C.: Die Wahlkreisarbeit, in: Müller, Wolfgang C. u.a.: Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. Wien 2001, S. 174 ff.
- 11 Schebeck, Das Parlament, S. 144–145.
- 12 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 30.6.2004.
- 13 Schebeck, Das Parlament, S. 145.
- 14 Steininger, Barbara: Frauen im Regierungssystem, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 144–145, S. 256; sowie Webseite des Parlaments, >Nationalrat >Statistiken, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=888,962143&_dad=portal&_schema=PORTAL (letzter Zugriff 4.6.2007).
- 15 Webseite des Parlaments, >Nationalrat >Statistiken, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=907,82258&_dad=portal&_schema=PORTAL (letzter Zugriff 4.6.2007)
- 16 Müller, Politische Tätigkeit und Amtsverständnis.
- 17 Ebd., S. 66.
- 18 Schebeck, Das Parlament, S. 146; Dolezal/Müller, Wahlkreisarbeit, S. 99.
- 19 Müller, Politische Tätigkeit und Amtsverständnis, S. 77.
- 20 Müller, Wolfgang C./Jenny, Marcelo/Philipp, Wilfried: Die Rolle der parlamentarischen Fraktionen, in: Müller, Wolfgang C. u.a.: Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. Wien 2001, S. 198–199.
- 21 Müller, Wolfgang C./Steininger, Barbara: Die Herstellung von Öffentlichkeit, in: Müller, Wolfgang C. u.a.: Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. Wien 2001, S. 392.
- 22 Dolezal/Müller, Wahlkreisarbeit, S. 138 und S. 178.
- 23 Welan, Manfred: Die direkte Demokratie in Österreich im Vergleich. Demokratiezentrum Wien 2000, <http://www.demokratiezentrum.org/media/pdf/welan.pdf> (letzter Zugriff 12.6.2007); sowie Müller, Wolfgang C.: Das Regierungssystem, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 144–145, 109–110.
- 24 Marko, Joseph/Poier, Klaus: Die Verfassungssysteme der Bundesländer, in: Dachs u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich, S. 953.
- 25 Ebd., S. 956 sowie Welan, Direkte Demokratie.
- 26 Beck, E. Robert. A./Schaller, Christian: Zur Qualität der britischen und österreichischen Demokratie. Wien 2003, S. 264.
- 27 Webseite des Bundesministeriums für Inneres, alle Volksbegehren der zweiten Republik, <http://www.bmi.gv.at/innenressort/> (letzter Zugriff 25.5.2007). <http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/SK/VLESESAAL/TRANS/DOKUMENTE/FORUMPARL2-2005.PDF#search=%22fum%20parlament%22> (letzter Zugriff 5.6.2007).
- 28 Müller, Wolfgang C.: Das Regierungssystem, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 144–145, S. 110.
- 29 Blümel, Barbara: ... sich Gehör verschaffen. Petitionen und Bürgerinitiativen, in: Forum Parlament, Nr. 2 (2005), S. 61.
- 30 Webseite des Parlaments, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,99431&_dad=portal&_schema=PORTAL (letzter Zugriff 5.6.2007).
- 31 Blümel, ... sich Gehör verschaffen, S. 60.
- 32 Webseite des Parlaments, Parlament und Bürgerbeteiligung, http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=906,1&_dad=portal&_schema=PORTAL (letzter Zugriff 1.6.2007).



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Die Wahlrechtsreform 2007



WEBTIPP

www.demokratiezentrum.org

- ▶ Tabellen zu Wahlen in Österreich 1945–2006 in der Wissensstation „Alle Macht geht vom Volk aus“
Pfadangabe: www.demokratiezentrum.org → Wissen → Wissensstationen → Alle Macht geht vom Volk aus → Grafiken
- ▶ Übersicht über alle Volksbegehren in der Zweiten Republik in der Wissensstation „Das Volk begehrt“
Pfadangabe: www.demokratiezentrum.org → Wissen → Wissensstationen → „Das Volk begehrt“ → Grafiken

www.bmi.gv.at/wahlen

- ▶ Wahlkreiseinteilung
Pfadangabe: www.bmi.gv.at/wahlen → Nationalratswahl 2006 → Wahlkreiseinteilung

ENTWICKLUNG DES WAHLRECHTS IN ÖSTERREICH 1848–2007

Jahr	Gesetz	Direkte Wahl	Wahlberechtigt		Wahlalter		Wahlsystem	Wahlperiode
			M	F	akt.	pass.		
1848	Kaiserliches Patent, Politische Gesetzsammlung 76, Nr. 57 und Nr. 75, Wahl zum Reichstag		X		24	30	Zensusfreies, indirektes Wahlrecht; Bedingung für Wahl der Wahlmänner: sechs Monate Ansässigkeit, keine Arbeiter ohne festen Wohnsitz, keine Dienstleute und Wohltätigkeitsempfänger	5 Jahre
1849	Oktroyierte Märzverfassung RGBl. Nr. 150/1849, Wahl Unterhaus des Reichstags	X			24	30	Zensuswahlrecht: Zensus in den Städten mind. 10 Gulden (fl.), am Land mind. 5 fl. und max. 20 fl. oder Wahlrecht in einer Gemeinde nach persönlicher Eigenschaft	Keine, da Wahlgesetz nicht erlassen
1851	Silvesterpatent	Absolute Monarchie – Neoabsolutismus – keine Wahlen						
1861	Februarpatent, RGBl. Nr. 20/1861, Wahl zum Abgeordnetenhaus		X		24	30	Abgeordnetenhaus wurde durch die vier Kurien der Landtage beschiedt. Die Landtage wurden nach dem Zensus- und Kurienwahlrecht gewählt	Keine, da Wahl durch die Landtage
1873	Wahlreform, RGBl. Nr. 41/1873, Wahl zum Abgeordnetenhaus	X	X	X (nur in der Kurie der Großgrundbesitzer)	24	30	Direktes Wahlrecht in der Kurie der Großgrundbesitzer, der Städte, der Handels- und Gewerbekammern. Indirektes Wahlrecht in der Landgemeindkurie	6 Jahre
1896	„Badenische Wahlreform“, RGBl. Nr. 168/1896, Wahl zum Abgeordnetenhaus	X	X	X (nur in der Kurie der Großgrundbesitzer)	24	30	Einführung der „allgemeinen Wählerklasse“ (5. Kurie); sechs Monate Sesshaftigkeit; Pluralwahlrecht der Wähler der 1.–4. Kurie in der 5. Kurie	
1907	„Beck'sche Wahlreform“, RGBl. Nr. 15-18/1907, Wahl zum Abgeordnetenhaus	X	X		24	30	Allgemeines Männerwahlrecht: Abschaffung der Kurien; ein Jahr Sesshaftigkeit; Mehrheitswahlsystem mit sehr unterschiedlich großen Wahlkreisen	
1918	Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung, StGBL. Nr. 115/1918	X	X	X	20	29	Verhältniswahl; Listenwahlrecht	2 Jahre (StGBL. 114/1918)
1923	Wahlordnung für den Nationalrat, BGBL. Nr. 367/1923	X	X	X	20	24		4 Jahre (StGBL. 450/1920)
1929	Verfassungsreform 1929, BGBL. Nr. 392/1929	X	X	X	21	29		
1933 – 1945	Parlamentskrise 1933, Auflösung National- und Bundesrat 1934; Okkupation Österreichs 1938	Keine demokratischen Wahlen vorgesehen						
1945	Wahlgesetz 1945, StGBL. Nr. 198/1945				21	29	Verhältniswahl; Listenwahlrecht	4 Jahre
1949	Nationalrats-Wahlordnung, BGBL. Nr. 129/1949	X	X	X	20	26		
1968	Nationalrats-Wahlordnung, BGBL. Nr. 412 und Nr. 413/1968				19	25		
1992	Nationalrats-Wahlordnung, BGBL. Nr. 471/1992				18	19		
2007	Regierungsvorlage Nr. 88 d.B. und Nr. 130 d.B. (XXIII. GP) sowie Nr. 94 d.B. und Nr. 129 d.B. (XXIII. GP)	X	X	X	16	18		

M = Männer, F = Frauen, fl = Gulden
Zusammengestellt von der Dokumentation des Parlaments. (Stand: 6. Juni 2007)
Quelle für Periode 1848–1918: Nick, Rainer/Pelinka, Anton: Parlamentarismus in Österreich. Wien 1984, S. 56–57.

WAHLRECHTSREFORMEN¹

Die sukzessive Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten

Das am 7. Juni 2007 vom →Nationalrat beschlossene Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 ist die bislang letzte von zahlreichen Reformen, die die Gruppe der Wahlberechtigten seit der Einführung des Wahlrechts zum Reichstag Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder neu festlegte. Die Reformen im Wahlrecht in der Habsburgermonarchie bzw. in der Ersten und später in der Zweiten Republik stellen in ihrem historischen Verlauf aus demokratiepolitischer Perspektive keine uneingeschränkte Fortschrittsgeschichte dar.² Legt man den Fokus jedoch auf die Gruppe der wahlberechtigten Personen, so hat die Summe der einzelnen Wahlrechtsreformen von einem stark eingeschränkten und elitären zu einem allgemeinen, freien, gleichen, direkten, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht geführt. Heute stellt das Recht, zu wählen, ein Grundrecht für nahezu alle österreichischen StaatsbürgerInnen dar, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.³

Anhand ausgewählter Wahlrechtsreformen wird im Folgenden die schrittweise Integration von immer größeren Bevölkerungsgruppen in die Gruppe der Wahlberechtigten dargestellt.

Reichsratswahlordnung von 1873

Mit dieser Wahlordnung wurde das Abgeordnetenhaus des Reichsrats (jene zweite Kammer neben dem Herrenhaus, die überhaupt zur Wahl stand) nun direkt und nicht mehr wie seit 1861 durch die →Landtage gewählt. Das Wahlsystem war ein →Zensus- und →Kurienwahlrecht. Das Wahlrecht für den Reichsrat orientierte sich an den Landtagswahlordnungen und war ausgesprochen uneinheitlich.⁴ Während in Wien eine direkte Steuer (→Zensus) im Ausmaß von mindestens 10 Gulden für die Erlangung des Wahlrechtes nötig war, betrug diese in Graz 15 und in Prag und Brünn 20 Gulden. Das Wahlrecht war durch die Zensusbestimmungen elitär und blieb für viele Menschen trotz Erwerbsarbeit unerreichbar. Ein ungelernter Industriearbeiter verdiente z.B. im Jahr 1870 für eine Woche Arbeit (Wochenarbeitszeit von 78 Stunden) sechs Gulden brutto. Dies hätte im Jahr 2000 einem Wochenlohn von 54,9 Euro entsprochen – für 78 Stunden Arbeit. Das bedeutet einen Stundenlohn von ca. 70 Cent.⁵ Mit diesem Einkommen musste und konnte ein ungelernter Industriearbeiter natürlich keine Steuer in der Höhe von 10, 15 oder 20 Gulden erbringen – somit wurde ihm auch das Recht verwehrt zu wählen. Wahlberechtigt waren „eigenberechtigte“, das heißt sich rechtlich selbst vertreten könnende,

männliche Reichsbürger, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten. In der →Kurie der Großgrundbesitzer besaßen auch Frauen ein Stimmrecht. Weiters konnten Personen, die in mehreren Kronländern Mitglieder der Kurie der Großgrundbesitzer waren, ihre Stimme auch in diesen jeweiligen Kronländern abgeben. Sie waren folglich mehrmals stimmberechtigt. Ohne steuerliche Auflagen wahlberechtigt waren Akademiker, Staatsbeamte, öffentliche Lehrer, Pfarrer und Offiziere. Nicht wahlberechtigt waren Personen, die eine öffentliche Armenunterstützung bezogen, bevormundete Personen, im Konkurs befindliche Personen sowie strafrechtlich verurteilte Personen.

Badenische Wahlrechtsreform 1896

Eine fünfte →Kurie, die allgemeine, nicht zensusgebundene Wählerklasse, wurde eingerichtet. In dieser waren alle Männer, die das 24. Lebensjahr bereits vollendet hatten und seit mindestens sechs Monaten im Wahlbezirk ansässig waren, stimmberechtigt. Die Mitglieder der fünften Kurie besaßen lediglich ein indirektes Wahlrecht. Das heißt, sie wählten Wahlmänner, die dann die Abgeordneten zum Reichsrat wählten. Die Wahlberechtigten der ersten vier →Kurien durften ihre Stimme in der fünften Kurie ein weiteres Mal abgeben (Pluralwahlrecht). Diese Wahlrechtsreform vertiefte das bereits bestehende Ungleichgewicht im Stimmgewicht zwischen den verschiedenen Kurien neuerlich. In den Kurien eins bis vier gemeinsam kam auf 5.356 wahlberechtigte Personen ein Abgeordneter. In der allgemeinen Wählerklasse kamen auf einen Abgeordneten 69.697 Wahlberechtigte.⁶

Beck'sche Wahlreform 1907

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer auf parlamentarischer Ebene wurde eingeführt. Die Wahl zum Reichsrat erfolgte nun geheim und direkt. Mit der Beck'schen Wahlreform gingen die Abschaffung des →Zensuswahlrechts und der →Kurien auf Reichsratsebene einher.⁷ Wahlberechtigt waren nun unbescholtene, eigenverantwortliche, männliche Staatsbürger, die ein Jahr im Wahlbezirk sesshaft waren.⁸ Wer vor allem die Voraussetzung der einjährigen Sesshaftigkeit im Wahlbezirk nicht erfüllen konnte, blieb weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen. Frauen, die zuvor zumindest in der Kurie der Großgrundbesitzer über ein Stimmrecht verfügten, waren ab nun gänzlich von den Wahlen ausgeschlossen.⁹

Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1918

Von nun an waren auch Frauen zur Stimmabgabe bei Wahlen berechtigt. Die Gruppe der wahlberech-

tigten Personen wurde in der neuen Wahlordnung von 1918 auch noch durch die Senkung des aktiven Wahlalters von 24 auf 20 Jahre erweitert. Das passive Wahlalter (bis dahin stets 30 Jahre) wurde auf 29 Jahre herabgesetzt. Mit Erlass des neuen Wahlrechts von 1918 kann nun von einem Ende des „Halb- bzw. Pseudoparlamentarismus“¹⁰ gesprochen werden, der bislang großen Bevölkerungsgruppen das Recht zur politischen →Partizipation verwehrt hatte.

Beschränkung des Wahlrechts 1933 bis 1945

Die Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus stellte einen klaren Bruch mit der →parlamentarischen Demokratie dar. In der Zeit von 1933 bis 1945 fanden keine allgemeinen, freien, gleichen, direkten, geheimen und unmittelbaren Wahlen statt.

Wahlgesetz von 1945 bzw. 1949

Das Wahlgesetz für die Nationalratswahlen von 1945 schloss die ehemaligen NationalsozialistInnen, ca. 500.000 Personen, von den Nationalratswahlen aus. 1949 erhielten minderbelastete NationalsozialistInnen das Wahlrecht wieder. Belastete NationalsozialistInnen blieben bis zum April 1950 vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Neuregelungen des Wahlalters in der Ersten und Zweiten Republik

Im Verlauf der Jahre wurde das aktive wie auch das passive Wahlalter noch mehrmals verändert. (Siehe

dazu die Tabelle „Entwicklung des Wahlrechts in Österreich“ auf S. 17.) Wie erwähnt stellt das Wahlrechtsänderungsgesetz von 2007 mit seiner Senkung des aktiven Wahlalters für die Wahlen zum → Nationalrat auf 16 und des passiven Wahlalters auf 18 Jahre den vorläufigen – kontroversiell diskutierten – Schlusspunkt dar.

Debatten über Wahlrechtsreformen im Sinne einer Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten sind auch mit der Reform des Juni 2007 nicht vom Tisch. Ein AusländerInnenwahlrecht, das vom Wiener →Landtag 2002 beschlossen worden war und MigrantInnen, die seit zumindest fünf Jahren ihren ununterbrochenen Hauptwohnsitz in Wien hatten, das kommunale Wahlrecht zubilligte, wurde 2004 vom Verfassungsgerichtshof außer Kraft gesetzt. Die Begründung dafür lautete, dass die österreichische Staatsbürgerschaft unbedingte Voraussetzung für die Teilhabe an politischen Wahlen in Österreich sei.¹¹ Die Diskussionen über die Einführung des Wahlrechts für MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten auf kommunaler Ebene gehen unterdessen weiter und sie verlaufen, so wie alle Debatten im Umfeld geplanter bzw. umgesetzter Wahlrechtsreformen, kontroversiell.

Weitere Quellen

http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/timelines/wahlrechtsentwicklung_in_oesterreich_1848_bis_heute.html (Stand 26.6.2007)

- 1 Es werden lediglich jene Wahlrechtsreformen genannt, die auf den Kreis der wahlberechtigten Personen Einfluss genommen haben.
- 2 Siehe dazu Bader-Zaar, Birgitta: Politische Partizipation als Grundrecht in Europa und Nordamerika. Entwicklungsprozesse zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, in: Grandner, Margarete/Schmale, Wolfgang/Weinzierl, Michael (Hrsg.): Grund- und Menschenrechte. Historische Perspektiven – aktuelle Problematiken. Querschnitte Band 8. Wien 2002, S. 203–256 sowie dies.: Historischer Überblick zur Wahlrechtsentwicklung, in: Informationen zur Politischen Bildung 21. Wien 2004, S. 60–65.
- 3 „Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein österreichisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt wurde (dieser Ausschluss endet sechs Monate nach Vollstreckung der Strafe).“ <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html#ausschluss> (Stand 4.7.2007)
- 4 vgl. Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Band 24. Wien 1985, S. 156.
- 5 Ein ungelerner Industriearbeiter hätte sich 1870 bei einer Arbeitszeit von 78 h für seinen Bruttowochenlohn 37,5 kg Brot kaufen können, im Jahr 2000 für 40 h Arbeit hingegen 243,9 kg. Vgl. Jetschgo, Johannes/Lacina, Ferdinand/Pammer, Michael/Sandgruber, Roman: 1848 bis 1955 – die verpasste Chance. Österreichische Industriegeschichte, Bd. 2. Wien 2004, S. 91.
- 6 vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, S. 270.
- 7 Das Landtagswahlrecht blieb bis zum Ende der Monarchie ein Kurienwahlrecht.
- 8 Vor allem für Arbeiter, die häufig ihren Arbeitsplatz wechselten, stellte diese Beschränkung des Wahlrechts einen Wahlaus-schließungsgrund dar.
- 9 Die Reform von 1907 stellte für Frauen einen grundlegenden Bruch dar. Da der Souverän, die Wähler, in den verschiedenen Wahlrechtsbestimmungen zum Reichsrat des 19. Jahrhunderts als selbstverständlich männlich gedacht wurde, waren Frauen bis dahin nicht explizit vom Wahlrecht ausgeschlossen. In einigen Gemeindevahlordnungen war der Ausschluss von Frauen vom Wahlrecht schon zuvor explizit formuliert.
- 10 Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends. Wien 2003, S. 19. Halb- bzw. Pseudoparlamentarismus deshalb, da die vom Kaiser ernannte Regierung dem Parlament (also dem Reichsrat) politisch nicht verpflichtet war.
- 11 Nicht-österreichische EU-BürgerInnen sind hingegen sowohl grundsätzlich bei Gemeinderatswahlen (bzw. in Wien bei Bezirksvertretungswahlen) sowie bei Europawahlen wahlberechtigt. <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320330.html> (Stand 4.7.2007)

Petra Dorfstätter

Gabriele Melischek

Der publizierte WählerInnenwille

**Medien
interpretieren
WählerInnen-
wille**

„Wähler wollen große Koalition“. Mit dieser Schlagzeile erschien die erste Ausgabe der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung nach der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006. Tatsächlich bilden die unmittelbaren Reaktionen auf das Wahlergebnis einen Höhepunkt im Ringen um die Interpretation des WählerInnenwillens, an dem die Medien einen entscheidenden Anteil haben. Es setzt im Wahlkampf mit der Auslegung von Umfrageergebnissen ein und mündet in der Formulierung des WählerInnenauftrags an die zukünftige Regierung.

Zum Verhältnis von Politik, Medien und WählerInnen

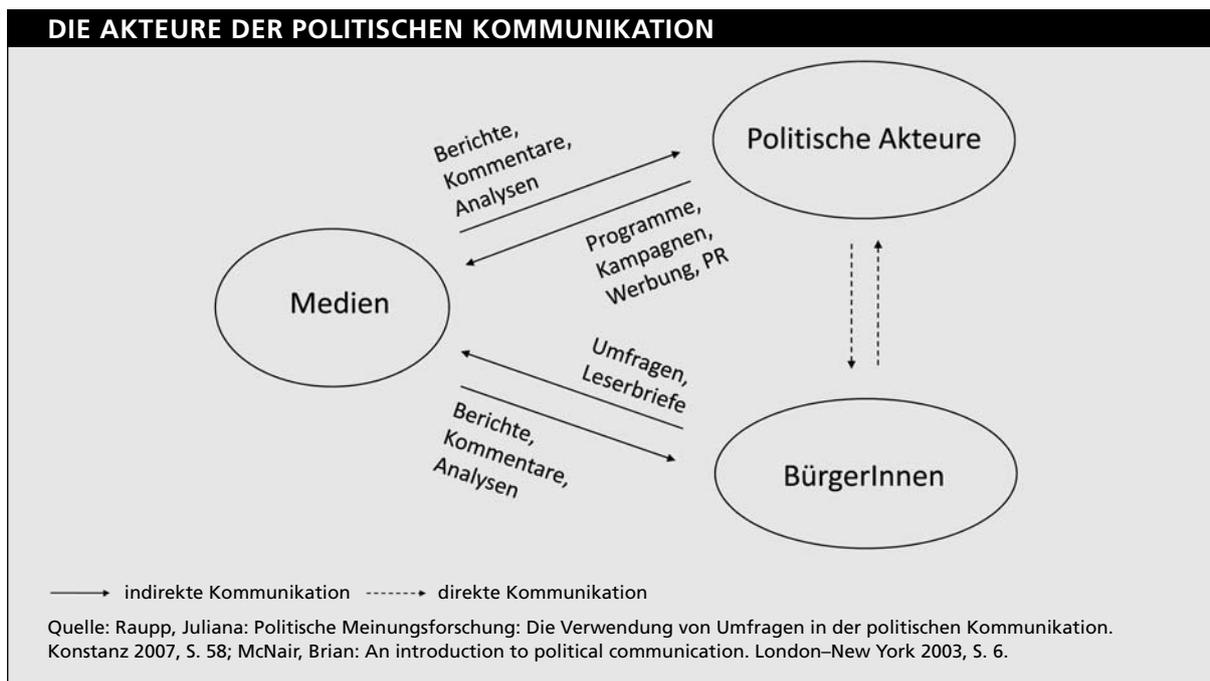
**Politische
Kommunikation über die
Medien**

In Wahlzeiten verdichtet sich die Interaktion zwischen PolitikerInnen bzw. Parteien, den Medien und den BürgerInnen, die für die politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft generell charakteristisch ist. In dieser Beziehung spielen die Medien eine besondere Rolle, da die BürgerInnen ihre Informationen über Politik zu einem überwiegenden Teil aus den Medien beziehen und dem direkten Austausch zwischen Parteien und WählerInnen nur ein geringer Stellenwert zukommt. Um diese zu erreichen, sind die politischen Akteure gezwungen, ihre Botschaften primär über die Medien zu vermitteln, die ihnen gleichzeitig als Informationsquelle über die öffentliche politische Diskussion dienen. In ihrem Bemühen, in den Medien präsent zu sein, orientieren sie ihr Handeln an den journalistischen Aufmerksamkeitskriterien, sodass vielfach von einer „Mediatisierung“ der Politik und der Ausbildung einer „Mediendemokratie“ die Rede ist.

**Neue
Strategien im
politischen
Journalismus**

Andererseits reagiert der politische Journalismus auf das intensiviertere Themen- und Nachrichtenmanagement der Parteien mit neuen Strategien (wie einer zunehmend interpretativen Berichterstattung), um seine professionelle Autonomie zu bewahren – wenngleich er weiterhin von den politischen Akteuren als wichtigster Informationsquelle abhängig bleibt. Aus demokratiepolitischer Sicht werden immer wieder Befürchtungen geäußert, dass im daraus resultierenden Kampf um den Einfluss auf die öffentliche Themenagenda – und damit letztlich auf die politisch durchsetzbaren Themen – die Argumentation und Konfrontation programmatischer Zielvorstellungen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen auf der Strecke bleibt. Gerade sie wären aber die Voraussetzung, dass sich eine mündige, urteils- und partizipationsfähige Öffentlichkeit bilden kann.

**Wenig pro-
grammatische
Auseinander-
setzung**



Politische Kommunikation findet zwischen politischen Akteuren (Regierung, Parteien, Interessensgruppen), Medien und BürgerInnen statt. Dabei kommt den durch die Medien vermittelten Inhalten besondere Bedeutung zu.

Politische Kommunikation in der „post-modernen“ Phase?

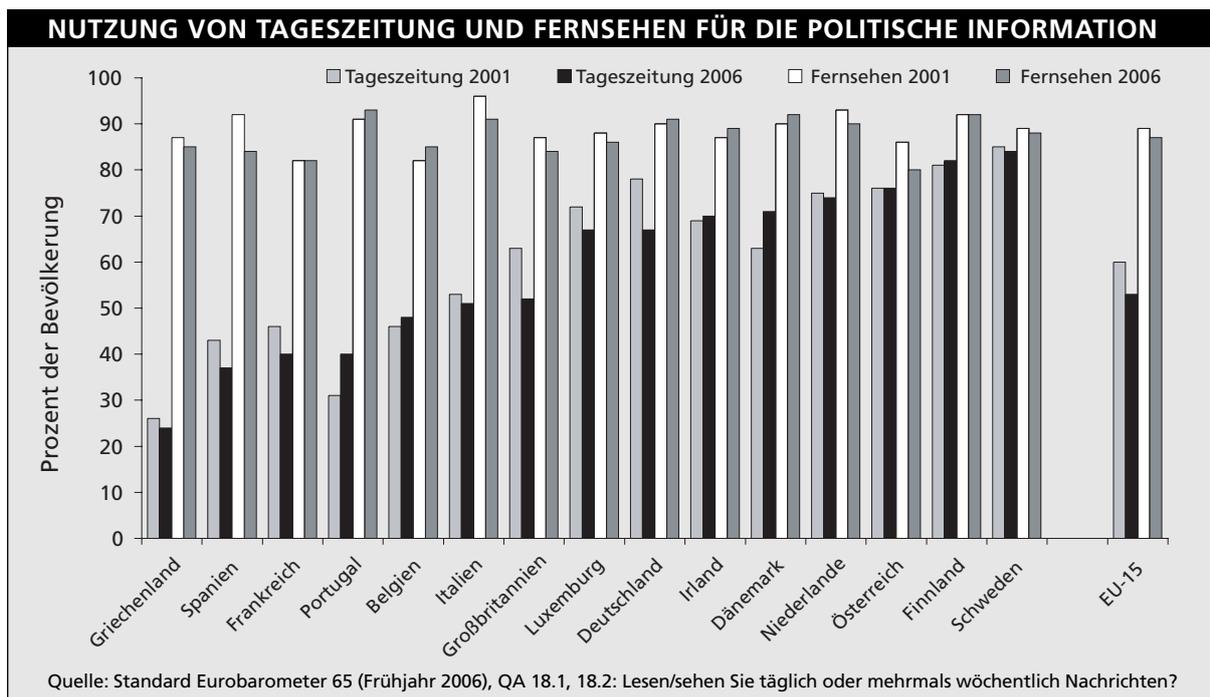
In jüngster Zeit scheint es insofern zu Verschiebungen innerhalb des Zusammenspiels zwischen politischen Akteuren, Medien und Wahlberechtigten zu kommen, als das Internet den PolitikerInnen in zunehmendem Maße die Möglichkeit eröffnet, sich – unter Umgehung einer Vermittlungsinstanz – direkt an die BürgerInnen zu wenden. Angloamerikanische Forschungen sprechen bereits vom Anbruch der „post-modernen“ Phase in der politischen Kommunikation, die durch die Verbreitung der neuen Telekommunikationstechnologien eingeleitet werde – ähnlich wie in den 1960er- und 1970er-Jahren das Fernsehen zur weltweit „treibenden Kraft“ in der Modernisierung der Wahlkommunikation geworden war.¹

Internet als direktes Medium zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen

Zweifelloos hat das Fernsehen (als langjähriges „Mainstream“-Medium) zur Zentralisierung der Wahlkämpfe beigetragen: zu einem *Catch all-Targeting* in der Werbung, das auf möglichst alle Wählergruppen zielt, und mit den – in Österreich seit 1970 stattfindenden – Fernsehkonfrontationen der SpitzenkandidatInnen zum sprunghaften Anstieg der Bedeutung medieninitiiertter Ereignisse. Dennoch darf der anhaltende Stellenwert der Zeitung nicht unterschätzt werden. Aktuelle Umfragen in der Europäischen Union („Eurobarometer“) weisen zwar das Fernsehen überall als Medium erster Wahl aus, wenn es um die regelmäßige Nutzung des täglichen Nachrichtenangebots geht.² Daneben hält allerdings die Tagespresse in den nord- und mitteleuropäischen Ländern ihre traditionell starke Position. In diesen Ländern lesen durchschnittlich zweieinhalbmal so viele Menschen als in den mediterranen Staaten regelmäßig die Nachrichten in der Tageszeitung; sie werden daher nicht zu Unrecht als *newspaper-centric societies* bezeichnet.³ Den österreichischen Nationalratsabgeordneten gilt die Tageszeitung sogar als wichtigstes Medium der politischen Kommunikation.⁴

TV zentralisierte Wahlkämpfe

Anhaltender Stellenwert der Zeitung



Ein Vergleich der Nutzung von Tageszeitung und Fernsehen in den EU-15 zeigt, dass in Österreich (wie in den mittel- und nordeuropäischen Ländern generell) neben dem Fernsehen die Tageszeitung überdurchschnittlich für politische Information genutzt wird.

BEDEUTUNG DER MASSENMEDIEN FÜR NATIONALRATSABGEORDNETE

Einschätzung der Bedeutung der Massenmedien für die politische Kommunikation durch österreichische Nationalratsabgeordnete

Von den Abgeordneten werden eingeschätzt als ...	sehr wichtig	wichtig	neutral	eher unwichtig	unwichtig	Durchschnittswert
Tageszeitungen	75	25	–	–	–	1,3
Fernsehen	67	24	5	3	1	1,5
Radio	46	46	8	1	–	1,6
Magazine/Zeitschriften	46	42	10	1	–	1,7
Internet	22	50	22	6	–	2,1

N = 79. Rundungsfehler sind möglich, Angaben in Prozent

Quelle: Filzmaier, Peter/Stainer-Hämmerle, Kathrin: Parlamentskommunikation und Neue Medien, in: SWS-Rundschau 42 (3), 2002, S. 309–334, hier: S. 314.

Parlamentsabgeordnete bewerten die Tageszeitung als wichtigstes Medium der politischen Kommunikation. Das Internet wird (noch) als nachrangiges Medium eingeschätzt.

Enger Zusammenhang Zeitung-Internet

Angesichts der oben angesprochenen aktuellen Veränderungen in den gesellschaftlichen Kommunikationsbeziehungen ist darüber hinaus der enge Zusammenhang zwischen Zeitungs- und Internetnutzung beachtenswert. So konnte in einem europäisch-amerikanischen Vergleich gezeigt werden, dass eine hohe Zeitungsreichweite hoch signifikant mit dem Anteil der Internet-UserInnen an der Bevölkerung korreliert, während sich in Bezug zum Fernsehkonsumverhalten ein gegenläufiger Zusammenhang abzeichnet. Die im Rahmen der „Eurobarometer“-Umfragen im Kontext des Informationsverhaltens über EU-Themen erfragte Verwendung des Internets bestätigt diesen Zusammenhang, der wohl in der für beide Medien notwendigen Lesekompetenz begründet ist.⁵

Der WählerInnenwille in der Wahlkampfberichterstattung

Wahlkämpfe in westlichen Demokratien sind durch zunehmende Professionalisierung gekennzeichnet. So greifen politische Parteien immer stärker auf externe ExpertInnen zurück (auf professionelle Werbeagenturen und internationale politische BeraterInnen, sogenannte „Spindoktoren“, → *spin doctors*), um eine Optimierung ihrer massenmedialen Präsenz zu erzielen. Die Antwort der JournalistInnen darauf liegt in einer stärkeren Kommentierung des Wahlkampfgeschehens, wie längerfristige Studien in den USA und in Deutschland zeigen.⁶ Als populärste Form gelten die sogenannten „Horserace“-Berichte, die im Stil von Pferderennen oder Fußballspielen den Stand der Parteien in der Wählergunst anhand von Umfrageergebnissen diskutieren.⁷ Sind die Wahlkampfthemen der Parteien einmal bekannt, haben sie keinen Neuigkeitswert mehr, während die Positionen der Parteien im Wettbewerb und ihre Wettkampfstrategien immer neu kommentiert werden können. Umfragen vermitteln auch eine gewisse Objektivität, da der/die JournalistIn sich auf „die“ öffentliche Meinung berufen kann und gegenüber den PolitikerInnen an Autonomie gewinnt. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass „Horserace“-Berichterstattung beim Publikum ankommt, sich also verkaufen lässt.⁸

Professionalisierung des Wahlkampfes

„Horserace“-Berichterstattung

Veröffentlichung von Umfragedaten

Der Anteil an Umfrageberichten im Wahlkampf ist – nicht nur in Amerika, wo sie im Vergleich zu Berichten über die politischen Programme der KandidatInnen bereits doppelt so häufig vorkommen, oder in Deutschland, wo sich ihr Anteil seit den 1980er-Jahren verzehnfacht hat – auch in Österreich deutlich gestiegen.⁹ Ihr zunehmender Stellenwert wird allerdings kontrovers diskutiert,¹⁰ weil es nicht um die bloße Vermittlung von „Facts“ geht, sondern um die öffentliche Interpretation des vorweggenommenen WählerInnenwillens. Einerseits macht die Interpretation von Meinungsumfragen die Wahlberichterstattung spannend. Sie unterstreicht den Wettbewerbscharakter und kann insbesondere in den letzten Wochen vor der Wahl dazu beitragen, das Interesse an der politischen Berichterstattung zu erhöhen. Andererseits können zwischen der auf Umfrageergebnissen basierenden öffentlichen Meinung (*polling opinion*) und der von Parteien und Medien wahrgenommenen öffentlichen Meinung (*perceived public opinion*)¹¹ bisweilen entscheidende Unterschiede liegen. Beispielsweise haben die Medien einer deutschen Untersuchung zufolge im Bundestagswahlkampf 2002 ein „doppeltes Meinungsklima“ vermittelt: Während die verwendeten Umfragedaten bereits ein eindeutiges Ergebnis angekündigt hatten, erzeugten insbesondere Printmedien den Eindruck eines offenen Rennens, indem sie den Umfragen subjektive Einschätzungen der Wahlchancen durch andere Urheber (etwa durch PolitikerInnen, ExpertInnen, „Leute von der Straße“ oder durch die JournalistInnen selbst) gegenüberstellten.¹²

Zunehmender Stellenwert von Umfragen

Erhöhte Spannung

Vermittlung des „Meinungsklimas“

Auch genügt die Qualität der Berichterstattung über Umfrageergebnisse nur bedingt den internationalen Standards, die für die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen formuliert worden sind und garantieren sollen, dass alle notwendigen Informationen gegeben werden, um die präsentierten Ergebnisse adäquat einschätzen zu können. In allen Untersuchungen der Qualität von Umfrageberichterstattung bildet der sogenannte „Stichprobenfehler“ das Schlusslicht unter den Angaben, d.h., die für die Einschätzung des Ergebnisses benötigte Schwankungsbreite der Prognosen wird besonders selten angegeben. Kenntnisse über die Meinungsverteilung in der Bevölkerung können aber zu einer rationalen, durchdachten WählerInnenentscheidung dann beitragen, wenn ihre Verlässlichkeit beurteilt werden kann. So haben beispielsweise die Umfragen vor der Nationalratswahl 2006 einen knappen Vorsprung der ÖVP vor der SPÖ, ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den dritten Platz (zwischen der FPÖ und den Grünen) sowie den Kampf um den Einzug in das Parlament (für BZÖ und Hans-Peter Martin) prognostiziert. Die bei Umfragen übliche, von der Zahl der befragten Personen abhängige Schwankungsbreite von etwa 2 bis

Qualitätsstandards nötig

Verlässlichkeit

- Schwankungsbreite zumeist nicht erwähnt** 4,5 Prozent schloss auch einen Sieg der SPÖ mit ein.¹³ In der Berichterstattung der österreichischen Tagespresse¹⁴ über die aktuellsten Umfrageergebnisse vor der Wahl blieb die zur korrekten Interpretation notwendige Schwankungsbreite – mit Ausnahme von „Österreich“, das diese Information nicht nur im Text brachte, sondern auch in einer Grafik umsetzte¹⁵ – fast durchwegs unerwähnt; der „Kurier“ und „Die Presse“ informierten zwar nicht im Zusammenhang mit der Ergebnisberichterstattung, doch immerhin in eigenen Beiträgen über die Aussagekraft von Meinungsumfragen.¹⁶ Der fehlende Hinweis auf die Schwankungsbreite¹⁷ ließ die ÖVP auch in den Augen der meisten JournalistInnen zum „Favoriten“,¹⁸ wenn nicht gar zum „heißen“ oder „hohen Favoriten“,¹⁹ auf jeden Fall aber zur „führenden“ Partei werden,²⁰ für die sich trotz zu erwartender Verluste im Vergleich zur SPÖ „Vorteile“ ergeben würden.²¹ Dieser Eindruck wurde durch Berichte über Wetten im Internet verstärkt, die ausnahmslos auf die ÖVP als stimmenstärkste Partei setzten.²² Als notwendiges Spannungselement wurde 2006 das „Herzschlag-Finale“, das die Medien vor der vorgezogenen Nationalratswahl 2002 prognostiziert hatten,²³ durch den häufigen Hinweis auf die hohe Zahl unentschlossener WählerInnen ersetzt.
- Besondere Medienverantwortung** Den Medien kommt also in Bezug auf die Umfrageberichterstattung eine besondere Verantwortung zu. Dies ist auch das Ergebnis einer →Enquete-Kommission des Nationalrats, die sich 2001/2002 mit der Veröffentlichung von Meinungsumfragen vor Wahlen befasst hat, und die in ihren Empfehlungen an die Medien appelliert, die von der European Society of Marketing and Public Opinion Research (ESOMAR) herausgegebenen Richtlinien einzuhalten.²⁴

EMPFEHLUNGEN DER ENQUETE-KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG VON UMFRAERGEERGEBNISSEN VOR WAHLEN

Folgende Zusatzinformationen sollten von den Medien gemeinsam mit den Umfrageergebnissen veröffentlicht werden:

- ▶ Basisinformation zur Befragung: Name des Forschungsinstitutes, das die Befragung durchgeführt hat, die Grundgesamtheit, über die eine Aussage getroffen wird (also etwa österreichische Wahlberechtigte, 14- bis 24-Jährige usw.), Größe und geografische Reichweite der Stichprobe (z.B. 500, 1.000, 4.500 Befragte österreichweit); /.../
- ▶ Angabe über Schwankungsbreiten, also die Genauigkeit der Ergebnisse sowohl für die
- ▶ Angabe des genauen Wortlauts der Fragestellung.
- ▶ Angabe des Prozentsatzes der Befragten, die die jeweiligen Fragen nicht beantwortet haben (Non-response-Rate), bzw. bei Wahlabsichten auch jener, die nach eigenen Angaben nicht zur Wahl gehen wollen. /.../
- ▶ Deutliche Trennung von Umfrageergebnissen und Kommentierung/Interpretation.

Quelle: 1004 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP; http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,131753&_dad=portal&_schema=PORTAL&P_NR=XXI (letzter Zugriff 4.7.2007)

- Beschränkungen nicht zielführend** Während die →Enquete-Kommission der Qualität von Meinungsumfragen in den Medien erhebliche Bedeutung zumisst, sieht sie den Anlass für ihre Einsetzung, nämlich die Forderung nach einer Beschränkung der Veröffentlichung von Wahlprognosen, als nicht zielführend an. Nicht nur in Österreich, auch in anderen Ländern werden aufgrund vermutter Einflüsse auf das Wahlverhalten²⁵ immer wieder Restriktionen für die Veröffentlichung von Umfragen gefordert. Diese Forderungen haben auch in einigen Ländern zu gesetzlichen Regelungen geführt. Vielfach werden sie jedoch sowohl international als auch seitens der Europäischen Union als demokratiepolitisch bedenklich abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil sie die Wissenskluft zwischen der Bevölkerung und den Eliten (die ohnedies Zugriff auf die Meinungsforschungsinstitute haben) verstärken würden.
- Demokratiepolitisch bedenklich**

RESTRIKTIONEN FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG VON UMFRAGEN IN DER EU

Veröffentlichungsverbot vor der Wahl in Tagen			
Land	2002	1996	Änderung
Bulgarien	7	1	+6
Frankreich	1	7	-6
Griechenland	15	0	+15
Italien	15	28	-13
Litauen	*	3	*
Luxemburg	30	30	0
Malta	*	(2)	*
Polen	1	12	-11
Portugal	1	7	-6
Rumänien	2	*	*
Slowakei	14	*	*
Slowenien	7	1	+6
Spanien	5	5	0
Tschechische Republik	7	*	*
Ungarn	*	7	*
Zypern	7	0	+7

Kein Veröffentlichungsverbot besteht in folgenden Ländern:

Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Irland, Lettland, den Niederlanden, Österreich, Schweden

*keine Daten erhoben

Malta ist 1997 ohne Angaben verzeichnet. Die in Klammern ergänzten Angaben sind aus Lange, Yasha: Media and elections: Handbook. Council of Europe Publishing 1999, http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/Media&Elections_en.pdf.

Quellen: ESOMAR/WAPOR: The freedom to publish opinion polls: Report on a worldwide update. 2003, <http://www.unl.edu/wapor/Opinion%20polls%202003%20final%20version.pdf>;
 ESOMAR: The freedom to publish opinion polls: Report on a worldwide study, 1997, http://forum.gfk.ru/filestore/0074/0054/523/opinion_polls97.pdf; letzter Zugriff Juli 2007

Der Überblick über die Restriktionen für die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen vor der Wahl in den EU-27 zeigt, dass in 11, vorwiegend westeuropäischen, Mitgliedsstaaten (gegenüber 16, vorwiegend osteuropäischen, Staaten) keine Verbote bestehen. In Bezug auf die zwischen 1996 und 2002 vorgenommenen Änderungen lässt sich keine gemeinsame Tendenz ablesen, da in dieser Zeitspanne vier Mitgliedsstaaten Verbote eingeführt (Griechenland und Zypern) bzw. verschärft (Bulgarien und Slowenien) haben, während vier andere Mitgliedsstaaten ihre Verbote liberalisierten (Frankreich, Italien, Polen und Portugal).

Der WählerInnenwille in der Nachwahlberichterstattung

Interpretation des Wahlergebnisses

Davon abgesehen, dass zumeist alle Parteien behaupten, die Wahl gewonnen zu haben, ist es in einem Mehrparteiensystem nicht immer einfach, den Wahlsieger festzumachen. Noch interpretationsbedürftiger ist die Botschaft eines Wahlergebnisses, der Auftrag der WählerInnen an die zukünftige Regierung. Der WählerInnenwille ist daher erst in einem gesellschaftlichen Interpretationsprozess zu ermitteln, an dem – wie im Wahlkampf – Politik, Medien und Öffentlichkeit beteiligt sind. Diesem hohen Interpretationsbedarf sowie dem Interesse der WählerInnen an diesem Interpretationsprozess entsprechen sowohl der Umfang der Medienberichterstattung am Wahlabend und an den ersten beiden Tagen nach einer Wahl als auch die hohen ZuschauerInnenquoten und Verkaufsziffern.²⁶ Trotz dieser Bedeutung gibt es jedoch nur wenige Untersuchungen, die dieser Phase gewidmet sind.²⁷

Hoher Interpretationsbedarf

Interpretationswettkampf	Der Interpretationswettkampf beginnt unmittelbar nach dem Wahllakt durch die Fernseh-Wahlabendberichterstattung, die durch hoch ritualisierte Muster gekennzeichnet ist. Nach einer aktuellen Untersuchung der Wahlabendberichterstattung im deutschen Fernsehen zu den Bundestagswahlen von 1961 bis 2002 tragen sowohl die stets wiederkehrenden Darstellungsformen (Moderationen, Grafikinterpretationen und Einzelinterviews) als auch die konstanten Schauplätze des Geschehens (Wahlstudio, Orte der Wahlpartys) und die jeweils an der Sendung beteiligten Personen (ModeratorInnen, Zahlen-PräsentatorInnen und SpitzenpolitikerInnen) zu einem ähnlichen Sendeablauf bei. In inhaltlicher
Unterschiede Qualitätsmedien/Boulevard	Hinsicht stehen die jeweiligen Wahlergebnisse, ihre Bewertung sowie ihre Konsequenzen im Vordergrund; Erklärungen für das Zustandekommen der Ergebnisse werden in öffentlich-rechtlichen Programmen ähnlich häufig thematisiert wie die möglichen Folgen der Wahl, während sie in der Berichterstattung von Privatsendern einen nachrangigen Stellenwert einnehmen. ²⁸ Ähnliches gilt für die Nachwahlberichterstattung in der Tagespresse ²⁹ und für das Verhältnis von Qualitätszeitungen zu Boulevard- und Regionalzeitungen, wenn gleich innerhalb der Regional- und Lokalpresse große Unterschiede in der Qualität der Berichterstattung zu beobachten sind. In Österreich orientieren sich beispielsweise auflagenstarke Regionalzeitungen, die mit der „Kronen-Zeitung“ konkurrieren, in ihrer Berichterstattung stärker an Qualitätszeitungen (wie die „Kleine Zeitung“ oder die „Tiroler Tageszeitung“), während Regionalzeitungen, die mit (ebenfalls regionalen) Qualitätszeitungen konkurrieren, eher eine lokal geprägte Boulevardberichterstattung pflegen (wie die „Neue Kärntner Tageszeitung“ oder die „Salzburger Volkszeitung“).
Wahlergebnis begründet Auftrag	Während sich in Mehrparteiensystemen die diskutierten Konsequenzen in der Regel auf die Regierungsbildung beziehen, wird die Art und Stärke des WählerInnenauftrages, mit dem die betreffenden Parteien ausgestattet werden, durch die Begründungen ihres Wahlergebnisses gestützt. Überwiegend weltanschaulich fundierte programmatische Begründungen für den <i>Erfolg</i> einer Partei, aber auch zugeschriebene Sachkompetenz oder Führungsqualität vermitteln einen umfassenden Auftrag und damit eine hohe Legitimation. Begründungen hingegen, die sich auf die bisherige politische „Performance“ oder die angewandten (Wahlkampf-)Strategien beziehen, sprechen für einen eher eingeschränkten Auftrag. Umgekehrt bedeuten programmatische Begründungen für den <i>Misserfolg</i> einer Partei, dass ihre Politik abgewählt worden ist, während auf ihre Performance bezogene oder wahlstrategische Begründungen ihr die Möglichkeit zugestehen, ihre Performance bzw. ihre Strategie zu ändern, es besser zu machen. Langfristig entscheidet die Kontrolle über die öffentliche Agenda darüber, welche Interpretation sich durchsetzen kann. ³⁰
Interpretationen nach der Wahl	Das Beispiel Nationalratswahl 2006 Um beim Beispiel der Nationalratswahl 2006 zu bleiben: In den Aufmachern auf der ersten Seite der am Montag nach der Wahl erschienenen Tagespresse ist der Ausgang der Wahl knappst zusammengefasst. In allen Zeitungen ist Alfred Gusenbauer im Bild. Thematisiert sind entweder sein Wahlerfolg – „Gusenbauers Triumph“ (Kurier), „Gusenbauer besiegt die ÖVP“ (Der Standard) – oder die Reaktion der SPÖ: „Roter Freudentaumel“ (Gratiszeitung „ok“ ³¹). Häufiger jedoch wird bereits in der Schlagzeile das Wahlergebnis, also der WählerInnenwille, interpretiert: entweder im Sinne der Regierungsform – „Wähler wollen große Koalition“ („Kronen-Zeitung“), „Alles klar für die große Koalition“ (Gratiszeitung „Heute“) – oder im Hinblick auf die Kanzlerfrage: „Der neue Kanzler“, „Bundeskanzler Gusenbauer“ – mit Fragezeichen („Die Kleine Zeitung“, „Die Presse“) und ohne („Österreich“, „Tiroler Tageszeitung“). Die hohe Aufmerksamkeit für die SPÖ (nur die „Tiroler Tageszeitung“ widmet einen Teil ihrer Schlagzeile der „Wahlschlappe für die ÖVP“) ist nur durch den „Überraschungseffekt“ zu erklären, den die Medien selbst durch ihre – beinahe ebenso generelle – Interpretation einer vermeintlichen Favoritenrolle der ÖVP hervorgerufen haben.
Selbst herbeigeführter Überraschungseffekt	

Eine Analyse der Berichterstattung³² zeigt eine (angesichts des Wahlergebnisses naheliegende) rasche Einigung auf die große Koalition, wengleich dieser „Wählerauftrag“ nicht überall auf Zustimmung stößt und von den BefürworterInnen schon am zweiten Tag nach der Wahl mit entsprechenden Umfrageergebnissen untermauert wird. Für den Handlungsspielraum der zukünftigen Regierung entscheidender ist jedoch, dass die Kanzlerpartei von den meisten Zeitungen – trotz ihrer Übereinstimmung im Hinblick auf die Regierungsform – mit keinem Vertrauensvorschuss ausgestattet wird. Für ihren Erfolg werden vorrangig ihre geschickte oder zumindest hartnäckige Wahlkampfstrategie bzw. die schlechte Performance der bisherigen Regierung und die falsche Strategie der ÖVP ins Treffen geführt, die ihr in die Hände gespielt hätten. Nur „Österreich“ und „Heute“ interpretieren primär programmatisch, wobei „Österreich“ den WählerInnenwillen als Zustimmung zu den politischen Positionen der Sozialdemokraten in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik wertet, während „Heute“ die Ablehnung der bisherigen Regierungspositionen für die Hinwendung der WählerInnen zur SPÖ verantwortlich sieht.

„Wählerauftrag“ große Koalition

In Bezug auf die Verluste der Volkspartei argumentiert der Großteil der Tagespresse abermals strategisch, sei es, dass sie ihre Erfolge nicht richtig habe verkaufen können oder sie sich zu sehr auf die Person des bisherigen Bundeskanzlers verlassen habe (der auch prompt in den Mittelpunkt der Kritik gerät), sei es, dass sie das Opfer des aggressiven Wahlkampfes des politischen Gegners geworden sei. Diese – unmittelbar nach der Wahl nur vom „Standard“ durchbrochene³³ – Argumentationslinie lässt die bisherige Politik der ÖVP weitgehend unangetastet, was ihr trotz der Verliererposition einen Startvorteil für die Regierungsverhandlungen einräumt. Auch wenn diese Ergebnisse durch weiterführende Untersuchungen zu überprüfen sind, zeigen sie für die österreichische Wahlberichterstattung eine primär auf kurzfristige Ereignisse bezogene Interpretation des WählerInnenwillens. Wie eingangs vermutet, findet eine Bezugnahme auf programmatische Positionen und langfristige politisch-gesellschaftliche Entwicklungen kaum statt.

Auf kurzfristige Ereignisse bezogene Interpretation des WählerInnenwillens

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“

Die Medien spielen also sowohl nach der Wahl als auch vor der Wahl eine zentrale Rolle in der politischen Kommunikation. Sie agieren einerseits als Vermittler der politischen Diskussion, andererseits tragen sie durch Selektion und Interpretation maßgeblich zu dem Bild bei, das der/die WählerIn von der Politik gewinnt, bzw. der/die PolitikerIn als Feedback der WählerInnen wahrnimmt. Als eine Art permanenter Wahlkampf wird selbst außerhalb von Wahlkampfzeiten der anhand von Umfragen ermittelte WählerInnenwille thematisiert. Und es wird nicht zuletzt von der Qualität der Berichterstattung abhängen, in welcher Form sich der/die WählerIn über die Meinungsverteilung in der Bevölkerung informieren kann, um sie bei seinen/ihren Entscheidungen berücksichtigen zu können. Dazu könnte neben der Beachtung der Richtlinien zur Veröffentlichung von Umfrageergebnissen auch beitragen, möglichst die Ergebnisse unterschiedlicher Meinungsforschungsinstitute zur Diskussion zu stellen.

Permanenter Wahlkampf mit vermeintlichem WählerInnenwillen

Gabriele Melischek, Dr. Dr. M.A.

Senior Researcher an der Kommission für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; ihre Forschungsgebiete sind Politische Kommunikation, Medien und Wahlen, Attributionstheorie, Kulturindikatorenforschung, Medien- und Kommunikationsgeschichte.

- 1 Farrell, David M.: Campaign strategies and tactics, in: LeDuc, Lawrence/Niemi, Richard G./Norris, Pippa: Comparing democracies: Elections and voting in global perspective. Thousand Oaks et al. 1996, S. 160–183; Norris, Pippa: A virtuous circle: Political communications in postindustrial societies. Cambridge 2000; Plasser, Fritz/Plasser, Gunda: Globalisierung der Wahlkämpfe: Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich. Wien 2002.
 - 2 Standard Eurobarometer 65 (Frühjahr 2006), QA 18.1, 18.2: Lesen/sehen Sie täglich oder mehrmals wöchentlich Nachrichten?
 - 3 Norris, A virtuous circle, S. 85.
 - 4 Filzmaier, Peter/Stainer-Hämmerle, Kathrin: Parlamentskommunikation und Neue Medien, in: SWS-Rundschau 42 (3), 2002, S. 309–334, hier: S. 314
 - 5 Seethaler, Josef/Melischek, Gabriele: Die Pressekonzentration in Österreich im europäischen Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 35 (4), 2006, S. 337–360, http://members.chello.at/politikwissenschaft/aktuell/2006_4_seethaler.htm (letzter Zugriff Juli 2007).
 - 6 Patterson, Thomas E.: Out of order. New York 1993; Wilke, Jürgen/Reinemann, Carsten: Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung: Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949–1998. Köln u.a. 2000.
 - 7 Zu „Horserace“-Berichterstattung als Teil der Metaberichterstattung vgl. Esser, Frank: Metaberichterstattung: Medienselbstthematisierung und Publicity-Thematisierung in amerikanischen, britischen und deutschen Wahlkämpfen, erscheint in: Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich. Wiesbaden 2007.
 - 8 Iyengar, Shanto/McGrady, Jennifer: Media politics. New York–London 2007, S. 68–71.
 - 9 Zur USA: ebd. S. 69; zu Deutschland: Brettschneider, Frank: Wahlumfragen: Medienberichterstattung und Wirkungen, in: Wüst, Andreas M. (Hrsg.): Politbarometer. Opladen, S. 257–282, hier: S. 261; zu Österreich: Birgmann, Richard: Demoskopie im Wahlkampf: Eine Analyse der Veröffentlichungspraxis von Wahlumfragen in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen. Dipl.-Arbeit, Univ. Linz 2003.
 - 10 Für einen Überblick vgl. Raupp, Juliana: Politische Meinungsforschung: Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation. Konstanz 2007.
 - 11 Die Begriffe stammen von Entman, Robert M.: Declarations of independence: The growth of media power after the Cold War, in: Nacos, Brigitte, L./Shapiro, Robert Y./Isernia, Pierangelo: Decisionmaking in a glass house: Mass media, public opinion, and American and European foreign policy in the 21st century. Lanham 2000, S. 11–26.
 - 12 Donsbach, Wolfgang/Weisbach, Kerstin: Kampf um das Meinungsklima: Quellen und Inhalte der Aussagen über den möglichen Wahlausgang, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Donsbach, Wolfgang/Kepplinger, Hans Mathias (Hrsg.): Wählerstimmungen in der Mediendemokratie: Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfs 2002, Freiburg–München 2005, S. 104–127. <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4639&Alias=Wahlen> (letzter Zugriff Juli 2007)
 - 13 Die folgende Darstellung beruht auf ersten Analysen eines von der Verfasserin geleiteten Projekts der Kommission für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung. Der Auswertung liegt die Wahlberichterstattung in den drei auflagenstärksten überregionalen Zeitungen („Kronen-Zeitung“, „Kurier“, „Österreich“) sowie in je zwei Qualitätszeitungen („Die Presse“, „Der Standard“), Regionalzeitungen („Kleine Zeitung“, „Tiroler Tageszeitung“) und Gratiszeitungen („Heute“, „ok“) zugrunde.
- Die Verfasserin dankt Dr. Josef Seethaler für die Mitarbeit an der Inhaltsanalyse.
- 15 „Österreich“, 29. September 2006, S. 8.
 - 16 „Kurier“, 29. September 2006, S. 2, „Die Presse“, 28. September 2006, S. 2.
 - 17 Dabei handelt es sich um ein international verbreitetes Problem; vgl. Farnsworth, Stephen J./Lichter, Robert S.: The nightly news nightmare: Television’s coverage of U.S. presidential elections, 1988–2004. Lanham, S. 139–141.
 - 18 „Tiroler Tageszeitung“, 30. September 2006, S. 1
 - 19 „Kronen-Zeitung“, 29. September 2006, S. 2; 30. September 2006, S. 2.
 - 20 „Kleine Zeitung“, 24. September 2006, S. 6; dementsprechend vermutete die „Kleine Zeitung“ in einer von der ÖVP geführten Großen Koalition – „zu 70%“ – die wahrscheinlichste Regierungsvariante (29. September 2006, S. 4).
 - 21 „Der Standard“, 30. September 2006, S. 48.
 - 22 z.B. „ok“, 29. September 2006, S. 11; „Die Presse“, 29. September 2006, S. 4.
 - 23 Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg: Kopf an Kopf: Meinungsforschung im Medienwahlkampf. Wien 2003, S. 51–65.
 - 24 Bericht der parlamentarischen Enquete-Kommission betreffend mögliche Beeinflussung von Wahlkämpfen bzw. Wahlergebnissen. 1004 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,131753&_dad=portal&_schema=PORTAL&P_NR=XXI (letzter Zugriff Juli 2007)
 - 25 Grundlegend: Traugott, Michael W.: The impact of media polls on the public, in: Mann, Thomas E./Orren, Gary R. (Hrsg.): Media polls in American politics. Washington 1992, S. 125–149.
 - 26 Wied, Kristina: Der Wahlabend im deutschen Fernsehen: Wandel und Stabilität der Wahlberichterstattung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
 - 27 Vgl. die einschlägigen Beiträge in: Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Wiesbaden 2000.
 - 28 Ebd., S. 281 und 291 (Berechnung der statistisch signifikanten Abweichungen der Anteilswerte durch die Verfasserin).
 - 29 Scherer, Helmut/Hagen, Lutz M./Rieß, Martin/Zipfel, Theodor A.: The Day After: Eine Analyse der Nachwahlberichterstattung zur Bundestagswahl 1994, in: Holtz-Bacha, Christina/Kaid, Lynda Lee: Wahlen und Wahlkampf in den Medien: Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994. Opladen 1996, S. 150–176.
 - 30 Da die auf die „Performance“ bezogenen Begründungen vergangenheitsorientiert sind, werden sie als „retrospektiv“ bezeichnet. Sie beziehen sich auf das Ergebnis einer Politik, nicht auf die Mittel, mit denen politische Ziele erreicht werden. Auf programmatische Positionen bezogene Begründungen werden hingegen als „prospektiv“ bezeichnet, weil sie die an den Einsatz bestimmter Mittel gebundenen Erwartungen an eine zukünftige Politik widerspiegeln. Zur Differenzierung vgl. Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Rohde, David W.: Change and continuity in the 2004 elections. Washington D.C. 2005; zur Aushandlung des Mandats in den Medien vgl. Mendelsohn, Matthew: The construction of electoral mandates: Media coverage of election results in Canada, in: Political Communication 15, 1998, S. 239–253.
 - 31 Die steirische Gratiszeitung wurde am 6.7.2007 eingestellt.
 - 32 Die Analyse bezieht sich auf die an den ersten beiden Tagen nach der Wahl erschienenen Hauptberichte und Leitartikel; siehe Anm. 14.
 - 33 „Der Standard“ sieht in der Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik Motive der WählerInnen, die ÖVP abzuwählen.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Übersichtstabelle: Drei Phasen der Wahlkampfentwicklung

Günther Ogris, Aleksandra Ptaszynska

Der WählerInnenwille

und wie man ihn erforscht

Sobald das letzte Wahllokal geschlossen hat, kommt die SORA-Hochrechnung im ORF und prognostiziert das Wahlergebnis, das normalerweise drei Stunden später ausgezählt ist. Mittlerweile haben sich alle daran gewöhnt, dass die erste Hochrechnung hervorragend ist, und ab 17.05 Uhr lautet die spannende Frage üblicherweise nicht mehr, wie die Wahl ausgeht, sondern welche Konsequenzen das Wahlergebnis hat.

Wer wird zurücktreten? Wer hat die besten Chancen, Kanzler oder Kanzlerin zu werden? Welche Parteien leiten gar eine größere Reform ein – eine personelle und programmatische Erneuerung? Oder bleibt vielleicht doch alles beim Alten? Welche Parteien bereiten sich aufs Regieren vor, welche aufs Opponieren?

Konsequenzen

Die Antworten auf diese Fragen werden meist mit dem Argument legitimiert, man würde darauf hören, was die WählerInnen wollen. Der Begriff „Wählerwille“ ist in aller Munde: PolitikerInnen aller Parteien handeln im Auftrag ihrer WählerInnen, Meinungsforscher veröffentlichen Umfragen, Gurus und Insider interpretieren, KommentatorInnen kommentieren den WählerInnenwillen und folgern, was daher politisch zu geschehen habe. Des Wählers und der Wählerin Wille sei eine große Koalition, eine politische Wende, eine politische Erneuerung – was immer im Machtkampf zwischen den politischen Lagern gebraucht wird, der „Wählerwille“ dient zur Rechtfertigung.

WählerInnenwille als Rechtfertigung vieler Argumente

„Den Wählerwillen“ jedoch, den gibt es nicht. Bei circa sechs Millionen Wahlberechtigten gibt es keinen einheitlichen Willen, sondern eine große Vielfalt im Wollen, und wenn jede und jeder nur drei Wünsche hat, haben wir bereits 18 Millionen einzelne Hoffnungen – und es gilt, in diesen Hoffnungen die Schwerpunkte, die Gemeinsamkeiten, die Gegensätze und die Widersprüche, die kurzlebigen Wünsche und die langfristigen Bedürfnisse zu erkennen.

Millionen einzelner Hoffnungen

Basiskonzepte für die Wahlforschung

Wie geht man also am besten vor, wenn man die Bedürfnisse und Interessen der Wählerinnen und Wähler erforschen möchte? Welche wissenschaftlichen Disziplinen sind da hilfreich? Dazu einige Gedanken, die die modernsten Methoden der Wahlforschung verständlich machen sollen. Da die „Fächer“ in den Schulen auf den wissenschaftlichen Disziplinen aufbauen, beschreiben wir hier den Zusammenhang zwischen einigen Schulfächern und der Wahlforschung.

Grundlagen der Wahlforschung

Mathematik

Für die Wahlforschung braucht man zunächst grundlegende mathematische Kenntnisse. Schon mit den vier Grundrechnungsarten kann man relativ einfach Wahlanalysen erstellen.

Die Basis für Wahlzahlen

Bevor ein Wahlergebnis feststeht, werden zuerst Stimmen gezählt – und wo gezählt wird, ist die Mathematik die Basis. Die Anzahl der Stimmen pro Partei pro Wahlsprengel und der Anteil an gültigen Stimmen werden ermittelt – Wahlzahlen berechnet, →Mandate entsprechend der Wahlzahlen zugeordnet. Eine Wahlzahl nach d'Hondt, das sollte man in der sechsten Schulstufe berechnen können.

Auch wenn man analysiert, wie viele von 100 Bauern und Bäuerinnen die ÖVP gewählt und wie viele von 100 ArbeiterInnen die SPÖ gewählt haben, hat man es einfach mit Prozentwerten und dem Vergleichen von Prozentwerten zu tun. Einfache Datenanalyse ist bereits Stoff der sechsten Schulstufe – also keine Hexerei.

WählerInnenstromanalysen Für WählerInnenstromanalysen – das Berechnen, wie viele WählerInnen von einer Partei zu einer anderen gewechselt sind – braucht man schon etwas komplexere Verfahren, zum Beispiel lineare Gleichungen mit mehreren Unbekannten. Die löst man allerdings nicht mit den Kenntnissen der Oberstufe, sondern zum Beispiel mit linearen Regressionen – also mit Statistik für AnfängerInnen.

DIE WÄHLER/INNENSTROMANALYSE

WählerInnenstromanalysen bilden die Wanderungen von WählerInnen zwischen kandidierenden Parteien und dem Pool der NichtwählerInnen ab. Sie zeigen im Vergleich zu einer vergangenen Wahl,

- ▶ wie viele WählerInnen ihrer Partei treu geblieben sind,
- ▶ wie viele einer anderen Partei ihre Stimme gegeben haben,
- ▶ woher neu antretende Parteien Stimmen bekommen haben,
- ▶ wie viele WählerInnen welcher Partei dieses Mal nicht wählen gegangen sind
- ▶ oder von den NichtwählerInnen mobilisiert werden konnten.

WählerInnenstromanalysen basieren auf „Aggregatdaten“, also auf Ergebnissen von Bezirken, Gemeinden, Sprengeln etc. Von den dort errechneten statistischen Zusammenhängen wird auf das Verhalten der Wählerinnen und Wähler geschlossen. Es handelt sich um ein spezielles statistisches Verfahren, nicht um eine Umfrage, und man bekommt keinen Aufschluss über die Motive, sondern nur indirekte Hinweise.

Das bedeutet (vereinfacht ausgedrückt): Wenn eine Partei bei der aktuellen Wahl im Schnitt genau in jenen Gemeinden stark ist, in denen eine andere Partei bei der Vergleichswahl stark war, interpretieren wir das als Hinweis, dass viele WählerInnen zwischen diesen Parteien gewechselt haben.

Das Verfahren dazu heißt multiple Regression: „Regression“, weil die Parteienergebnisse der aktuellen Wahl sozusagen auf die Parteienergebnisse der Vergleichswahl zurückgeführt (regrediert) werden. „Multi-pel“, weil wir das aktuelle Wahlergebnis einer Partei gleichzeitig mit den Ergebnissen aller Parteien der Vergleichswahl in Beziehung setzen.

Zitiert aus: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=10> (letzter Zugriff Juli 2007)

WählerInnenwanderungen bei der Nationalratswahl 2006, in Prozent

	SPÖ '06	ÖVP '06	Grüne '06	FPÖ '06	BZÖ '06	Martin '06	Sonstige '06	Nichtw. '06	Summe '02
SPÖ '02	80	1	1	6	1	2	1	8	100
ÖVP '02	4	72	5	5	3	2	1	8	100
Grüne '02	4	3	69	3	2	2	2	15	100
FPÖ '02	8	2	3	49	15	4	1	18	100
Sonstige '02	16	2	13	11	6	21	19	13	100
Nichtw. '02	2	2	1	3	2	1	1	89	100

Quelle: www.sora.at/de/staet.asp?b=382 (letzter Zugriff Juli 2007)

Lesart: Von den ÖVP-WählerInnen 2002 haben 72 % wieder die ÖVP gewählt, 4 % die SPÖ, 5 % haben die FPÖ gewählt etc. Die Grundthese der WählerInnenstromanalyse ist, dass in jedem Bundesland jede Partei in jeder Gemeinde gleich viel Prozent ihrer früheren WählerInnen verliert. Da es ebenso einen Strom zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen gibt, wird eine eigene „Partei der NichtwählerInnen“ eingeführt.

Hochrechnen schaffen wahrscheinlich Siebzehnjährige, die ein wenig mit Excel umgehen können, auch ganz gut. Man gibt ihnen zur Übung die Wahlergebnisse der letzten Wahl und die Hälfte der ausgezählten Ergebnisse von 100 Gemeinden, für die andere Hälfte sollen sie dann Schätzwerte berechnen. Mit ein wenig analytischem Denken und einigen einfachen Excel-Funktionen werden die meisten Schätzwerte ermittelt, die relativ nahe an den tatsächlichen Ergebnissen liegen.

Auch in der Schule oder in der Wohnumgebung kleine Umfragen durchzuführen und dann die Daten ins Excel einzugeben, Häufigkeiten auszuwählen, Prozente und Mittelwerte zu berechnen und so die ersten Schritte in der Datenanalyse zu machen, kann ein sinnvolles Erlebnis sein, das einer Wahlanalyse sehr nahekommt.

Mathematik ist kein Selbstzweck. Gerade für politisch interessierte SchülerInnen und LehrerInnen können Zahlen interessant sein, wenn man die Rechenbeispiele in einen sinnvollen Zusammenhang stellt. Doch Zahlen allein reichen noch nicht für eine fundierte inhaltliche Interpretation – dazu ist es ratsam, mit anderen Disziplinen zu kooperieren.

DIE HOCHRECHNUNG

Wenn bei Nationalratswahlen um 17 Uhr die erste Hochrechnung im Österreichischen Rundfunk ausgestrahlt wird, sind noch nicht alle österreichischen Gemeinden ausgezählt worden. Anhand der ersten ausgezählten Gemeinden lässt sich aber die Hochrechnung erstellen:

Sobald die ersten aussagekräftigen Ergebnisse verfügbar sind, werden die Ergebnisse der bereits ausgezählten Gemeinden mit jenen der vorangegangenen Wahl verglichen. Die daraus abgeleiteten WählerInnenströme werden mit statistischen Verfahren geschätzt und hochgerechnet. Die Annahme dabei ist, dass die WählerInnenströme im Vergleich zur vergangenen Wahl in jeder Gemeinde eines Bundeslandes gleich sind. Partei X verliert in jeder Gemeinde gleich viel Prozent ihrer früheren WählerInnen an Partei Y. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die sogenannte Schwankungsbreite: Je weniger schon ausgezählte Ergebnisse vorliegen, desto größer ist sie, also der Bereich einer Ungenauigkeit der Berechnungen. Je mehr ausgezählte Gemeindeergebnisse aber im Laufe des Wahlabends eintreffen, desto geringer wird die Schwankungsbreite, das hochgerechnete Ergebnis wird immer exakter.

Quellen: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=336>, <http://www.diepresse.com/home/techscience/wissenschaft/158453/index.do>, <http://sunsite.univie.ac.at/Austria/elections/broukal1.html> (letzter Zugriff 12.07.2007)

Geschichte

Wahlen sind allgemein, frei, geheim und gleich und wiederholen sich periodisch. Jeder und jede Wahlberechtigte kann in einer Wahlzelle wählen und sicher sein, dass niemand über die Schulter schaut und kontrolliert, ob und wen man wirklich gewählt hat. Der freie Wille der WählerInnen soll dadurch unverfälscht zum Ausdruck kommen können.

Unverfälschter WählerInnenwille

Aber gibt es überhaupt einen freien Willen? Wenn man von allen Gemeinden von 1918 bis 2006 Landkarten zeichnet, in denen jene rot gefärbt sind, wo immer die SPÖ eine Mehrheit hatte, und jene schwarz gefärbt sind, wo immer die ÖVP eine Mehrheit hatte – eine Art historischer Atlas des Wahlverhaltens –, dann kann man erkennen, dass in sehr vielen Gemeinden die politische Mehrheit nie gewechselt hat.

Historisch bedingtes Wahlverhalten

Wenn aber in vielen Gegenden seit Generationen immer die gleiche Partei gewählt wurde, dann wundert man sich über die Macht der Geschichte und kann am „individuellen freien Willen“ zu zweifeln beginnen – vielleicht ist es sinnvoller, über „sozial organisierten Willen“ und die Nachhaltigkeit sozialer Organisationen nachzudenken.

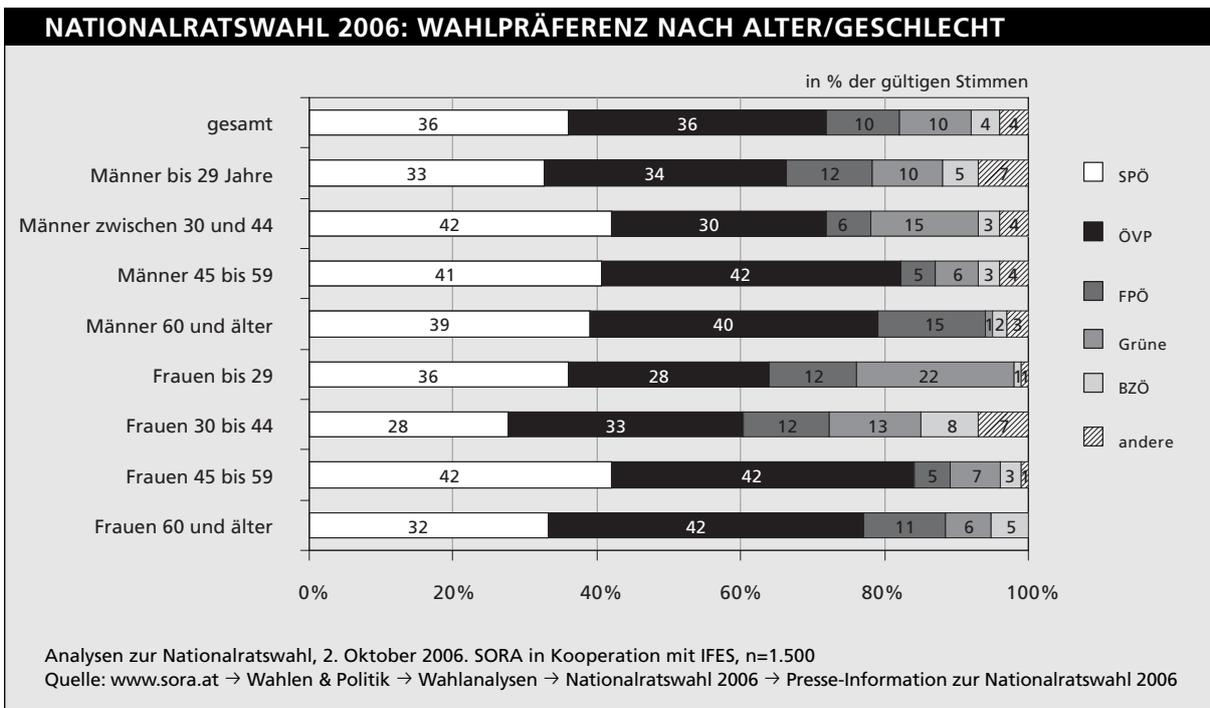
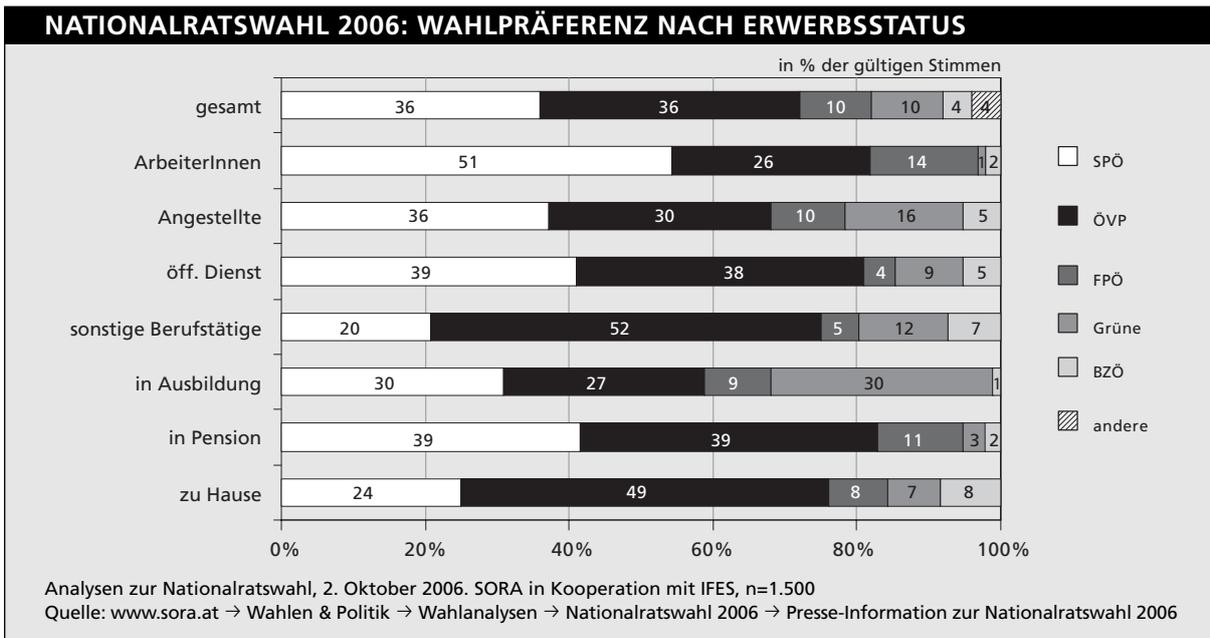
Geografie

Politische Muster finden sich auch, wenn man sich mit der Infrastruktur einer Region auseinandersetzt. Zeichnet man beispielsweise in diesen politisch-geografischen Landkarten alle Eisenbahnknotenpunkte ein, wird man feststellen, dass die meisten davon rot eingefärbt, also typische SPÖ-Gemeinden, sind. Wenn man Gemeinden mit überdurchschnittlicher protestantischer Bevölkerungsmehrheit einzeichnet, findet man dort die Hochburgen der FPÖ und in Kärnten die des BZÖ. Vermerkt man die Gemeinden mit vielen Schweine- oder Geflügelzuchtbetrieben, dann hat man mit ziemlicher Sicherheit eine

Infrastruktur vermittelt politische Positionen

Hochburg der ÖVP gefunden. Und dort wo die Universitäten stehen, in den städtischen Wohngebieten, in denen viele junge Menschen wohnen, die vom Land in die Stadt gezogen sind, dort sind überdurchschnittlich viele GrünwählerInnen zu Hause.

Historisch und geografisch verfestigte Muster Auf diesen historischen und geografischen Landkarten kann man klar erkennen, dass soziale und wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten sehr lange wirken können – so lange, dass sich eine Kombination von Geschichtsforschung und Geografie sinnvoll damit beschäftigen kann. Der „Wählerwille“ ist also in vielen Fällen nicht etwas Aktuelles, ein



auf das Geschehen in den Tageszeitungen konzentriertes Phänomen. Die meisten der „neuesten Trends“, von denen man in den Tageszeitungen liest, halten nicht lange an. Historisch und geografisch verfestigte politische Muster bleiben jedoch oft lange erhalten.

Psychologie

Psychologie spielt nicht nur in unserem alltäglichen Umgang miteinander, sondern auch bei Wahlanalysen eine wichtige Rolle. Politische Psychologie befasst sich einerseits mit Machtausübung und Herrschaft und andererseits mit dem politischen Verhalten von Einzelpersonen, Gruppen oder ganzen Gesellschaften. So lassen sich viele Wahlmotive und Wahlentscheidungen, politische Einstellungen und Vorurteile auf psychologische Faktoren zurückführen.

Wer beispielsweise anderen Menschen grundsätzlich misstrauisch gegenübersteht und sich damit schwertut, Menschen, die er nicht kennt, einen Vertrauensvorschuss zu geben, liest in der Tageszeitung oft die Kriminalberichterstattung und fürchtet sich auch eher vor Zuwanderung. Mangelnde Fähigkeit, anderen Menschen zu vertrauen, steigert also die Bereitschaft, ausländerfeindliche und rechtsextreme Parteien zu wählen. Dies wird vor allem dann aktuell, wenn die wirtschaftliche Lage schlecht ist und sich viele von der Sorge, sie könnten ihre Arbeit verlieren und keine gute Stelle mehr finden, anstecken lassen.

**Misstrauen,
Sorge um
den Arbeits-
platz**

Bei unseren Forschungen zum WählerInnenwillen ist uns vor vielen Jahren auch folgender Zusammenhang aufgefallen: Wer mehrere Fremdsprachen kann oder überhaupt mehrsprachig ist, fürchtet sich weniger vor Fremden und wählt mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ausländerfeindlich und rechtsextrem. Das Lernen von Fremdsprachen und die damit verbundene Auseinandersetzung mit „fremden“ Ländern und Kulturen prägt die Menschen, baut oftmals Berührungängste ab und beeinflusst auf diese Weise auch das Wahlverhalten.

**Sprachkennt-
nisse verrin-
gern Angst**

Obwohl viele gerne behaupten, sie ließen sich bei der Wahl einer politischen Partei oder eines Spitzenkandidaten/einer Spitzenkandidatin von ihrer Vernunft leiten, sind Emotionen bei Wahlentscheidungen ganz zentral. Politik ohne Emotionen funktioniert nicht. Bei politischen Entscheidungen lassen wir uns von unseren Ängsten und Hoffnungen beeinflussen. Am stärksten sind die Gefühle Liebe, Freundschaft und familiäre Nähe. Oft wählen FreundInnen, Familienmitglieder und LebensgefährtInnen die gleiche Partei und beeinflussen einander stark in ihren Ansichten.

**Emotionen
entscheiden
Wahlen**

Zukunftshoffnungen – auf ein besseres Einkommen, eine interessantere Arbeit, eine bessere Ausbildung, eine bessere Wohngegend oder gar auf ein langes, gesundes Leben – sind ganz starke Motivationen, die sich im WählerInnenwillen immer wieder finden lassen. Wegen dieser Zukunftshoffnungen sind politische Programme und die daraus resultierenden Wahlversprechen so wichtig. Parteien und deren SpitzenkandidatInnen müssen glaubwürdig machen, dass sie im Sinne dieser Hoffnungen etwas positiv verändern werden.

**Motivation
Hoffnung**

Deutsch

Eine der wichtigsten zur Erforschung des WählerInnenwillens notwendigen Fähigkeiten ist die Kunst, Fragen zu stellen. Egal ob man ein psychologisches Tiefeninterview führt, um tief liegende Emotionen aufzudecken, oder ein biografisches Interview, weil man daran interessiert ist, welche Lebensereignisse politische Entscheidungen beeinflusst haben – auf jeden Fall ist ein gutes Sprachgefühl nötig, um verständliche Fragen zu verfassen. Bei standardisierten Umfragen ist es besonders wichtig, dass nicht nur die Fragen, sondern auch die Antwortmöglichkeiten eindeutig sind, damit die Ergebnisse sinnvoll ausgewertet werden können.

**Richtig
fragen**

**Klare
Antworten**

Fehler und die Folgen Es ist erstaunlich, wie viel man dabei falsch machen kann. Etwa zwei Fragen auf einmal zu stellen, sodass bei der Auswertung nicht mehr klar ist, auf welchen Teil der Frage sich die Antwort bezieht. Oder doppelte Verneinungen zu verwenden – was oft vorkommt, wenn man oppositionelle Meinungen erforschen will. Die Folge davon ist aber, dass ein Teil der Befragten sich mit der Frage schwertut und sie inhaltlich leicht falsch interpretiert. Oberstes Gebot ist das Prinzip der Einfachheit – die Fragen sollen möglichst klar formuliert und für alle potenziellen Befragten verständlich sein.

Bildung und der WählerInnenwille

Bildung und Wahlentscheidung eng verbunden In vielen Fällen gibt es einen – oft indirekten – Zusammenhang zwischen Schule, Ausbildung und dem WählerInnenwillen. So haben bei der letzten Nationalratswahl Personen überdurchschnittlich häufig die FPÖ gewählt, deren Eltern einen Maturaabschluss erreicht hatten, sie selbst jedoch nicht. Menschen, die über 50 Jahre alt sind und eine Universität absolviert haben, sind überwiegend ÖVP-WählerInnen. Und diejenigen, die ein Studium abgeschlossen haben, aber unter 50 Jahre alt sind, wählen mehrheitlich die Grünen. In den 1990er-Jahren wählten FacharbeiterInnen, die keinen FacharbeiterInnenjob bekommen konnten und als HilfsarbeiterInnen arbeiteten, mehrheitlich FPÖ. Viele AkademikerInnen, die in Sekretariaten oder im Gastgewerbe jobben und keinen entsprechenden akademischen Beruf finden können, wählen die Grünen.

Politische Bildung als wichtiger Faktor Bei der Analyse von Wahlverhalten lassen sich viele solcher Muster finden. Und sie alle zeigen, dass der WählerInnenwille nicht ganz so frei ist, sondern von vielen Faktoren beeinflusst wird. Die Schule ist dabei ein ganz entscheidender Faktor. Politische Bildung ist in diesem Zusammenhang also viel mehr als ein Unterrichtsprinzip oder ein Schulfach. Schule und die Art und Weise, in der sie unser Leben prägt, haben wesentlichen Einfluss auf unsere Wahlentscheidungen. Wichtig ist eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Prozess, wie der WählerInnenwille geformt wird. Denn diese Reflexion ist wichtig dafür, sich einen „Willen bilden“ zu können.

Günther Ogris, M.A.

Master of Social Science Data Analysis an der University of Essex, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts SORA (Institute for Social Research and Analysis); zahlreiche Lehrtätigkeiten, u.a. an den Universitäten in Wien und Graz sowie am Institut für Höhere Studien in Wien.

Aleksandra Ptaszynska, Mag.

Studium der Soziologie an der Universität Wien, wissenschaftliche Mitarbeiterin am sozialwissenschaftlichen Institut SORA (Institute for Social Research and Analysis).

Weiterführende Literatur

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Sommer, Franz (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000.

Reichmann, Alexander/Salfinger, Brigitte/Nitsch, Sigrid: Die Macht

der Wahlenthaltung, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Burkert-Dottolo, Günther/Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006. Wien-München 2007, S. 163–186.

www.sora.at



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Infografik: Nationalratswahlen 2006: Wahlpräferenz nach Bildungsmobilität

VON DER WÄHLER/INNENREGISTRIERUNG BIS ZUR STIMMABGABE

Wie kommt es zur Wahl?

Nach dem Ende der Legislaturperiode muss spätestens nach vier Jahren – laut Wahlrechtsreform 2007 nach der kommenden Nationalratswahl spätestens nach fünf Jahren – neu gewählt werden. Der → Nationalrat beschließt mit einfacher Mehrheit, sich aufzulösen. Die Ausschreibung der Wahl zum Nationalrat und Festlegung des Wahltages wird verordnet, der weitere Verlauf der Wahl ist in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 festgelegt.

Die WählerInnenregistrierung

Die WählerInnenevidenz ist Basis für die vor einer Wahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin oder des Nationalrates sowie bei Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen anzulegenden Verzeichnisse.

Wahlberechtigte mit Hauptwohnsitz in Österreich werden automatisch in der für sie zuständigen Gemeinde in der nationalen WählerInnenevidenz¹ erfasst. Die Evidenz umfasst alle österreichischen StaatsbürgerInnen ab 14 Jahren², die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und die in der für sie zuständigen Gemeinde den Hauptwohnsitz haben. Auf ihrer Basis wird in der Gemeinde das aktuelle WählerInnenverzeichnis erstellt, nur wer in diesem vor der Wahl erfasst ist, darf wählen. Wer nicht eingetragen ist, kann Einspruch erheben, über den bis zwei Wochen vor der Wahl entschieden wird.

Wer nicht dort wählen gehen kann, wo er oder sie im WählerInnenverzeichnis eingetragen ist, muss eine Wahlkarte schriftlich bis spätestens vier Tage oder mündlich bis spätestens zwei Tage (12:00 h) vor dem Wahltag beantragen. Damit kann er/sie dann am Wahltag in jenen Wahllokalen die Stimme abgeben, die Wahlkarten entgegennehmen, oder durch Besuch einer besonderen Wahlbehörde oder mittels Briefwahl. BriefwählerInnen können gleich nach Erhalt der Wahlkarte wählen. Wahlkarten müssen per Post spätestens am achten Tag nach der Wahl bis 14 Uhr bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen.

Die Kandidatur

Nicht einzelne KandidatInnen, sondern Parteien werden gewählt (Listenwahlrecht). Zur Kandidatur berechtigt sind wahlwerbende Gruppen – es muss

keine Partei im Sinne des Parteigesetzes sein³ –, die einen Wahlvorschlag an die zuständige Wahlbehörde einbringen.

Die Parteien nominieren ihre KandidatInnen (für Regional-, Landes-, Bundeswahlkreis) auf Listen gemäß der drei Ebenen der Mandatsvergabe. Es gibt pro Bundesland einen Landeswahlvorschlag, der aus einer Landesparteiliste und mehreren Regionalparteilisten besteht. Für diesen sind entweder die Unterschriften von drei Nationalratsabgeordneten oder aber (je Bundesland unterschiedlich viele) Unterstützungserklärungen seitens der Wahlberechtigten notwendig. Auf Bundesebene kandidierende Parteien bringen einen Bundeswahlvorschlag ein, dessen KandidatInnen auf Bundesparteilisten aufgeführt sind. Für eine Kandidatur bundesweit sind 2.600 Erklärungen und neun Wahlvorschläge nötig. PolitikerInnen können auf mehreren Listen genannt werden, dürfen pro Ebene aber nur einmal kandidieren.

Die Stimmabgabe am Wahltag

Es gibt österreichweit ca. 13.000 Wahllokale⁴, außerdem sucht eine besondere Wahlbehörde jene Personen auf, die aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen (Strafgefangene, die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, etc.) nicht das Wahllokal besuchen können, aber vor einer Wahlbehörde per Wahlkarte wählen möchten.

Man kann nur für eine Partei stimmen und jeweils eine Vorzugsstimme für eine/n Kandidaten/in auf Landesebene und für eine/n Kandidaten/in auf Regionalebene vergeben.⁵ Die Wahl erfolgt nach dem Prinzip „Kreuzerl sticht Vorzugsstimme“: Wenn man Partei A wählt und eine Vorzugsstimme für eine/n Kandidaten/in der Partei B vergibt, zählt die Vorzugsstimme nicht, die Stimme für Partei A aber schon.

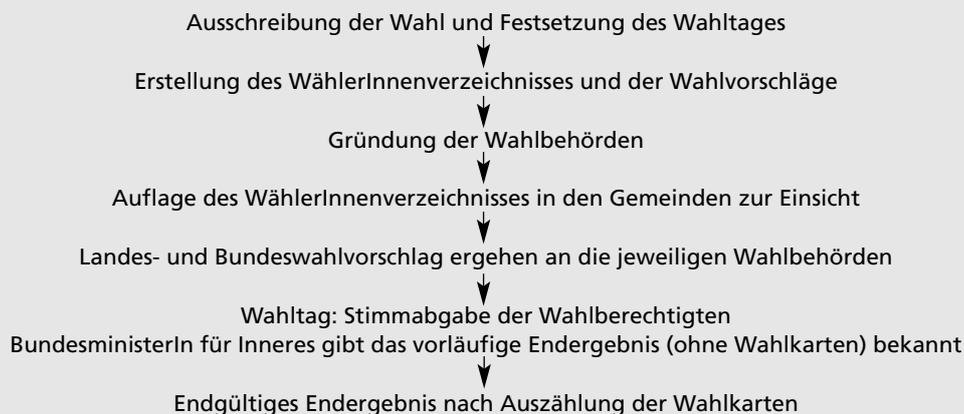
Verwendete Literatur

Dachs, Herbert /Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (u.a.) (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 283.
Nationalrats-Wahlordnung 1992 via <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>, <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html>, (6.7.2007)

- 1 Für Wahlen zum Europäischen Parlament gibt eine Europa-WählerInnenevidenz mit eigenen Bestimmungen für EU-BürgerInnen.
- 2 Personen, die vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung in die WählerInnenevidenz das 14. Lebensjahr vollendet haben, <http://www.bmi.gv.at/wahlen/waehlerevidenzen.asp> (letzter Zugriff 13.07.2007)
- 3 http://www.bmi.gv.at/wahlen/nationalratswahl_ueberblick.asp (letzter Zugriff 13.7.2007)
- 4 <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html> (letzter Zugriff 6.7.2007)
- 5 „Für den Regionalwahlkreis und für den Landeswahlkreis kann jeweils nur eine Vorzugsstimme vergeben werden“, http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_gueltigkeit.asp (letzter Zugriff 13.7.2007)

Petra Mayrhofer

STECKBRIEF EINER WAHL IN ÖSTERREICH AM BEISPIEL DER WAHLEN ZUM NATIONALRAT



WIE ENTSTEHT DAS WAHLERGEBNIS DER NATIONALRATSWAHL?

Nach der Auszählung der gültigen abgegebenen Stimmen kommt zur Verteilung der Mandate im → Nationalrat ein dreistufiges Ermittlungsverfahren zum Einsatz: Die ersten beiden Stufen des Ermittlungsverfahrens werden nach dem Hare'schen System berechnet, die dritte Stufe erfolgt danach nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren.

Zunächst wird für die Ermittlung die Wahlzahl bestimmt: Das ist die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen im Landeswahlkreis dividiert durch die im Landeswahlkreis zu vergebenden → Mandate. Die Wahlzahl sagt aus, wie viele Stimmen eine Partei in diesem Wahlkreis erhalten muss, um ein Mandat zu erlangen.

Ermittlungsverfahren

Im ersten Ermittlungsverfahren auf Ebene der 43 Regionalwahlkreise erhält jede Partei so viele Mandate, wie die Wahlzahl in der Summe aller für die Partei abgegebenen Stimmen im Regionalwahlkreis enthalten ist.

Dasselbe Verfahren wird nun auf Ebene der Landeswahlkreise angewendet. In diesem zweiten Ermittlungsverfahren werden nur mehr all jene Parteien berücksichtigt, die zuvor in mindestens einem Regionalwahlkreis ein Mandat („Grundmandat“, „Direktmandat“) erzielen konnten oder bundesweit mindestens vier Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben (Vier-Prozent-Klausel). Mandate, die die Partei bereits im ersten Ermittlungsverfahren erzielt hat, werden abgezogen.

Bundesweiter Proportionalausgleich im dritten Ermittlungsverfahren

Beim Hare'schen System bleiben immer Reststimmen übrig, die nun im dritten Ermittlungsverfahren Berücksichtigung finden. Es werden die → Mandate

in ganz Österreich vergeben. Der Kreis der teilnahmeberechtigten Parteien verengt sich nun nochmals: Voraussetzungen dafür, in diesem Verfahren Mandate erhalten zu können, sind mindestens ein Mandat in einem Regionalwahlkreis oder bundesweit mindestens vier Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen sowie ein Bundeswahlvorschlag, das heißt, die Partei muss bundesweit kandidiert haben.

Es wird neuerlich eine Wahlzahl ermittelt – nun nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren. Dabei werden die Summen der Reststimmen jeder Partei ihrer Größe nach geordnet und nebeneinander aufgelistet. Unter jede der einzelnen Zahlen werden jeweils deren Bruchteile geschrieben, also die Hälfte, darunter das Drittel u.s.w.

Als Wahlzahl gilt bei einem zu vergebenden Restmandat (jenen Mandaten, die nicht bereits im ersten und zweiten Ermittlungsverfahren vergeben wurden) die größte, bei zwei Restmandaten die zweitgrößte, bei drei Restmandaten die drittgrößte der aufgelisteten Zahlen. Jede Partei erhält so viele Mandate, wie diese Wahlzahl in der Gesamtsumme der Reststimmen enthalten ist.

Diese nun ermittelte Mandatsaufteilung wird mit der bisher in den beiden anderen Ermittlungsverfahren berechneten verglichen. Parteien, die nun mehr Mandate erzielen, erhalten die Differenz.

Petra Mayrhofer

Quellen:

http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/webobj/023890.pdf#pagemode=bookmarks,

<http://www.bmi.gv.at/Wahlen/> (letzter Zugriff 12.07.2007)

Woyke, Wichard: Stichwort: Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten. Wiesbaden 2005, S. 32–35.

Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien 1997, S. 217f.

Wählen mit 16:

Erwartungen und Perspektiven

Die Wahlreform – rascher Schwenk vom Dissens zum Konsens

Die Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre für alle Wahlen hatte bis zum Abschluss der Koalitionsvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP im Jänner 2007 eine nur sehr geringe Chance auf Realisierung. Befürwortet worden war die Maßnahme bis dahin nur von der SPÖ und den Grünen, ÖVP und FPÖ sowie das BZÖ konnten sich nur auf Gemeinde- und Landesebene eine Absenkung vorstellen. Entsprechende Initiativen wurden daher zuerst auch in den Bundesländern gesetzt, vor allem in solchen mit SPÖ-Mehrheit (Burgenland, Salzburg, Wien), aber auch in der Steiermark (mehrheitlich ÖVP) und in Kärnten (mehrheitlich FPÖ). In allen fünf Bundesländern lag das Wahlalter für Gemeinderatswahlen vor der vom → Nationalrat beschlossenen Reform 2007 bei 16 Jahren, im Burgenland und in Wien galt das auch für Landtagswahlen. In den übrigen Ländern machte die ÖVP grundsätzliche Vorbehalte geltend und favorisierte stattdessen partizipative Modelle wie Jugendforen, Jugendgemeinderäte und projektbezogene Formen der Beteiligung. Mit Blick auf die Bundesebene war die Position der ÖVP, ähnlich wie bei der FPÖ, eindeutig ablehnend. 2003 wurden zwei diesbezügliche Anträge der SPÖ mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt; eine geringfügige Absenkung des effektiven Wahlalters geschah mit einer Änderung der Stichtagsregelung – das Wahlalter musste nicht mehr schon zu Jahresbeginn, sondern erst am Wahltag erreicht werden.

Initiative der Bundesländer

ÖVP für Beteiligungsmodelle

Dass die Wahlaltersenkung ins Regierungsprogramm aufgenommen wurde, war nicht das Ergebnis einer vorausgegangenen Debatte in der ÖVP, sondern Teil eines politischen Tausches mit der SPÖ, die im Gegenzug in die Einführung der Briefwahl im Inland (bei Auslandsaufenthalten gab es sie bereits) einwilligte. Die Wahlreform ist damit als Maßnahmenpaket eine von Parteikalkül getragene Entscheidung und nicht das Resultat einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Politischer Handel zwischen ÖVP und SPÖ

Zumindest geringfügig relativiert kann dieser Befund insofern werden, als sich eine Empfehlung zur Wahlaltersenkung bereits im Bericht zum durch die EU initiierten und in Österreich vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in Auftrag gegebenen YAP-Prozess 2003 (YAP = Young Rights Action Plan) findet. Auch im für das → Weißbuch Jugend der EU-Kommission erstellten Bericht zur Jugendpartizipation in Österreich fand die Wahlaltersenkung als mögliche Maßnahme zur formellen Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungen Erwähnung. Einen nicht unwichtigen Impuls – auch in europäischer Perspektive – setzten während der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 die JugendvertreterInnen der

Young Rights Action Plan

EU-Weißbuch Jugend

**Hoffnung
auf mehr
Mitwirkung**

EU-Mitgliedsstaaten mit ihrer „Deklaration von Wien und Bad Ischl“. In der gemeinsamen Erklärung, verabschiedet auf Initiative der österreichischen Bundesjugendvertretung, heißt es: „Um die aktive Mitwirkung junger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen zu stimulieren, sollte das Wahlalter gesenkt werden, wobei als begleitende Maßnahme vom Volksschulalter an, unter Verwendung nicht-formaler Methoden, Politische Bildung vermittelt wird, um die selbe Grundinformation für jeden jungen Menschen zu gewährleisten.“¹

Österreich: Vorreiter oder Ausnahmefall?

**In der EU das
einzige Land**

International gibt es zehn Staaten, in denen das Wahlalter, variierend zwischen 15 und 17 Jahren, niedriger als 18 Jahre ist.² Unter den Mitgliedern der Europäischen Union ist Österreich bis auf Weiteres das einzige Land, das 16- und 17-Jährigen auf allen Ebenen – → Gemeinde, → Landtag, → Nationalrat, Bundespräsidentenschaft, Europäisches Parlament – das aktive Wahlrecht einräumt.³ Dass in Österreich im Gefolge der Wahlaltersenkung auch alle Länder nachziehen (müssen), ist auf das in der Verfassung verankerte → Homogenitätsprinzip zurückzuführen, welches eine Überschreitung der nationalen Untergrenze untersagt; Gleiches gilt für das mit der Wahlrechtsreform abgesenkte passive Wahlrecht von 19 auf 18 Jahre.⁴

Homogenitätsprinzip

Die Frage Vorreiter oder Ausnahmefall hat also einige Relevanz, da in letzterem Falle die Debatte über die Sinnhaftigkeit der Regelung wohl immer wieder aufflammen würde, zumal diese auch heute uneingeschränkt nur von der SPÖ und den Grünen unterstützt wird. Die SkeptikerInnen, vor allem in der ÖVP und hier vor allem in einigen Bundesländern (Ober- und Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg), konnten sich durch zeitgleich mit der Verabschiedung des Gesetzes im → Nationalrat durchgeführte Umfragen bestätigt fühlen, die ein insgesamt kritisches Bild in der öffentlichen Meinung – sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen – zeigten.⁵

**Umfragen
bestätigen
SkeptikerInnen**

**EU: stärkere
Beteiligung
der Jugend**

Ob Österreich in der EU der Ausnahmefall bleiben wird, ist zunächst nicht eindeutig zu beantworten. Für die EU-Kommission steht zwar seit dem → Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001) die stärkere Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie auf der Agenda, die Wahlaltersenkung ist dabei aber kein Thema. In einer Mitteilung der Kommission zu den Folgemaßnahmen zum → Weißbuch (2006) wird nur erwähnt, dass in den Niederlanden (parallele Wahlen für Kinder) und in Finnland (kommunales Wahlrecht ab 16) Anreize zur Erhöhung der Wahlbeteiligung junger Wähler geschaffen worden seien.

**Wahlalters-
senkung aber
kein Thema**

**Referenzland
für Österreich**

Beispiel Deutschland

Ein wichtiges Referenzland für Österreich wird weiterhin Deutschland bleiben. Hier ist seit 1996 sukzessive in mehreren Bundesländern das Kommunalwahlrecht auf 16 Jahre gesenkt worden: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin (Bezirksverordnetenversammlungen), Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, in Hessen wurde die 1998 eingeführte Maßnahme nach einem Regierungswechsel wieder zurückgenommen. In einigen weiteren Bundesländern gibt es – vor allem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Partei DIE LINKE⁶ und den Grünen

WAHLRECHTS- REFORM 2007

- Legislaturperiode**
Verlängerung von vier auf fünf Jahre
- Aktives Wahlalter**
Bundesweite Senkung auf 16 Jahre
- Passives Wahlalter**
von 19 auf 18 Jahre
- Briefwahl im Inland**
Wahlkarte mit Stimmzettel wird vor Wahlschluss per Post eingeschickt
- Auslandsösterreicher**
Durch Briefwahl entfällt kompliziertes Procedere – Eidesstattliche Erklärung ersetzt Zeugen

Grafik: © APA, Quelle: APA



getragene – Initiativen in die gleiche Richtung. Auf nationaler Ebene nimmt sich das Jugendforum des Deutschen Bundestages des Themas an, ohne allerdings eine vorbehaltlos positive Haltung einzunehmen. Klare Verfechter des Wählens mit 16 sind die Partei DIE LINKE, die 2002, damals noch als Linkspartei PDS, mit einem Antrag im Bundestag scheiterte, sowie die Grünen, die Ende 2006 einen Antrag auf Wahlaltersenkung einbrachten. Eine breite Debatte über das Wählen mit 16 auf Bundesebene findet in Deutschland (noch) nicht statt, was nicht ausschließt, dass sich am Ende doch eine politische Mehrheit findet. Den Boden dafür bereiten könnte möglicherweise das Projekt „U18 – Jugend wählt“. U18 ist überparteilich organisiert und arbeitet in der Regel unter der Schirmherrschaft der politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene. U18 veranstaltet anlässlich von Bundestagswahlen Parallelwahlen für Jugendliche und Kinder, 2002 zunächst nur in Berlin, 2005 bereits bundesweit; auch bei Landtagswahlen (2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) findet das Modell Anwendung.

**Linke und
Grüne dafür**

**Projekt „U18 –
Jugend wählt“**

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die breite, in Form einer Kampagne geführte Initiative „Votes at 16“⁷ in Großbritannien, deren Aktivitäten auf große Resonanz stoßen. Gordon Brown, nunmehr Nachfolger von Tony Blair als Premierminister und Chef der Labour Party, signalisierte im Februar 2006 „his support for lowering the age of voting to 16 as part of a radical programme to counter widespread alienation from modern politics“⁸. Ein entsprechender Labour-Vorstoß scheiterte bereits einmal am Einspruch der britischen Wahlaufsichtsbehörde. Sollte er im zweiten Anlauf gelingen, wäre mit Blick auf Österreich die Deutungsvariante „Ausnahmefall“ widerlegt.

**GB: Kampagne
„Votes at 16“**

**Labour-
Vorstoß**

Die Wahlpraxis: Ausgangslage, Begleitmaßnahmen, Erfahrungen

Die Absenkung des Wahlalters wurde von den Jugendorganisationen einzelner Parteien, insbesondere der SPÖ und der Grünen, mit Nachdruck verfolgt – ein zentrales Anliegen der Jugend selbst war es nicht. Praktisch alle Umfragen und Jugendstudien kommen zum Ergebnis, dass die Mehrheit der Bevölkerung und auch eine Mehrheit der 16- und 17-Jährigen der Maßnahme wenig abgewinnen kann. Als wichtigste Gründe für die Ablehnung – zu beachten sind freilich auch die Zustimmung ausdrückenden Argumente (siehe Grafik „Wählen mit 16 – Pro und Contra“) – werden das geringe Wissen und Politikinteresse von Jugendlichen angeführt: Während in der Gesamtbevölkerung der Anteil jener, die sich gedanklich zumindest „ziemlich stark“ mit aktuellen politischen Vorgängen befassen, bei 41 Prozent liegt, beträgt der Wert bei den 16- bis 19-Jährigen lediglich 17 Prozent.⁹ Mehr in die Tiefe gehende wissenschaftliche Studien¹⁰ kommen allerdings zum Schluss, dass die Angaben zum Politikinteresse deutlich relativiert werden müssen, sobald zusätzlich Fragen zu konkret anstehenden politischen Themen (Umwelt, Beschäftigung, soziale Sicherheit usw.) gestellt werden. Selbst scheinbar wenig Interessierte äußern dann eine Meinung und bringen damit eine politische Position zum Ausdruck. Die bei Jugendlichen besonders ausgeprägte Politikdistanz bezieht sich somit weniger auf die Inhalte der Politik als auf die Form und Präsentation der Politikgestaltung.

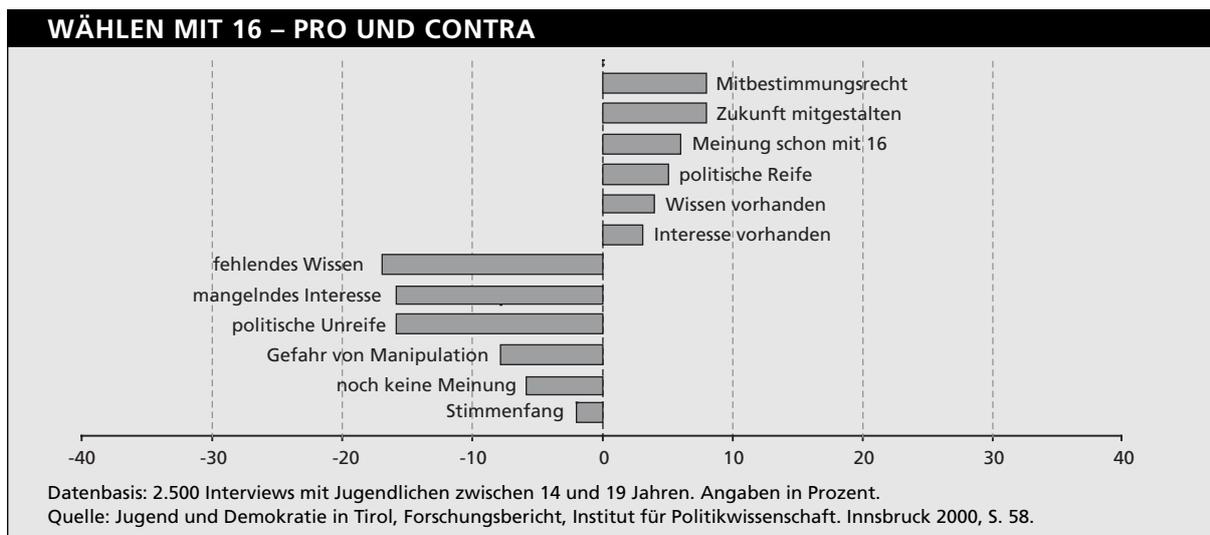
**Kein zentrales
Anliegen der
Jugend selbst**

**Wenig
Interesse
und Wissen?**

**Konkrete Pro-
bleme regen
Interesse an**

Die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen ist die Achillesferse der Wahlaltersenkung. Überall dort, wo bereits mit 16 Jahren gewählt werden konnte – das sind die oben aufgezählten deutschen und österreichischen Bundesländer –, war die größte Unsicherheit, ob die JungwählerInnen sich gleich oder zumindest annähernd gleich stark beteiligen würden wie die älteren Jahrgänge. Durchwegs wurden daher begleitende Maßnahmen in Form von gezielter Information und Motivationsförderung gesetzt. Zwei solche Initiativen sind nachstehend kurz vorgestellt: Die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2006 in Berlin und die Landtagswahl in Wien 2005.

**Geringere
Wahlbe-
teiligung**



Bereits vor der Wahlrechtsreform 2007 war „Wählen mit 16“ ein kontroversiell diskutiertes Thema bei Jugendlichen. Die Studie zeigt, dass die befragten 14- bis 19-Jährigen stärker skeptische Positionen artikulierten, häufig wurde genannt, dass Jugendliche andere Interessen und Sorgen hätten als die Auseinandersetzung mit Politik.

Informations- und Motivationsstrategien

Wahl der BVV 2006 in Berlin

In Berlin 2006 wurde für die Vorbereitung der ErstwählerInnen ein breites Spektrum an Einrichtungen und Initiativen zusammengeführt: LehrerInnen an Schulen und Berufsschulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und -bildungsstätten, die Landeszentrale für Politische Bildung und das U18-Netzwerk Berlin. Die Maßnahmen umfassten Informationsbroschüren, Gesprächsrunden mit KommunalpolitikerInnen, Politische Bildung für ErstwählerInnen und MultiplikatorInnen, Internetplattformen, Wahlpartys und anderes mehr. Die repräsentative Statistik für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung ergab eine Gesamtbeteiligungsrate von 55,8 Prozent, bei den 16- und 17-Jährigen lag sie mit 45,6 deutlich darunter, ebenso bei der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen (49,5).

Landtagswahl 2005 in Wien

In Wien wurden für die Landtagswahl 2005 mehrere Kampagnen gestartet: Mit der Informationskampagne der Magistratsabteilung Wahlen (Titel „Ganz Wien geht wählen“) wurden rund 87 Prozent aller wahlberechtigten Jugendlichen erreicht, mit der Kampagne des Landesjugendreferats („Ich wähle“ – mit einer eigenen Internetseite [ich-waehle.at](http://www.ich-waehle.at), Party-Contests und anderen Maßnahmen) rund zwei Drittel. Dass die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen mit 59 Prozent nur geringfügig unter dem Gesamtergebnis (61 Prozent) lag, wurde als großer Erfolg gewertet und unmittelbar mit den begleitenden Maßnahmen in Zusammenhang gebracht: Die Wirkungsanalyse für die beiden Kampagnen ergab: Von den Jugendlichen, die mit „Ganz Wien geht wählen“ erreicht worden waren, gingen 61 Prozent zur Wahl (gegenüber den 53 Prozent jener, die sie nicht wahrgenommen hatten). Bei der Info-Kampagne „Ich wähle“ lag der Wert mit 64 gegenüber 53 Prozent noch höher¹¹.

Begleitende Maßnahmen erfolgreich

Extreme Parteien nicht verstärkt gewählt

Die Erfahrungen aus Österreich und Deutschland zeigen, dass, wenn gezielte Maßnahmen zur Information und Aktivierung gesetzt werden, die Beteiligung der Jugendlichen zumindest nicht dramatisch unter der allgemeinen Wahlbeteiligung liegt, ja fallweise sogar höher ist als bei den 18- bis 24-Jährigen. Auch eine weitere Befürchtung hat sich bisher nicht bestätigt: Parteien mit politisch extremer Ausrichtung finden kaum Anklang. In ihrer Parteienpräferenz weichen die Jugendlichen teilweise von der GesamtwählerInnenenschaft ab (bei der Landtagswahl in Wien z.B. mit überdurchschnittlich vielen GrünerWählerInnen), teilweise sind sie aber auch, wie die Kommunalwahlen in Kärnten, Salzburg, der Steiermark und im Burgenland gezeigt haben, fast deckungsgleich.¹²

Was kann, was muss sich ändern?

Die Wahlaltersenkung ist, das zeigen die vorliegenden Befunde, eine dynamische Maßnahme. Der Großteil der Betroffenen steht dem Wählen mit 16 und 17 skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ist das Wahlrecht für sie aber einmal in Kraft, dann nehmen sie es wahr, wenn auch in geringerem Ausmaß als die älteren Jahrgänge. Diese – oft erleichtert und überrascht aufgenommene – Erfahrung sollte aber nicht zu voreiligen Schlüssen über mögliche weitere positive Effekte verleiten, wie sie allzu häufig in den Debatten anzutreffen sind¹³:

- ▶ Die Herabsetzung des Wahlalters führt nicht automatisch zu einem höheren Politikinteresse bei Jugendlichen. Das Interesse junger Menschen ist, wie die Jugendforschung zeigt, primär lebenszyklisch bedingt und hängt nicht allein mit den tatsächlichen →Partizipationsmöglichkeiten zusammen. Dass 16- und 17-Jährige politisch weniger informiert und interessiert sind als 18-Jährige, ist ein Faktum.
- ▶ Die Wahlaltersenkung eignet sich nicht als Gegenmittel zu den allgemein sinkenden Beteiligungsraten bei Wahlen, im Gegenteil. Schon weil sie in geringerer Zahl teilnehmen, drücken die Jugendlichen die Rate (wenn auch nur geringfügig) nach unten. Vor allem wird es auch weiterhin immer aktivierender Maßnahmen bedürfen, um die Jugendlichen zu den Wahlen zu bringen.
- ▶ Auch als Maßnahme gegen die – fälschlich so genannte – Politikverdrossenheit wird sie nicht greifen, wenn man in Betracht zieht, dass es sich dabei um ein komplexes Phänomen der Entfremdung und Distanz gegenüber der Politikgestaltung handelt, das sich quer durch alle Altersgruppen zieht.
- ▶ Schließlich werden sich die Parteien zwar auf dieses neue WählerInnensegment einstellen, aber schon rein quantitativ wird es im Vergleich zur weiter wachsenden – als Zielgruppe damit wesentlich bedeutsameren und politikrelevanteren – Gruppe der über 60-Jährigen kaum eine Rolle spielen.

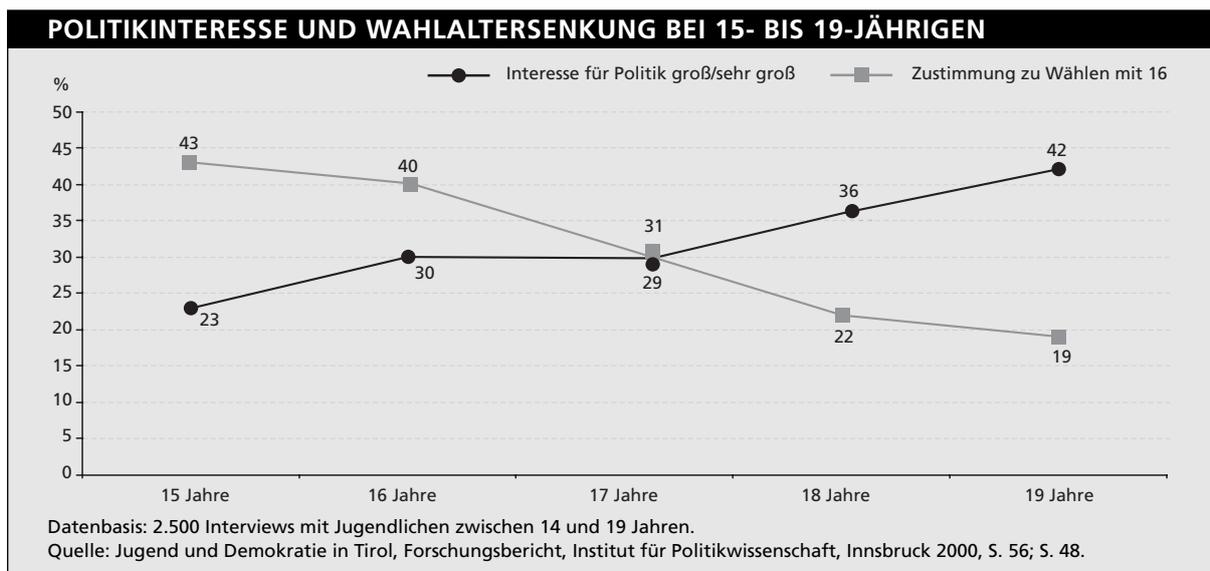
Politikinteresse lebenszyklisch bedingt

Aktivierende Maßnahmen notwendig

Politikverdrossenheit in allen Altersgruppen

Trotz dieser eher ernüchternden Einsichten hat die Wahlaltersenkung durchaus auch positive Wirkungen. Wenn oben die von ihr ausgehende Dynamik angesprochen wurde, dann muss das nicht nur mit Blick auf die Beteiligung gelten, sondern sich auch auf andere Aspekte beziehen. Einer davon ist, dass der Politischen Bildung in den Schulen eine Aufwertung in Aussicht gestellt wird, die man noch vor Kurzem für kaum möglich

Aufwertung der Politischen Bildung



Je älter die befragten Jugendlichen, umso mehr zeigen sie Interesse für Politik. Gleichzeitig sinkt die Zustimmung zu „Wählen ab 16“ mit steigendem Alter.

gehalten hätte. So uneingeschränkt das zu begrüßen ist, sollte es aber auch nicht dazu verleiten, die Politische Bildung als eine Art Ausbildung zum Stimmbürger, zur Stimmbürgerin zu definieren – damit wäre sie falsch definiert und auch überfordert.

Neue Modelle der Beteiligung gefragt

Die Wahlaltersenkung wird eine neue Dynamik auch mit Blick auf die gängigen Modelle der Jugendbeteiligung¹⁴ nach sich ziehen müssen. Jugendgemeinderäte (eine ohnedies eher wenig effektive Einrichtung) erübrigen sich überhaupt, sobald die Betroffenen zu vollwertigen WählerInnen aufgewertet sind. Andere Modelle der Jugendbeteiligung, insbesondere projektbezogene Ansätze, könnten aber an Relevanz gewinnen, da viele der beteiligten Jugendlichen künftig nicht mehr nur BittstellerInnen, sondern eben auch mit Wahlrecht ausgestattete BürgerInnen sein werden. Gerade auf Gemeindeebene werden die politischen AkteurInnen gefordert sein, Maßnahmen zu überlegen, wie das aktive (mit passiver politischer →Partizipation verbundene) Wahlrecht in aktive Mitwirkung am politischen Geschehen münden kann. Allein durch eine Erweiterung der Zahl der Wahlberechtigten wird sich die politische →Partizipationskultur nicht verbessern lassen.

Ferdinand Karlhofer, ao. Univ.-Prof. Dr.

Universitätsprofessor und Vorstand des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Interessenvermittlung in österreichischer und europäischer Perspektive, Europäische Integration und Regionalpolitik.

- 1 <http://ec.europa.eu/austria/uebersicht.htm#B%FCrgergesellschaft> (letzter Zugriff Juni 2007).
- 2 Fast durchwegs handelt es sich dabei um Länder, die allenfalls mit Vorbehalt als intakte Demokratien einzustufen sind: Unter 18 Jahren liegt das Wahlalter in Indonesien, Kuba, Brasilien, Nordkorea, Nicaragua, Osttimor, auf den Seychellen und im Sudan. Bosnien, Serbien und Iran haben unlängst das zuvor niedrigere Wahlalter auf 18 Jahre angehoben (Quelle: CIA – The World Factbook).
- 3 Innerhalb der EU müsste streng genommen auch Isle of Man in die Liste der Länder aufgenommen werden. Die Insel gehört nicht zum Vereinigten Königreich, sondern ist direkt der britischen Krone unterstellt. Das Wahlalter liegt bei 16 Jahren.
- 4 „Die Landtagswahlordnungen dürfen die Bedingungen des aktiven und passiven Wahlrechtes nicht enger ziehen als die Bundesverfassung für Wahlen zum Nationalrat“ (Art 95 Abs 2 B-VG).
- 5 Siehe z.B. die Studie „Wählen mit 16 JA aber ...“ des Humaninstituts Klagenfurt (www.humaninstitut.at >Studien >2007, als pdf herunterladbar, letzter Zugriff Juni 2007). Vgl. dazu auch die Studie „Jugend und Politische Bildung“ der Universität Krems, Department Politische Kommunikation, die ein insgesamt positives Bild über das Politikinteresse der Jugendlichen zeichnet, bei der Frage zur Wahlaltersenkung aber eine Mehrheit (59 Prozent) für die ablehnende Position bei den Jugendlichen ausweist.
- 6 Im Juni 2007 fusionierten die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und die Linkspartei PDS zur Partei DIE LINKE.
- 7 www.votesat16.org.uk (letzter Zugriff Juni 2007).
- 8 The Guardian, 27. Februar 2006. Siehe auch unter <http://www.guardian.co.uk/frontpage/story/0,,1718729,00.html> (letzter Zugriff Juni 2007).
- 9 IMAS-Report 1/2007 (Stichprobe für die 16- bis 19-Jährigen: 1.000).
- 10 Besonders einflussreich im deutschsprachigen Raum ist die alle vier Jahre erscheinende Shell-Jugendstudie. Zuletzt erschienen: 15. Shell-Jugendstudie: Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt 2006.
- 11 Projektgemeinschaft SORA – ÖÖJ – WZW: „Wählen heißt erwachsen werden!“ Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-Jähriger bei den Wiener Landtagswahlen 2005, S. 25–31 (www.oiej.at/root/start.asp?b=13, letzter Zugriff Juni 2007).
- 12 Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es sich bei dieser Altersgruppe um einen WählerInnenanteil von maximal zwei Prozent handelt. Wegen der geringen Zahl gestaltet sich die Stichprobenziehung vor allem bei kleinen Gemeinden schwierig, entsprechend sind die Erhebungen nur eingeschränkt repräsentativ.
- 13 Zum Folgenden vgl. Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 238–299 sowie Hoffmann-Lange, Ursula/de Rijke, Johann: Die Entwicklung politischer Kompetenzen und Präferenzen im Jugendalter. Ein empirischer Beitrag zur Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, in: Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Godeworth, Thelse (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Baden-Baden 2006, S. 59–74.
- 14 Ausführliche Informationen zu den bestehenden Beteiligungsmodellen in ganz Österreich finden sich auf der von den Jugendreferaten der neun Bundesländer eingerichteten Website www.jugendbeteiligung.cc. Eine umfassende Bestandsaufnahme am Beispiel Tirol liefert die Studie von Karlhofer, Ferdinand/Bachler, Marlene/Schwerzler, Anna: Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Forschungsbericht. Institut für Politikwissenschaft, November 2006.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Die Wahlrechtsreform 2007
- ▶ Tabelle: Positionen der Parteien zur Wahlaltersenkung 2004/07
- ▶ Infografiken zum Thema Interesse an Politik nach Altersgruppen

WAHLSYSTEME IN EUROPA				
Staat	Wahlalter aktiv/passiv	Staatsoberhaupt	Wahlssystem	Kommunales AusländerInnenwahlrecht
Belgien	18/21 (18k)	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Ja (5 Jahre Aufenthalt)
Dänemark	18/18	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Ja (3 Jahre Aufenthalt)
Deutschland	18 ¹ /18 ²	PräsidentIn (Wahlkollegium)	Relative Mehrheitswahl und Verhältniswahl (2 Stimmen)	Nein
Estland	18/21 (40p)	PräsidentIn (Parlament)	Verhältniswahlrecht	Ja (alle ständigen EinwohnerInnen)
Finnland	18/18	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Ja (4 Jahre Aufenthalt)
Frankreich	18/18 ³	PräsidentIn (Volkswahl)	Mehrheitswahlrecht	Nein
Griechenland	18/25 (40p)	PräsidentIn (Parlament)	Verstärktes Verhältniswahlrecht	Nein
Großbritannien	18/21	MonarchIn	Mehrheitswahlrecht	Ja (Commonwealth und Irland)
Irland	18/21 (35p)	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Ja (britische StaatsbürgerInnen)
Italien	18 (25s)/ 25 (40s)	PräsidentIn (Wahlkollegium)	Relative Mehrheitswahl und Verhältniswahl (2 Stimmen)	Nein
Lettland	18/21 (40p)	PräsidentIn (Parlament)	Verhältniswahlrecht	Nein
Litauen	18/18 (25) ⁴	PräsidentIn (Volkswahl)	Relative Mehrheitswahl und Verhältniswahl (2 Stimmen)	Nein
Luxemburg	18/18	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Ja (5 Jahre Aufenthalt)
Malta	18/18	PräsidentIn (Parlament)	Verstärktes Verhältniswahlrecht	Nein
Niederlande	18/18	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Ja (5 Jahre Aufenthalt)
Österreich	16/18 (35p)	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Nein
Polen	18/18 (35p)	PräsidentIn (Volkswahl)	Verstärktes Verhältniswahlrecht	Nein
Portugal	18/18 (35p)	PräsidentIn (Volkswahl)	Verstärktes Verhältniswahlrecht	Für bestimmte Gruppen
Schweden	18/18	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Ja (3 Jahre Aufenthalt)
Slowakei	18/21 (18k)	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Nein
Slowenien	18/18	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Nein
Spanien	18/18	MonarchIn	Verhältniswahlrecht	Für bestimmte Gruppen
Tschechische Republik	18/21 (40s)	PräsidentIn (Wahlkollegium)	Verhältniswahlrecht	Nein
Ungarn	18/18 (35p)	PräsidentIn (Parlament)	Relative Mehrheitswahl und Verhältniswahl (2 Stimmen)	Nein
Zypern	18/18	PräsidentIn (Volkswahl)	Verhältniswahlrecht	Nein

Legende: k = auf kommunaler Ebene; p = bei Präsidentschaftswahlen; s = bei Senatswahlen

Quelle: Aktualisierte Tabelle aus Bauer, Werner T: Wahlssysteme in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wien 2007 (akt. Fassung April 2007), S. 79–80.

- 1 Ausnahmebestimmungen beim Kommunalwahlrecht in einigen Bundesländern: In Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin (Bezirksverordnetenversammlungen), Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegt das aktive Wahlalter bei 16 Jahren.
- 2 Ausnahmebestimmungen beim passiven Wahlrecht zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin und für einige Landtage.
- 3 Verschiedene Altersgrenzen beim passiven Wahlrecht: Auf Kommunal-, Kantons- und Regionalebene bei 18 Jahren, für die Wahl zum Präsidenten/zur Präsidentin und die Parlamentswahlen bei 23 Jahren, für die Wahl zum Senat bei 30 Jahren.
- 4 Verschiedene Altersgrenzen beim passiven Wahlrecht: Um ins Parlament (Seimas) gewählt werden zu können, liegt das Wahlalter bei 25 Jahren, für die Wahl zum Präsidenten/zur Präsidentin bei 40 Jahren.
- 5 ArbeitnehmerInnen sind ab dem 16. Lebensjahr wahlberechtigt.

Bei nationalen Wahlen ist Österreich europaweit das einzige Land, das das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen einräumt, ansonsten (mit Ausnahme einiger deutscher Bundesländer) liegt das aktive Wahlalter bei 18 Jahren. Die Bestimmungen für das passive Wahlalter differieren je nach Funktion, in den meisten Ländern liegt das Wahlalter für das Amt des Präsidenten/der Präsidentin über einer bestimmten Altersgrenze. Ausnahmen bilden die europäischen Monarchien, hier ist das Staatsoberhaupt nicht wählbar. (Stand Juli 2007)

WIE WIRKEN WAHLSYSTEME?

Das Wahlrecht eines Landes steht in engem Zusammenhang mit seiner politischen Kultur. Demokratien werden unterschieden in:

Konkurrenzdemokratien, die aufgrund des Mehrheitswahlrechts nach dem *The winner takes it all*-System sehr wettbewerbsorientiert sind.

Konkordanzdemokratien, die – siehe das Verhältniswahlrecht mit im Regelfall aus zwei oder mehreren Parteien bestehenden Koalitionsregierungen – konsensorientiert sind.

Die Konsequenzen dieser Unterscheidung sind vielfältig. Mehrheitswahlen fördern nicht nur Einparteienregierungen, sondern auch ein Zweiparteiensystem. Verhältniswahlen machen demgegenüber ein Mehrparteiensystem wahrscheinlicher. Vor- und Nachteile der beiden Modelle sind als Abwägung zwischen der Effektivität von Entscheidungen und dem Gedanken der Gerechtigkeit zu verstehen:

Mehrheitswahlrecht

Konkurrenzdemokratien verfügen über eine Struktur, die auf das Ziel einer „raschen“ und institutionell möglichst ungehinderten Durchsetzbarkeit des Mehrheitswillens ausgerichtet sind. In → Einpersonenwahlkreisen bekommt der/die WahlsiegerIn alles, der/die VerliererIn nichts. Dahinter steht das Verständnis, dass Abgeordnete einer Partei für ihr Programm gewählt wurden und dieses nahezu 100-prozentig umzusetzen haben. Für den Bruch von Wahlversprechen gibt es keine Rechtfertigung in Folge von Kompromissen mit Koalitionspartnern. Solche Kompromisszwänge werden auch abgelehnt, um nicht eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu fördern.

Verhältniswahlrecht

Konkordanzdemokratien beruhen auf Prinzipien der gleichwertigen Repräsentation im Entscheidungsprozess und nehmen dafür eine Schwerfälligkeit des Entscheidungsverfahrens in Kauf. Es gilt als gerecht, wenn beispielsweise eine Partei mit etwa 25 Prozent der Stimmen auch – mit leichten Ungenauigkeiten aufgrund der Wahlarithmetik – 25 Prozent der → Mandate erhält. Neben der Notwendigkeit von Kompromissen als Nachteil gibt es für WählerInnen keine Möglichkeit, bestimmte Koalitionsformen zu wünschen. Parteien entscheiden im Regelfall unabhängig vom WählerInnenwillen, ob und mit wem sie eine Regierung bilden wollen. Lediglich durch ein strategisches Wahlverhalten kann mittelbar ver-

sucht werden, Koalitionsmöglichkeiten zu beeinflussen.

Historische Entwicklung in Österreich

In Österreich war es vor dem Hintergrund der Ereignisse im Februar 1934 mit gewaltsamen Konflikten zwischen den politischen Lagern, dem Ständestaat bzw. Austrofaschismus 1934 bis 1938 und der Zeit des Nationalsozialismus von 1938 bis 1945 naheliegend, für die Zweite Republik einen möglichst breiten Konsens anzustreben. Logische Folge war, die Verhältniswahl mit einer anteiligen Vertretung mehrerer Parteien im Parlament und – trotz Ausnahmen etwa durch eine absolute Mehrheit und Alleinregierung der ÖVP 1966 bis 1970 sowie der SPÖ 1970 bis 1983 – Koalitionsregierungen anzustreben.

In den österreichischen Bundesländern gibt es sogar heute noch teilweise ein → Proporzsystem, d.h., alle Parteien ab einem gewissen Stimmenanteil bzw. der daraus resultierenden Mandatszahl – je nach Wahlarithmetik bedeutet das meistens knapp über oder unter 10 Prozent der Stimmen – in der Landtagswahl müssen in der Landesregierung vertreten sein. Die Regierungsbeteiligung und Zahl der Regierungssitze für eine Partei ergeben sich somit im Unterschied zu Nationalratswahlen nicht durch eine absolute Mehrheit oder aus Koalitionsgesprächen, sondern aus dem Wahlergebnis. Lediglich die Ressort- und Kompetenzverteilung ist in diesen Ländern Gegenstand von Parteienverhandlungen.

Beispiel USA

In den USA wiederum entspricht die Konkurrenzdemokratie dem Wettbewerbsgedanken als Element der politischen Kultur. Allerdings hat sich in Österreich ebenfalls der Wunsch nach von der Mandatszahl her klaren Wahlergebnissen verstärkt, sodass Mischformen von Verhältnis- und Mehrheitswahl diskutiert werden.

Diskussionsvorschläge

Vorschläge sind u.a., als Abweichung von der reinen Verhältniswahl der erstplatzierten Partei auf jeden Fall 50 Prozent plus x der Mandate zuzusprechen, oder 100 der 183 NationalrätInnen in → Einpersonenwahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht zu bestimmen und lediglich die restlichen Mandate verhältnismäßig zu vergeben. In beiden Fällen würden Kleinparteien nicht aus dem Parlament gedrängt, hätten jedoch keine reale Chance auf eine Regierungsbeteiligung.

Peter Filzmaier

Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo

Gestern noch standen wir am Rande des Abgrunds. Heute sind wir einen bedeutenden Schritt weiter. Das Schlagwort der angeblichen Politikverdrossenheit hat die Runde gemacht. Als Beleg dafür wird meistens auf sinkende Wahlbeteiligungsraten verwiesen. Überall in Österreich und Europa bzw. den USA würden immer weniger BürgerInnen an Wahlen teilnehmen. Ist das wirklich so? Wenn ja, was kennzeichnet typische NichtwählerInnen? Was kann man vor allem tun, um eine höhere Wahlbeteiligung zu fördern?

**Schlagwort
Politikver-
drossenheit**

Entwicklung der Wahlbeteiligung in Österreich

Die Wahlgänge 2003 bis 2006 in Österreich waren von einer tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung gekennzeichnet¹. Nur auf den ersten Blick scheint sich ein dramatischer Einbruch zwischen den beiden jeweils letzten Wahlgängen auf Tirol und Vorarlberg – um fast 20 bzw. mehr als 27 Prozentpunkte – zu beschränken. Die Beteiligung an der EU-Wahl (minus sieben Prozent nach einem Einbruch von fast 20 Prozent von 1996 auf 1999!) muss vor dem Hintergrund von bereits zuvor sehr niedrigen Werten gesehen werden. Der relativ geringe Rückgang bei der Bundespräsidentenwahl 2004 auf 72 Prozent täuscht, weil 1998 das Interesse aufgrund des Amtsinhaberstatus von Thomas Klestil und durch den Verzicht der SPÖ auf einen Gegenkandidaten und damit mangelnde Spannung untypisch gering gewesen war. Im Vergleich zur letzten offenen Wahl mit Kandidaten von ÖVP und SPÖ 1992 ergibt sich ein Minus von 9,3 Prozent. Bis 1986 hatte die Beteiligung stets fast 90 oder mehr Prozent betragen.

**Sinkende
Wahlbe-
teiligung
2003–2006**

Ähnliches gilt für Salzburg und insbesondere die Steiermark, wo die Wahlbeteiligung 1995 noch 87 Prozent betragen hatte und mittlerweile knapp über oder unter 75 Prozent liegt. In Wien sank die WählerInnenzahl nicht bloß zwischen 2001 und 2005, sondern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich von Werten über 80 auf 60 Prozent. Der gemäßigte Rückgang der Beteiligung in Kärnten steht weniger mit einem großen politischen Interesse als mit der starken Polarisierung durch den Landeshauptmann Jörg Haider in Zusammenhang. Der Verlust an abgegebenen Stimmen von fast sechs Prozent bei der Nationalratswahl 2006 ist insofern bemerkenswert, als ein sehr knappes Ergebnis als Richtungsentscheidung zu erwarten war. Im Prinzip bleibt lediglich das Burgenland als Wählermarkt mit stabilen Beteiligungsraten.

WAHLBETEILIGUNGSRATEN IN ÖSTERREICH 2003 BIS 2006 IM VERGLEICH

	Wahlbeteiligung jüngste Wahl	Vergleichsgröße Wahl davor	Veränderung in Prozentpunkten
Landtagswahl in Niederösterreich 2003	71,8	72,0 (1998)	-0,2
Landtagswahl in Oberösterreich 2003	78,6	81,0 (1997)	-2,4
Landtagswahl in Tirol 2003	60,9	80,6 (1999)	-19,7
Landtagswahl in Kärnten 2004	78,1	80,5 (1999)	-2,4
Landtagswahl in Salzburg 2004	77,3	74,1 (1999)	+3,2
Bundespräsidentenwahl 2004	71,6	74,4 ('98); 80,9 ('92)	-2,8
Wahlen zum Europäischen Parlament 2004	42,4	49,4 (1999)	-7,0
Landtagswahl in Vorarlberg 2004	60,6	87,8 (1999)	-27,2
Landtagswahl in der Steiermark 2005	76,2	74,6 (2000)	+1,6
Landtagswahl im Burgenland 2005	81,4	82,7 (2001)	-1,3
Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2005	60,8	66,6 (2001)	-5,8
Nationalratswahl 2006	78,5	84,3 (2002)	-5,8

Angaben in Prozent.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres und der Landesregierungen.

Vergleicht man die Wahlbeteiligungen der wichtigsten Wahlen zwischen 2003 und 2006 mit der Beteiligung an der jeweils zuvor stattgefundenen Wahl auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene, wird die sinkende Wahlbeteiligung deutlich. Den größten Rückgang gab es 2004 bei den Landtagswahlen in Vorarlberg: Hatten 1999 noch 87,8 Prozent aller wahlberechtigten VorarlbergerInnen gewählt, waren dies bei den darauf folgenden Wahlen 2004 nur mehr 60,6 Prozent. Ausnahmen bilden hier nur die Landtagswahlen in Salzburg und in der Steiermark, deren Beteiligung im Vergleich zur jeweils vorigen Landtagswahl anstieg.

**Beteiligungs-
raten messen
nicht Demo-
kratiequalität**

Relativierend anzumerken ist, dass Wahlbeteiligungsdaten lediglich einen von vielen Indikatoren für politische Beteiligung sind und keinesfalls die Qualität der Demokratie messen. Die Wahlbeteiligung kann durchaus in Konflikt- und Krisensituationen steigen, was selbstverständlich keine positive Entwicklung darstellt. Genauso ist es möglich, dass große Zufriedenheit weniger Menschen zur Stimmabgabe motiviert. Auch ein/e vermeintlich sichere/r WahlsiegerIn und die dadurch fehlende Konkurrenzsituation kann zu weniger WählerInnen führen. Nichtsdestoweniger handelt es sich um ein demokratiepolitisches Warnsignal.

Internationale Vergleichszahlen**Sehr unter-
schiedliche
Wahl-
beteiligung**

Im Vergleich aller Parlamentswahlen auf nationaler Ebene in Europa und den USA 2006 auffallend ist eine sehr unterschiedliche Wahlbeteiligung. Diese schwankte zwischen unter 55 Prozent in der Slowakei und knapp 90 Prozent in Zypern. Während der slowakische, lettische oder österreichische Wert die bisher niedrigste Beteiligung aller Parlamentswahlen bedeutete, war die Zahl der abgegebenen Stimmen in Italien sehr hoch. Mehrheitlich sinkt die Wahlbeteiligung allerdings in Europa stetig. Nur in drei von neun Fällen gab es in Parlamentswahlen europäischer Länder einen – zum Teil minimalen – WählerInnenzuwachs.

**Euphorie
im Osten
abgeflaut**

Im Langzeitvergleich westeuropäischer Demokratien betrug von 1945 bis nach 1980 die Beteiligungsrate im Durchschnitt 83 Prozent. In den Folgejahren war ein kontinuierlicher WählerInnenchwund feststellbar. In Großbritannien etwa wählten 1987 über 75 Prozent und 2001 unter 60 Prozent das Parlament. In der Bundesrepublik Deutschland waren es 1983 fast 90 Prozent und 2005 78 Prozent. In Frankreich wählten 2007 bei der Präsidentschaftswahl 84 Prozent, jedoch ist der Wert in Parlamentswahlen auf 60 Prozent gesunken. Das war der geringste WählerInnenanteil in der Geschichte der Fünften Republik seit 1958. Eine konstant hohe Wahlbeteiligung besteht lediglich in Belgien, wo es eine mit

(Geld-)Strafen sanktionierte Wahlpflicht gibt. Auch in Osteuropa scheint nach der Transformation zur Demokratie der Euphorieschub politischer Beteiligung im Abflauen begriffen zu sein. Noch dramatischer ist der Rückgang in Wahlen zum Europäischen Parlament: Im Jahr 1979 betrug die Wahlbeteiligung dafür in ganz Europa 63 Prozent, im Jahr 2004 waren es lediglich 46 Prozent und in Polen gar nur 20,7 Prozent.²

Es bestätigt sich als These, dass die Beteiligung nur in Ausnahmefällen großer Konflikte, zu denen das italienische Beispiel zu rechnen ist, steigt und ansonsten bestenfalls auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabilisierbar ist. Der Vergleich zeigt für Österreich daher, dass nicht 78 Prozent Beteiligung ein Dilemma darstellen – das war 2006 europaweit der vierte Platz –, sondern die negative Tendenz.

Auf niedrigem Niveau stabilisierbar

In den USA betrug die Beteiligung der rund 210 Millionen wahlberechtigten US-AmerikanerInnen in der Präsidentschaftswahl 2004 etwa 60 Prozent und bei den Kongresswahlen 2006 43 Prozent. Im historischen Vergleich sind in den Zwischenwahlen für den Kongress, d.h. ohne eine parallele Wahl des Präsidenten/der Präsidentin, Beteiligungsquoten von unter oder bloß knapp über 35 Prozent kein Einzelfall.

Für gleichzeitige Kongress- und Präsidentschaftswahlen stellen im selben Zeitraum von 1948 bis 2000 60,9 Prozent im Jahr 1968 den Höchstwert dar. 60,7 Prozent Wahlbeteiligung im Jahr 2004 waren demzufolge als bisher zweithöchster Wert eine historische Spitzenzahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Anstieg von 6,4 Prozentpunkten bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen 2004 gegenüber 2000 war der größte seit 1952. In Zwischenwahlen, d.h. bei Kongresswahlen ohne gleichzeitiger Präsidentschaftswahl, ist die Beteiligung um bis zu 20 Prozentpunkte geringer und ebenfalls erst zuletzt (2006) wieder angestiegen.

USA: 2004 großes Interesse

PARLAMENTSWAHLEN IN EU-EUROPA UND DEN USA 2006				
Datum	Land	Wahlsystem*	Wahlbeteiligung	+/-**
9. April	Italien	Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl	83,6	+2,2
4./23. April	Ungarn	Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl mit zwei Stimmen	67,7	-2,8
21. April	Zypern	Verhältniswahl mit Vorzugsstimme ohne Sperrklausel	89,0	-2,8
2. Juni	Tschechien	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	64,5	+6,5
17. Juni	Slowakei	Verhältniswahl	54,7	-15,3
17. Sept.	Schweden	Verhältniswahl mit Präferenzstimme	82,0	+1,9
1. Okt.	Österreich	Verhältniswahl mit Vorzugsstimme	78,5	-5,8
7. Okt.	Lettland	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	62,3	-9,2
7. Nov.	USA	Mehrheitswahl	43,0	+6,9
22. Nov.	Niederlande	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	80,1	+0,1

Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkten.
 * In den meisten Systemen mit Verhältniswahl ist eine Sperr- bzw. Mindestprozentklausel in unterschiedlicher Höhe vorgesehen.
 ** Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die jeweils vorangegangene Parlamentswahl im entsprechenden Land.

Quelle: Überarbeitet nach Filzmaier, Peter: Großwetterlage der Parteien in EU-ropa, in: Khol, Andreas u.a. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien 2007, S. 75–91; S. 84–86

Die Wahlbeteiligung bei der österreichischen Nationalratswahl 2006 sank zwar um fast 6 Prozent. Im Vergleich mit den anderen europäischen Parlamentswahlen in diesem Jahr stellt dies die vierthöchste Beteiligung europaweit dar. Die Tabelle zeigt, dass in Europa das Wahlsystem der Verhältniswahl nach dem Listenwahlrecht verbreitet ist. Die Möglichkeit, KandidatInnen (eine) Vorzugs-/Präferenzstimme(n) zu geben, kann diese auf den KandidatInnenlisten an eine höher gereichte Position stellen und die Chancen für den Einzug ins Parlament vergrößern.

NichtwählerInnen als unbekannte Wesen

Typische NichtwählerInnen 2006

Befragungen über Nichtwahlmotive sind problematisch, weil sich diese BürgerInnen selten deklarieren und daher nur eine kleine Stichprobe mit geringer Aussagekraft zustande kommt. In Wahltagsbefragungen sind relativ wenige NichtwählerInnen erreichbar – wer nicht zur Wahl gehen konnte oder wollte, steht ebenso ungern für ein Telefoninterview darüber zur Verfügung –, jedoch Trends erkennbar: Die typischen NichtwählerInnen der Nationalratswahl 2006 waren tendenziell unter 30 Jahre alt, männliche Arbeiter mit Pflichtschulausbildung und aus dem städtischen Bereich. Das deckt sich mit Erkenntnissen aus den Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich 2004, als aufgrund der damals geringen Beteiligung von 42 Prozent in Studien über NichtwählerInnen ausreichend Befragungspersonen gefunden wurden.³

Motive der Verweigerung

Die Motive, nicht zur Wahl zu gehen, sind relativ einfach⁴: Nahezu jede/r zweite NichtwählerIn gab an, aus Frust über das Parteien- und PolitikerInnenangebot nicht teilzunehmen. Es folgen gleichauf persönlich verhindert gewesen zu sein, aus Protest nicht wählen zu gehen sowie kein Interesse für Politik zu haben. Der letztgenannte Wert blieb im Vergleich zur Nationalratswahl 2002 stabil. Etwas überraschend ist, dass nur jede/r zehnte NichtwählerIn der Meinung war, die eigene Stimme hätte keinen Einfluss. Diese knapp 10 Prozent können als verfestigte NichtwählerInnen bezeichnet werden.

NICHTWÄHLER/INNENMOTIVE BEI DER NATIONALRATSWAHL 2006	
Gestützte Motivabfrage	Gesamt
Keine der Parteien und Kandidaten spricht mich an	42
Ich bin persönlich verhindert	17
Ich gehe aus Protest nicht wählen	16
Mich interessiert Politik nicht so sehr	16
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf das, was in Österreich gemacht wird.	9

Angaben in Prozent. n = 250. Aufgrund der kleinen Fallzahl stellten die Werte lediglich Tendenzen dar.

Quelle: OGM – Österreichische Gesellschaft für Marketing/Donau-Universität Krems: Zeit-im-Bild-Wahltagsbefragungen zur Nationalratswahl im Auftrag des ORF, 2006, verfügbar unter <http://www.ogm.at>.

Fast die Hälfte aller NichtwählerInnen blieb 2006 nicht aus Desinteresse der Stimmabgabe fern, sondern weil sie ihre Anliegen von keiner der kandidierenden Parteien umgesetzt sahen. Nur neun Prozent der NichtwählerInnen bei der Nationalratswahl 2006 glaubten, mit ihrer Stimmabgabe keinen Einfluss auf die österreichische Politik zu haben.

In einer nicht tagesaktuell als Wahl- oder Nachwahlbefragung durchgeführten, sondern längerfristigen Studie führt Klaus Poier⁵ in seiner Arbeit über die NichtwählerInnen fünf ausschlaggebende Faktoren an:

Kein Einfluss auf Existenz

1. Politik dient nicht mehr primär dazu, die materielle Existenz der WählerInnen zu sichern. Die Funktion von Politik als Mittel zur Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse von der Wohnung bis zum Arbeitsplatz ist stark zurückgedrängt worden.
2. Die Bevölkerung registriert eine schwindende politische Problemlösungskompetenz. Der Glaube, dass Parteien bzw. der Staat wirtschaftliche und soziale Probleme lösen, ist zurückgegangen.

Medien entzaubern die Politik

3. Die Mediatisierung verstärkt eine Entzauberung der Politik. Einerseits gibt es mehr Informationen als jemals zuvor, andererseits ist damit eine oberflächliche und boulevardeske Sichtweise der Politik entstanden. Die Medienberichterstattung zeigt außerdem mehrheitlich Probleme oder Missstände und seltener Leistungen der Politik.

Demokratie als Selbstverständlichkeit

4. Die subjektiv empfundene BürgerInnenverantwortung hat nachgelassen. Das kann allerdings auch positiv verstanden werden: Die Demokratie gilt als Selbstverständlichkeit, welche nicht mehr durch hohe Wahlbeteiligung legitimiert werden muss.

5. Die Abschaffung der Wahlpflicht wirkt auf einer unterbewussten Ebene, dass eine Beteiligung der BürgerInnen nicht mehr zwingend erforderlich ist. Allerdings wurde bereits vor deren Abschaffung die Nichterfüllung einer Wahlverpflichtung rechtlich nicht geahndet.

Der seit dem Jahr 2000 erfolgte Anstieg der NichtwählerInnen in Österreich hängt darüber hinaus vom Aufstieg und Fall der FPÖ ab. Viele WählerInnen, die in den 1990er-Jahren auf die Freiheitlichen unter Jörg Haider vertraut hatten, waren ab Februar 2000 von der FPÖ-Regierungsbeteiligung, den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Zuge des Knittelfelder Parteitreffens (September 2002) sowie der Parteispaltung in FPÖ und BZÖ (April 2005) enttäuscht und bewegten sich – zum Teil auf Umwegen bzw. nach einem Stimmverhalten für die ÖVP oder SPÖ in einzelnen Nationalrats- und Landtagswahlen quasi als Zwischenstopp – tendenziell in das Lager der NichtwählerInnen.⁶

Faktor Aufstieg und Fall der FPÖ

Kampagnetricks und Wahlrecht als Gegenmittel?

Das demokratiepolitische Ziel, eine hohe Wahlbeteiligung anzustreben bzw. wenigstens ein Mindestmaß an Beteiligung zu sichern, steht zwischen den Parteien national und international außer Streit. Hinsichtlich der dafür eingesetzten und überlegten Mittel muss freilich zwischen einer Kampagneorientierung, der Reform des politischen Systems und Initiativen für Politische Bildung unterschieden werden:

Wahlkämpfende Gruppen und KandidatInnen wenden wechselnde Strategien und Taktiken zur WählerInnenmobilisierung an. Dabei geht es nicht um die Qualität der Demokratie, sondern um die Verbesserung der jeweiligen Gewinnchancen. In den USA etwa kommt es zu Wahlpartys, um sich in die WählerInnenlisten einzutragen, gibt es computerisierte *robo calls* am Telefon, großflächige Tür-zu-Tür-Gespräche oder nach Zielgruppen sorgfältig ausgewählte Parteiengeschenke.

Es geht um bessere Gewinnchancen

US-WählerInnen müssen viel mehr als EuropäerInnen damit rechnen, in ihrem Privatleben politisch kontaktiert zu werden. In den genannten Beispielfällen ist mit der Einladung ein geselliges Beisammensein als Höhepunkt der Party das gemeinsame – in den USA mangels Meldepflicht erforderliche – Eintragen in WählerInnenlisten mittels vorgefertigter Formulare verbunden. Am Telefon meldet sich unter Umständen jeden Abend eine automatische Stimme, welche zum Urnengang auffordert. Vor der Haustür stehen mehrfach freiwillige oder bezahlte AktivistInnen der Parteien mit demselben Ansinnen. Am Wahltag wird sogar ein Transport von der Wohnung ins Wahllokal angeboten. Den Hintergrund dafür sowie für motivierende Geschenke bilden Datenbanken mit Detailinformationen über den/die WählerIn, damit möglichst nur SympathisantInnen der jeweils eigenen Partei angesprochen werden.

Kleinere Wahlrechtsreformen gehen davon aus, dass eine Vereinfachung und Modernisierung des Zugangs zu Wahlen zu einer erhöhten Beteiligung führt. Dazu zählen eine auf die Technik gestützte Stimmabgabe im Wahllokal mittels Touchscreen u.a., Briefwahlen, Abstimmen im Internet (*e-voting*) und/oder die Ausweitung der Möglichkeit, die Stimme im Verlauf mehrerer Wochen oder Monate bis zu einem Stichtag abzugeben (*early voting*). Das klassische Stimmzettelsystem (*paper ballot*) wurde in den USA 2004 lediglich in 299 bevölkerungsarmen Wahlbezirken (0,6 Prozent) eingesetzt. Im elektronischen System, das am meisten verbreitet ist, wird durch Drücken eines Knopfes oder Berühren eines Bildschirms (*touchscreen-Verfahren*) der Kandidat/die Kandidatin gewählt. Beim Lochkartensystem (*punch card*) werden mittels Maschine oder Nadel Markierungen in die Stimmzettel gestanzt. Im optischen System (*optical scan*) wird schulischen und universitären

Einfacher Zugang – hohe Beteiligung?

- multiple choice*-Tests vergleichbar für den Kandidaten ein Kreis ausgefüllt. Die Auswertung erfolgt computerisiert. Im Hebelsystem (*lever*) muss für den/die bevorzugten KandidatIn der dem Namen nächstgelegene Hebel einer Maschine bewegt werden.
- Persönlichkeit statt anonyme Parteilisten** Grundsätzlichere Veränderungen betreffen meistens die Einführung von Persönlichkeitselementen im Wahlrecht, um die Distanz zwischen den BürgerInnen und den von ihnen gewählten KandidatInnen zu verringern. Anders gesagt: Wenn für eine konkrete Person anstatt für relativ anonyme Parteilisten gestimmt werden kann, könnte das zu einer höheren Wahlbeteiligung führen. Dahinter steht die Annahme, dass lediglich Direktkontakte mit unmittelbar zu wählenden KandidatInnen BürgerInnen für die Stimmabgabe motivieren.
- Bedeutung des Internets** Parallel dazu versuchen staatliche Organisationen und unabhängige Interessengruppen mit Projekten das Interesse an Politik und Wahlen zu wecken. Besondere Bedeutung kommt dem Internet zu, das eine Chance für einen spielerischen Zugang zu politischen Themen mit gleichzeitig großer Breitenwirkung mit vergleichsweise geringen Kosten bietet.
- Keine eindeutigen Zusammenhänge Wahlsystem/Beteiligung** Eindeutige Zusammenhänge des Wahlsystems mit der Wahlbeteiligung sind allerdings nicht erkennbar. In den USA als Musterbeispiel einer Mehrheitswahl ist die Beteiligung – siehe oben – traditionell gering, im europäischen Paradebeispiel Frankreich erreichte sie bei der Präsidentschaftswahl 2007 rekordverdächtige 84 Prozent. Umgekehrt differieren, wie beschrieben, die Beteiligungsquoten innerhalb der Länder mit dem Verhältniswahlrecht ebenso stark. Die Wahlbeteiligung wird demzufolge auch von Faktoren beeinflusst, die sich der politischen Systemgestaltung und sogar der politischen Bildungsarbeit entziehen: Dazu zählen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, Konflikt- und Krisensituationen bzw. deren Ausbleiben, allgemeine Einstellungen zur Politik, (in-)effiziente Parteistrukturen und nicht zuletzt Spannungsmomente vor Wahlgängen.

Peter Filzmaier, Univ.-Prof. Dr.

Politikwissenschaftler und Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems.

Weiterführende Literatur

SORA – Institute for Social Research and Analysis: WählerInnenstromanalysen, als Datensammlung und Forschungsberichte, 2006, verfügbar unter <http://www.sora.at>.

- 1 Filzmaier, Peter/Hajek, Peter: Das Wahljahr 2004, in: SWS-Rundschau, 45. Jg., Heft 1/2005, S. 6–36, S. 16–19; Filzmaier, Peter/Hajek, Peter: Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten, in: Filzmaier, Peter/Plaikner, Peter/Duffek, Karl A. (Hrsg.): Mediendemokratie Österreich (Edition Politische Kommunikation 1). Wien 2007, S. 13–36, S. 71, S. 79f.
- 2 Für einen guten Überblick bis 2004 siehe u.a. Bauer, Werner T.: Wenn die Wähler weniger werden: Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, siehe <http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf>, S. 23–26, 23. Juni 2007.
- 3 Filzmaier/Hajek, Das Wahljahr 2004, S. 16–19.
- 4 Filzmaier/Hajek, Nationalratswahl 2006, S. 79f.
- 5 Poier, Klaus: Nichtwählerstudie. Demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und die Steiermark. Forschungsbericht des Instituts für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz, Juni 2004, S. 94–97.
- 6 Für diese Entwicklung vgl. die WählerInnenstromanalysen von Landtags- und Nationalratswahlen 2002–2006 sowie Wahltagsbefragungen von OGM für den ORF.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Infografik: Wahlbeteiligung in ausgewählten Ländern Europas, 1945–2007

E-VOTING: ERHÖHUNG DER WAHLBETEILIGUNG PER MAUSKLICK?

Infolge der sinkenden Wahlbeteiligung – Stimmenanteile von WahlsiegerInnen sind manchmal geringer als der NichtwählerInnenanteil – sind Internetwahlen (*e-voting*) eine Maßnahme, um formal höhere Wahlbeteiligungsquoten zu erreichen. Das Argument, der bequeme Wahlvorgang im Internet würde eine höhere Beteiligung bewirken, ist nicht eindeutig belegbar, gilt jedoch als wahrscheinlich.

Mit voller Rechtsgültigkeit wurden Internetwahlen auf Parlamentsebene bislang 2005 in Estland durchgeführt. Dort betrug die Beteiligung insgesamt nur 47 Prozent. Lediglich zwei Prozent haben online gewählt. Darunter befanden sich viele BürgerInnen, welche auch sonst im Wahllokal mit traditionellen Stimmzetteln abgestimmt hätten. Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung dürfen demnach auch in Österreich, wo *e-voting* politisch angekündigt wurde und entsprechende Planungen laufen, nicht überschätzt werden.

Auf keinen Fall gilt die Hoffnung auf eine erhöhte Wahlbeteiligung für Personengruppen ohne Internetzugang oder mit unzureichender Nutzungskompetenz. Aufgrund des starken Anteils von InternetnutzerInnen bis 30 Jahre könnte sich jedoch die Zusammensetzung der Wählerschaft verjüngen und zugleich könnten für junge Menschen interessante Themen stärker in den politischen Diskurs eingebracht werden. Umgekehrt fühlen sich womöglich ältere Generationen benachteiligt.

Relativ unbestritten sind Effizienzsteigerung und Kostenersparnis langfristige Vorteile von *e-voting*, weil Wahlergebnisse schneller und billiger zu ermitteln sind. Lediglich in einer Übergangsphase ist

zusätzliches Wahlpersonal erforderlich, das Hilfestellung leistet, um BürgerInnen das neue System zu erklären und Angstbarrieren abzubauen.

Gelingt der Abbau von Hemmschwellen, so haben BürgerInnen – vor allem für komplizierte Fragestellungen in Volksabstimmungen/-befragungen – mehr Zeit für ihre Entscheidung, da der psychologische Druck entfällt, subjektiv zu lange in der Wahlzelle zu verweilen. „Wahlfehler“, d.h. ein ungewollt falsches Ausfüllen des Stimmzettels, würden so geringer.

Zu klären ist die Frage der technischen Sicherheit. Einerseits sind durch Irrtum und/oder Manipulation entstandene Probleme mittels Einführung der digitalen Signatur und von → Kryptographie-Verfahren lösbar, andererseits muss das Ergebnis auch nachträglich überprüfbar sein. Für WählerInnen sind zudem technische Diskussionen über die Gefahr der Manipulation usw. oft nicht nachvollziehbar. Die Wahlbeteiligung kann sich daher erhöhen, während die Transparenz des Wahlprozesses als wichtigeres Merkmal der Demokratiequalität leidet.

VerfassungsrechtlerInnen verweisen schließlich auf das Problem, dass das Prinzip der unbeeinflussten und geheimen Stimmabgabe verletzt werden könnte. Unbestritten ist, dass die Einführung von *e-voting* und Lösungsansätze für auftretende Mängel sich nicht ohne parallele Programme der politischen Bildungsarbeit auf den technischen Bereich beschränken dürfen. Für die Politische Bildung bedeutet *e-voting* insofern eine Chance, als in Begleitmaßnahmen über das Internet neue (jüngere) Zielgruppen erschlossen bzw. besser angesprochen werden können.

POLITIKKABINE.AT

Auf www.politikkabine.at werden spielerisch die persönliche Meinung und alle Parteimeinungen zu insgesamt 25 politischen Themenfragen gegenübergestellt.

Das Prinzip der POLITIKKABINE.AT als Projekt des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und der Donau-Universität Krems ist denkbar einfach. InternetnutzerInnen beantworten mittels Mausclick die Fragen. Anschließend liefert POLITIKKABINE.AT den Grad der Übereinstimmung oder Abweichung mit den offiziellen Parteipositionen. Es wird auf diese Weise Interesse für Themenbezüge in der Politik geweckt. POLITIKKABINE.AT soll zu einer Diskussion über konkrete Politikhalte anstatt medialer Inszenierungen beitragen. Werden insbesondere SchülerInnen auf Themen neugierig und

beschäftigen sich mit den gestellten Fragen, ist ein Ziel der Politischen Bildung erreicht. Für die sachliche Richtigkeit sorgt ein Redaktionsteam von JournalistInnen und PolitikwissenschaftlerInnen.

POLITIKKABINE.AT wird bis 2010 wahlunabhängig im Internet sein, die Fragen werden halbjährlich aktualisiert und die Plattform laufend erweitert. So sind Rückmeldungen möglich und die Parteien haben Gelegenheit, ihre Antworten zu kommentieren. In Zukunft sind zu allen Fragen kurze Erklärungen geplant. Ergänzend bietet die Seite Hintergrundinformationen zu den österreichischen Parteien und vieles mehr. Begleitend wird eine Evaluationsforschung durchgeführt.

<http://www.politikkabine.at>

Peter Filzmaier

Reinhard Kramer

Geschichtsdidaktik und Politikdidaktik – zwei Seiten einer Medaille?

Die klassische
Geschichtserzählung

Der Schriftsteller Gottfried Benn berichtet, dass er – den „kleinen Ploetz“ zu Rate ziehend – auf einer einzigen Seite des Nachschlagewerks Folgendes erfahren habe:
„Einer wird abgesetzt, einer wird Gouverneur, einer wird zum Hauptmann ernannt, einer hält einen pomphaften Einzug, einer verabredet etwas, einige stellen gemeinsam etwas fest, einer überschreitet etwas, einer legt etwas nieder, einer entschließt sich zu etwas, einer verhängt etwas, einer hebt etwas wieder auf, einer trennt, einer vereint, einer schreibt einen offenen Brief, einer spricht etwas aus, einer kommt zu Hilfe, einer dringt vor, einer verfügt einseitig, einer fordert etwas, einer besteigt etwas. /.../ Überschritten wird in diesem Jahr überhaupt sehr viel“, fügt Benn noch hinzu, sein ironisch-resignierter Nachsatz: „Der Ploetz hat aber 400 Seiten.“¹

Didaktik
lange auf
Inhaltsfrage
fixiert

Die Geschichtserzählung, auf die Benn da gestoßen ist, mag uns heute antiquiert und etwas lächerlich erscheinen, aber „Bildungstheorie, Didaktik und Schulen waren bis weit in unsere Tage hinein auf die Inhaltsfrage fixiert. Wenn man Schule dachte, dachte man an Lehrpläne und an die Auswahl und Legitimation dessen, was Schüler lernen sollen, und auch heute noch sind Lehrer, Schüler und Eltern kontaminiert von einem materialen Bildungsdenken, welches das Lernen gleichsetzt mit einer Wissensmast. Je vollständiger Schüler mit Wissen angefüllt sind, desto mehr haben sie gelernt – so die verbreitete Sichtweise.“² Solche didaktischen Konzepte setzten sich traditionell über einige wesentliche Einwände hinweg, etwa das Argument, dass diesem Basis- oder Überblickswissen das Ablaufdatum immer schon mitgegeben ist, denn was Menschen widerwillig lernen, pflegen sie nicht nur zu vergessen, sie streifen es, weil es als belastend empfunden wird, in einem aktiven Prozess wieder ab. Zum anderen ist die Annahme, junge Menschen gleichsam mit einem Wissensreservoir ausgestattet zu können, aus dem sie ein Leben lang nach Bedarf schöpfen können, allein deshalb obsolet, weil jede Zeit ihre spezifischen Fragen an die Vergangenheit stellt und kaum mit den Antworten auf die Fragen von dazumal zufrieden sein wird.

Jede Zeit
fragt anders
nach der Ver-
gangenheit

Was ist „Geschichte“?

Was ist denn eigentlich „Geschichte“? Ist es das, was Benn im „Ploetz“ gefunden hat, oder gibt es da noch eine andere Geschichte, eine, die mit uns zu tun hat, die uns Antworten gibt auf Fragen, die wir stellen, und uns Gegenwärtiges erklärt, weil wir das Gewordensein erfahren?

Re-Konstruk-
tion von Tei-
len der Ver-
gangenheit

Zunächst sollte man sich darüber im Klaren sein, dass Geschichte jener – im Grunde verschwindend kleine – Teil des vergangenen Geschehens ist, den Menschen aus bestimmten Gründen für wichtig und aufzeichnenswert hielten. Geschichte ist also der Versuch der Re-Konstruktion von Teilen der Vergangenheit. Diesem Unternehmen lagen jeweils ganz bestimmte Interessen und Absichten zugrunde und es wurden deshalb ganz spezifische Fragen an die Vergangenheit gestellt. Erzählte Geschichte ist also immer die Antwort auf bestimmte Fragen.

**Tradierte
Geschichte ist
nicht gleich
„Vergangen-
heit“**

Wenn man das alles nicht bedenken würde, liefe man Gefahr, Geschichtsnarrationen mit der Vergangenheit selbst gleichzusetzen. So wie es aber viele Fragen an die Vergangenheit gibt, so gibt es auch viele Antworten: Geschichten, die auf Fragen antworten, die wir nicht gestellt haben, die uns vielleicht gar nicht in den Sinn kommen, weil sie keinen Bezug zu uns und zu unserer Gegenwart aufweisen, gehen uns nichts an, sie interessieren uns nicht. Gottfried Benn ist es offenbar so ergangen: Er wollte Antworten auf seine Fragen erhalten, im „Ploetz“ hat er sie aber nicht gefunden. Es darf vermutet werden: Die Situation ist vielen SchülerInnen auch heute so unbekannt nicht. Geschichte wird als etwas empfunden und erlebt, das außerhalb ihres Lebensbezugs stattfindet. Geschichte von Generation zu Generation einfach weiterzuerzählen heißt, die Antworten von gestern auf die Fragen von vorgestern zu akzeptieren. Wenn wir uns damit nicht bescheiden wollen – und wir sollten das nicht tun –, dann brauchen wir Kompetenzen, um aus unserer Gegenwart heraus jene sinnvollen Fragen zu finden, die sinnstiftende Antworten produzieren, Antworten, die für uns und unsere Gegenwart relevant zu sein versprechen. Wenn wir aber von unserer Gegenwart und den Möglichkeiten sprechen, die wir für die Gestaltung der Zukunft haben, ist uns die Kenntnis der Vergangenheit zwar von Nutzen, für ein vernünftiges politisches Handeln reicht sie aber nicht aus. Historisches Lernen muss in diesem Fall in politisches Lernen übergehen.

Was ist „Politik“?

Veränderung

Aber was ist nun eigentlich „Politik“? Es dürfte Einverständnis darüber herrschen, dass Politik Veränderung einschließt. Wenn in der öffentlichen Diskussion zu hören ist, man möge die Sache doch nicht „politisieren“, dann ist klar, dass hier jemand die Auffassung vertritt, es sei am besten, wenn nichts verändert werde und alles beim Alten bliebe.³

**Verteilung der
Ressourcen**

Politik ist auch der Versuch, Verteilungsprobleme zu lösen: Viele Güter sind in der Gesellschaft knapp und müssen daher verteilt werden – Geld zählt da ebenso dazu wie arbeitsfreie Zeit, saubere Umwelt ebenso wie Kinderkrippenplätze. Politik ist der Versuch, diese Verteilung unter Berufung auf Wertvorstellungen zu regeln und zu organisieren.

Wenn historisches Lernen und politische Bildung an den österreichischen AHS in einem Unterrichtsfach zusammengefasst werden, dann muss dahinter wohl die Annahme stehen, dass zwischen Geschichte und Politik ein logischer innerer Zusammenhang besteht, dass die Didaktik und Methodik des Unterrichts in den beiden Fächern sich nicht allzu sehr unterscheidet und dass in den Zielvorstellungen hinreichend Übereinstimmung besteht.

**Problematik
der Inhalts-
auswahl**

Noch vor nicht allzu langer Zeit wäre demgegenüber größte Skepsis angebracht gewesen; Skepsis vor allem deswegen, weil Geschichtsunterricht nicht oder nur wenig darauf ausgerichtet war, anderes zu bewirken, als den SchülerInnen abrufbare Wissensbestände zu vermitteln. Die Problematik der Inhaltsauswahl stellte sich lange Zeit nicht, ein umrissenes historisches Wissen gehörte seit jeher zum Kanon einer bildungsbürgerlichen Gesellschaft. Mit ihrem langsamen Verschwinden im 20. Jahrhundert steht ein so definiertes Geschichtswissen aber zur Disposition.

**Vermittlung
von gesell-
schaftlich und
politisch not-
wendigem
Wissen**

Nicht alles ist dabei heute Fraktur und ein pädagogisches und didaktisches Relikt. Wer mag widersprechen, wenn Geschichtsunterricht auch heute noch zu „kulturellem Reisen“ befähigen möchte, also Freude und Vergnügen durch die Beschäftigung mit der Vergangenheit wecken will und so einen Beitrag zur Lebensqualität des Individuums zu leisten verspricht. Es ist auch kaum ein Einwand dagegen denkbar, dass Geschichtsunterricht weiterhin die Aufgabe übernimmt, gesellschaftlich und politisch notwendiges Wissen zu vermitteln, etwa um Ereignisse und deren Folgen deshalb in der Erinnerung zu halten, um eine Wiederholung unwahrscheinlicher erscheinen zu lassen.

Neue Entwicklungen in den historischen Wissenschaften

**Aus der
Geschichte
werden viele
Geschichten**

Die neuere Geschichtsdidaktik zieht die Konsequenzen aus einer Entwicklung der historischen Wissenschaften, die aus *der* Geschichte viele Geschichten gemacht hat, indem das Monopol der politischen Ereignisgeschichte aufgebrochen und die anderen Geschichten in ihr Recht eingesetzt wurden, die vom Alltag zum Beispiel und von den Geschlechterbeziehungen, von der Kultur, der Umwelt und vielem mehr: Nicht mehr das lexikalische Wissen kann angesichts der neuen Quantität und Qualität historischer Forschung das realistisch anzustrebende Ziel sein, und der Wissensfundus, der – einmal erworben – ein Leben lang zur Verfügung steht, ist angesichts der rasch wechselnden Fragen an die Vergangenheit kein begründbares Bildungsziel.

„Es gibt keinen notwendig zu lernenden Wissenskanon, sondern nur Gegenstände, an denen Einsichten zu gewinnen sind.“ Im Jahr 1972 sprach der Direktor der Bonner Bundeszentrale für Politische Bildung als Teilnehmer an der Tagung „Historischer Unterricht im Lernfeld Politik“ diesen Satz und fügte noch hinzu, dass von der Mehrzahl aller SchülerInnen nicht zu erwarten sei, dass sie Kenntnis auch nur der wichtigsten Ereignisse der Geschichte erlangen könnten. Zudem sei das, was im Gedächtnis bliebe, meist halb richtig oder falsch.⁴ 35 Jahre danach macht sich die Geschichtsdidaktik ernsthaft daran, aus solchen Diagnosen die Konsequenzen zu ziehen.

Versuche und Modelle der neueren Geschichtsdidaktik

**Zentrale
Kategorie
Geschichts-
bewusstsein**

Die neuere Geschichtsdidaktik entwickelt im Anschluss an Konzepte, die Karl Ernst Jeismann⁵ und Jörn Rüsen⁶ in den 1980er- und 1990er-Jahren kreierten und die das Geschichtsbewusstsein als die zentrale Kategorie in den Mittelpunkt der Überlegungen stellten, systematische Entwürfe von Kompetenzmodellen generell für das historische Lernen und speziell für den Geschichtsunterricht. Gemeinsam ist all diesen Versuchen die Annahme, dass prinzipiell die Persönlichkeit und die Lernfortschritte des Schülers/der Schülerin im Zentrum sämtlicher didaktischer Bemühungen stehen müssen, eine Persönlichkeit, die maßgeblich auch durch die Qualität des ihr eigenen Geschichtsbewusstseins konstituiert wird.

**Bewegung
in der
Geschichts-
didaktik**

Den als Reaktion auf die Diskussion um Bildungsstandards und die sogenannte PISA-Debatte entstandenen Kompetenzmodellen ist eines gemeinsam: Sie befinden sich alle im Status von Vorschlägen und Entwürfen, aber sie haben Bewegung in die Geschichtsdidaktik gebracht und die Diskussion eröffnet über die Frage: Was können SchülerInnen durch Geschichtsunterricht lernen, das sie sonst in keinem anderen Fach lernen können?

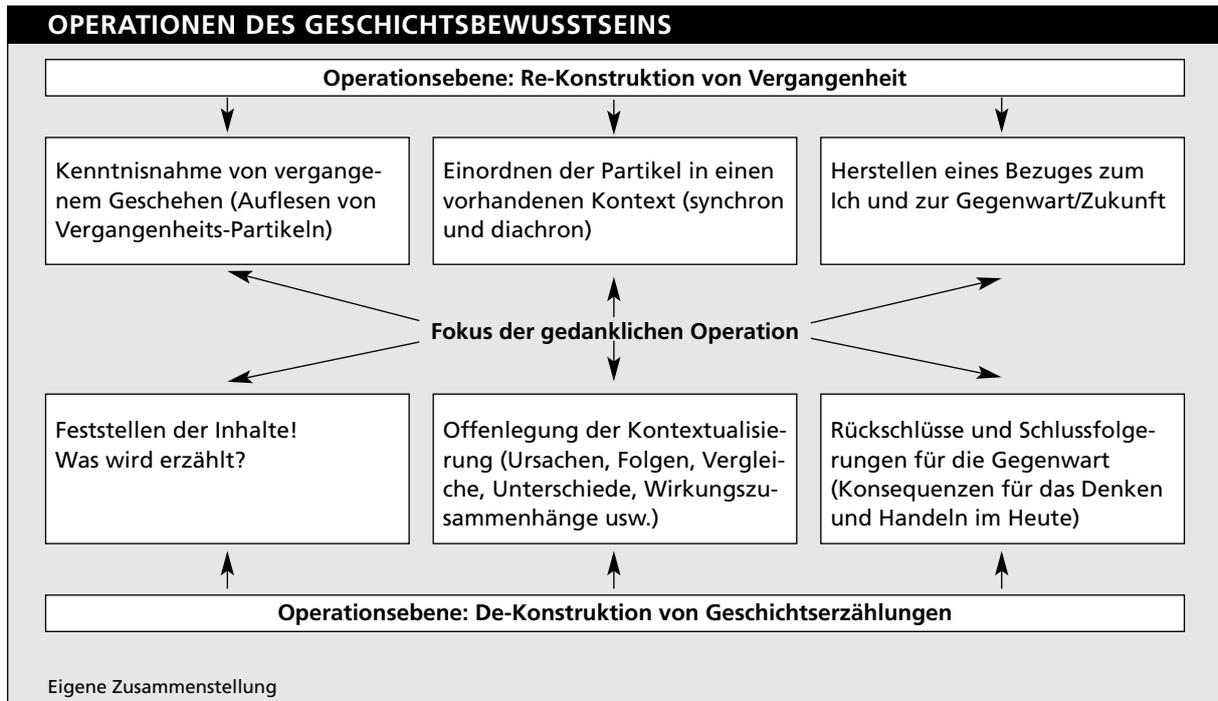
**Neue Kompe-
tenzmodelle**

Hans-Jürgen Pandel hat etwa ein Modell von Kompetenzen und Bildungsstandards für historisches Lernen vorgelegt⁷ und Franziska Conrad hat unlängst in einer Art Conclusio aus den Anregungen der von verschiedenen FachdidaktikerInnen vorgelegten Kompetenzmodelle eine Systematik der fachspezifischen und der fachübergreifenden Kompetenzen im Umgang mit Geschichte publiziert.⁸ Obwohl sich die Kompetenzmodelle voneinander unterscheiden, machen sie deutlich, worum es in einem modernen Geschichtsunterricht gehen sollte: um die möglichst situationsadäquate Bereitstellung von Lerngelegenheiten, die SchülerInnen dabei unterstützen, historische Kompetenzen zu erwerben.

**Reflektiertes
und selbstre-
flexives
Geschichts-
bewusstsein**

Das Kompetenzmodell, das die MitarbeiterInnen des Projektes „Förderung und Entwicklung reflektierten Geschichtsbewusstseins“⁹ vorstellen, geht davon aus, dass vornehmlichstes Ziel des Geschichtsunterrichts sein müsse, es SchülerInnen zu ermöglichen, reflektiertes und selbstreflexives Geschichtsbewusstsein zu erwerben. Da hier von diesem Modell ausgegangen wird, sei es noch einmal kurz skizziert.

Ausgangspunkt aller Überlegungen sind zunächst die angenommenen Operationen des Geschichtsbewusstseins, das dann als mehr oder weniger reflektiert bezeichnet werden kann, wenn diese Operationen bewusst vollzogen werden können:



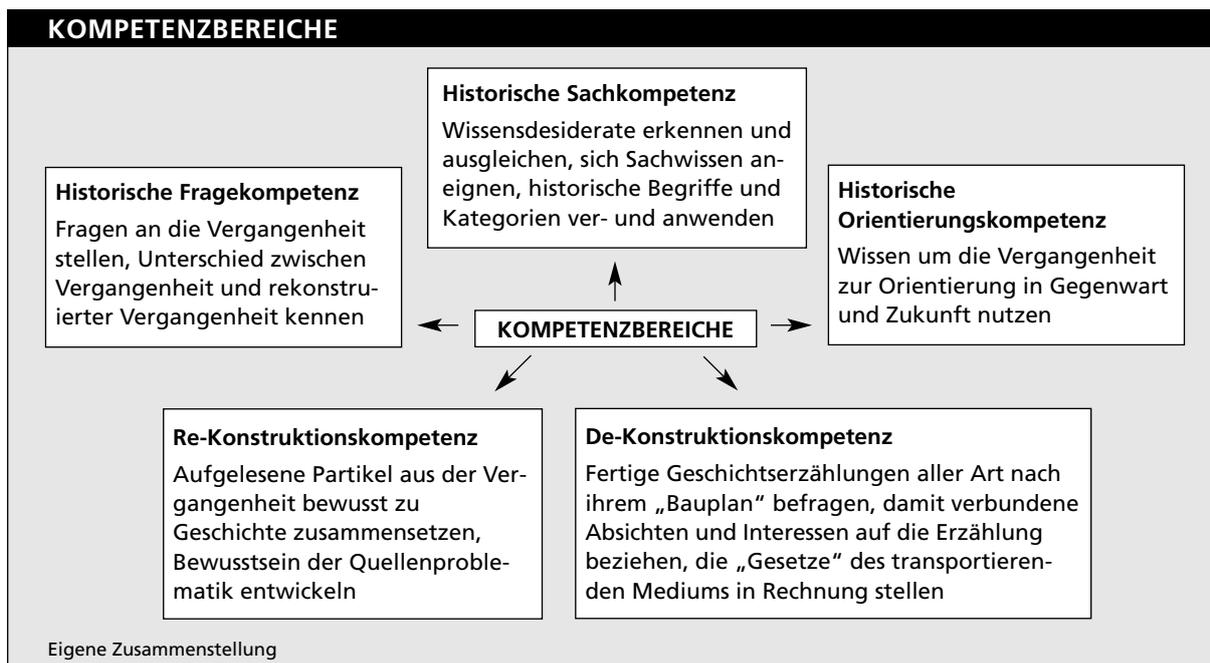
**Kompe-
tenzen des
historischen
Lernens**

Diese Denkopoperationen kontrolliert und bewusst zu vollziehen bedarf es einiger Kompetenzen im Umgang mit Vergangenheit und Geschichte, wobei nur auf Kompetenzen des politisch-historischen Lernens Bezug genommen wird und andere Kompetenzbereiche (etwa im kommunikativen und sozialen Bereich) – ohne sie in irgendeiner Weise geringer zu schätzen – ausgespart bleiben.

**Neue,
wichtige
Dimension**

Der für das politisch-historische Lernen ausschlaggebende Aspekt, inwieweit die Prozesse in der Vergangenheit für die Gegenwart prägend sind und für die Gestaltung der Zukunft einen nicht zu übersehenden Faktor darstellen, blieb in der Vergangenheit allzu oft auf die Ebene des Wissens und Kennens beschränkt. Erst die Ausweitung des Blickes auf die von SchülerInnen zu erwerbenden Kompetenzen bringt eine weitere und wichtigere Dimension in das Blickfeld der Didaktik. Die gemeinsame Arbeit an der Entwicklung der Kompetenzen eröffnet neue und aussichtsreiche Perspektiven. Nicht nur die Bereitstellung des Wissens um die Genese des Gegenwärtigen wird dabei dem Geschichtsunterricht abverlangt werden, er wird vielmehr zum Ort der Aneignung jener Kompetenzen, die für ein reflektiertes und selbstreflexives Geschichtsbewusstsein ebenso notwendig sind wie für eine Orientierung im Feld der Politik.

„Unbestritten setzt nicht nur Politische Bildung, sondern Bildung überhaupt ein Geschichtsbewusstsein voraus.“¹⁰ Heute möchte man nur noch ergänzend bemerken, dass es um „Reflektiertes Geschichtsbewusstsein“ gehen muss. Denn über Geschichtsbewusstsein verfügt jeder Mensch, über ein naives und unreflektiertes der eine, über ein reflektiertes und selbstreflexives der andere. Der Geschichtsunterricht hat die Aufgabe, dabei zu helfen, eine qualitative Verbesserung zu ermöglichen bzw. herbeizuführen.



Politisches Lernen als Voraussetzung für Politische Bildung

Politisches Lernen	Politische Bildung hat politisches Lernen zur Voraussetzung, ein Vorgang, dem ganz unterschiedliche Zwecke und Absichten zugrunde liegen können. Es ist diesem Umstand zu „danken“, dass die Einführung der Politischen Bildung in den Schulen lange Zeit an nahezu unüberwindlichen Ressentiments gescheitert ist, wählte doch jede politische Ideengemeinschaft die jeweils andere im Besitz arglistiger Pläne, um die Gesinnung der Jugend in ihr genehme Bahnen zu lenken.
Schwerpunkt der Politikdidaktik	Die Politikdidaktik – ein in Österreich nahezu inexistentes und von einigen PolitologInnen und HistorikerInnen in verdienstvoller Weise quasi mitbetreutes Fach – als Wissenschaft vom politischen Lernen hat in den letzten Jahren programmatische Schwerpunkte erkennen lassen, von denen hier einige kurz umrissen werden sollen:
Institutionenkunde eine nötige Grundlage	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Politische Bildung auf Institutionenkunde zu reduzieren, die an eine längst überwunden geglaubte „Staatsbürgerkunde“ erinnert, ist – darüber besteht in der didaktischen Literatur, aber vielleicht nicht in der Praxis des Unterrichts Übereinstimmung – heute nicht mehr denkbar. Dennoch werden auch im Politischen Unterricht Kenntnisse der SchülerInnen in diesem Bereich einzufordern sein. Eine Reduzierung der Politischen Bildung auf die Lehre von den politischen Institutionen und Ritualen wäre – kennt man die Interessenslage von SchülerInnen – der Anfang ihres Scheiterns. Das Problem ist jenem des Geschichtsunterrichts nicht unähnlich: Eine Beschränkung auf bloßes „Faktenwissen“ ist undenkbar, eine Auseinandersetzung mit historischen Phänomenen ohne jede Kenntnis des Faktums aber auch. Politische Bildung wird ohne Vermittlung von Wissensbeständen nicht auskommen, Unterricht aber exklusiv darauf abzustellen, hieße Politikverdrossenheit eher zu befördern.
Abkehr von belehrenden Unterrichtsformen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Forderung nach der Abkehr von belehrenden Unterrichtsformen wird seit geraumer Zeit ebenso regelmäßig erhoben wie die nach verstärkter Hinwendung zu Organisationsformen des politischen Lernens, die Eigenständigkeit und Autonomie des Schülers/der Schülerin zu fördern versprechen. Es wird in Hinkunft ein ent-

- scheidender Gradmesser für die Qualität historisch-politischen Unterrichts sein, ob der Unterricht selbstständiges Handeln, methodische Kompetenz und Artikulationsvermögen der SchülerInnen zu befördern in der Lage ist.
- Medienpädagogische Aspekte**
- ▶ Politische Bildung muss heute – angesichts der zunehmenden Pressekonzentration, des offensichtlichen Einflusses des Fernsehens auf das politische Bewusstsein¹¹ und der medienbezogenen Konsumgewohnheiten Jugendlicher – stärker medienpädagogische Aspekte beinhalten, um die Mündigkeit gegenüber medialer Suggestion überhaupt möglich zu machen.¹² Die Medien ausschließlich als Transportmittel der Informationen zu nutzen, geht heute nicht mehr an. Sie müssen selbst zum Gegenstand kritischer Analyse im Unterricht werden.
- Reformschulischer Mitbestimmung**
- ▶ Formen schulischer Mitbestimmung sind ein wesentlicher Teil Politischer Bildung. Es wird darüber nachzudenken sein, ob es im Zuge der Verbesserung der Politischen Bildung an den Schulen nicht notwendig sein wird, neue und kreative Formen der Mit- und Selbstbestimmung der SchülerInnen zu finden und ritualisierte Formen zu modifizieren.
- Lebenswelt der Jugendlichen einbeziehen**
- ▶ Jene Bereiche ernster zu nehmen, die in der Lebenswelt der Jugendlichen politische Funktion haben, aber von den LehrerInnengenerationen selten als solche wahrgenommen werden, wird Gebot der Stunde sein. LehrerInnen als Lernende – das sollte in der Politischen Bildung kein Paradoxon sein: Pop- und RockmusikerInnen sind heute in ihren Texten oft hochpolitisch, Rap-Musik handelt von den sozialen Problemen der Jugendlichen in den Vorstädten der Metropolen, Filme, die Jugendliche anziehen, sind alles andere als unpolitisch.

Dass GeschichtslehrerInnen – wie an Österreichs allgemeinbildenden höheren Schulen – den Politikunterricht übernehmen, ist nicht selbstverständlich. Historisches und politisches Lernen sind zwar eng aufeinander bezogen, aber ident sind sie nicht. Diese Tatsache erfordert seitens der LehrerInnen eine Bereitschaft zur Offenheit, neue und andere didaktische Konzepte zu erproben und entsprechende methodische Wege zu beschreiten. Die „didaktische Rubrik“ wird versuchen, durch Hinweise auf die Ergebnisse didaktischer Forschung diesen Prozess zu unterstützen.

Reinhard Kramer, ao. Univ.-Prof. Mag. Dr.

1973–1992 Lehrer an der Bundeshandelsakademie II in Salzburg, ab 1992 Fachdidaktiker am Institut für Geschichte der Universität Salzburg, 2004 Habilitation im Fach Geschichtsdidaktik. Reinhard Kramer ist Professor des Fachbereichs Geschichte und Politikwissenschaft der Universität Salzburg.

- 1 Benn, Gottfried: Gesammelte Werke. Wiesbaden 1959, S. 383.
- 2 Arnold, Rolf: Lebendiges Lernen – Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur, in: Neuland, Michele (Hrsg.): Schüler wollen lernen. Lebendiges Lernen mit der Neuland Moderation. Eichenzell 1995, S. 1ff; zit. nach Sander, Wolfgang: Theorie der politischen Bildung: Geschichte – didaktische Konzeptionen – aktuelle Tendenzen und Probleme, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts. 1997, S. 37.
- 3 Greiter, Almut u.a.: Politisches Alltagsverständnis. Entwicklung des Demokratie- und Politikbegriffs. Wien 1986, S. 4–6.
- 4 Schmidt-Sinns, Dieter: Historischer Unterricht im Lernfeld Politik. Einführende Bemerkungen zum Tagesbericht, in: Historischer Unterricht im Lernfeld Politik. Bonn 1973, S. 7–11; hier S. 8.
- 5 Jeismann, Karl Ernst: „Geschichtsbewußtsein“ als zentrale Kategorie der Didaktik des Geschichtsunterrichts, in: Niemetz, Gerold (Hrsg.): Aktuelle Probleme der Geschichtsdidaktik. Stuttgart 1990, S. 44–75.
- 6 Rösen, Jörn: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden. Köln 1994; ders.: Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen. Köln 1994.
- 7 Pandel, Hans-Jürgen: Geschichtsunterricht nach PISA. Kompetenzen, Bildungsstandards und Kerncurricula. Schwalbach/Ts. 2005.
- 8 Geschichte lernen, 116, 2007, S. 2–12.
- 9 Das Projekt wurde von FachdidaktikerInnen der Universitäten Hamburg, Eichstätt, Dresden, Köln und Salzburg in Zusammenarbeit mit Lehrerarbeitskreisen in Österreich, Deutschland, Belgien und Ungarn geleitet. Vgl. dazu: Schreiber, Waltraud u.a.: Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Neuried 2006.
- 10 Aich, Prodosch: Historiker zwischen Anpassung und Isolation, in: Historischer Unterricht im Lernfeld Politik. Bonn 1973, S. 26–39; hier S. 27.
- 11 Der Begriff taucht auf bei Sutor, Bernhard: Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung, in: Sander, Handbuch politische Bildung, S. 323–337.
- 12 Ernst-Günter Dieckmann: Medienerziehung als Aufgabe politischer Bildung, in: Sander, Handbuch politische Bildung, S. 373–390.

Herbert Pichler

Was bringt das Wählen mit 16?

Bezug zum In-formationsteil

Ferdinand Karlhofer: Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven

Lehrplanbezug

Eine dezidierte Angabe von konkreten Lehrplanbezügen bestimmter Unterrichtsfächer entfällt bei diesem Beitrag bewusst. Da eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Komplex „Wählen mit 16“ in erster Linie in den Schuljahren vor Erreichen dieses Wahlalters Sinn macht, empfehlen sich dafür in besonderer Weise die 6. bis 9. Schulstufe. Im Sinne des Grundsatzes für Politische Bildung wäre eine Implementierung von Unterrichtssequenzen zum Thema Wählen mit 16 u.a. in Deutsch, Geschichte und Sozialkunde, Geographie und Wirtschaftskunde etc. naheliegend.

Lernziele

- ▶ Die SchülerInnen sollen reflektieren, wie ausgeprägt ihr bisheriges Interesse an Politik sowie ihre Absicht, mit 16 vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, ist. Dabei soll auch hinterfragt werden, woher diese Einstellungen kommen und welche Maßnahmen diese Einstellungen verändern könnten.
- ▶ Die SchülerInnen sollen erkennen, dass sie in vielfältigen Lebensbereichen direkt und ständig von politischen Entscheidungen betroffen sind. Das Wählen soll dabei als Möglichkeit und Chance der Mitbestimmung und Mitgestaltung der eigenen Lebenswelt begriffen werden.
- ▶ Die Vorteile und Konsequenzen des Wahlrechtes für Jugendliche sollen gesammelt und durchdacht werden. Es sollen Argumente und Gründe gefunden werden, warum das Wählen mit 16 Sinn macht. Wie sollten dabei die Rahmenbedingungen verändert werden?
- ▶ Die Konsequenzen, wenn das Wahlrecht nicht genutzt wird und WählerInnen nur mangelhaft politisch informiert sind, sollen aufgezeigt werden.
- ▶ Auf der Basis der Reflexion der Vorteile des Wählens mit 16 sowie der Konsequenzen des Wählens sowie Nichtwählens sollen die SchülerInnen eine eigene Position zu diesen Fragestellungen formulieren können.

Zentrale Fragestellungen

- ▶ Wie groß ist mein Interesse an Politik? Und hängt davon meine Absicht ab, mit 16 wählen zu gehen? Woher kommt mein Interesse oder Desinteresse an Politik? Welche offenen Fragen habe ich zu den Themen Politik und Wählen?
- ▶ Was hat Politik mit mir zu tun? In welchen Bereichen berührt Politik, berühren politische Entscheidungen mein Leben? Welche Möglichkeiten habe ich, mein unmittelbares Lebensumfeld mitzugestalten und in wichtigen Fragen mitzubestimmen?
- ▶ Warum ist es wichtig, dass ich wählen gehe? Welche Vorteile hat es, wenn Jugendliche wählen und mitbestimmen dürfen?
- ▶ Mit welchen Maßnahmen und Lösungsvorschlägen könnte man die Argumente der kritischen Stimmen zum Wählen mit 16 entkräften? Was muss sich ändern, damit Jugendliche mit 16 wählen gehen und eine Wahlentscheidung auch begründet treffen können?
- ▶ „Politik interessiert mich nicht!“ – Was bedeutet es, wenn ich auf das Wahlrecht verzichte? Welche Folgen kann es haben, wenn viele Jugendliche sich nicht für Politik interessieren und sich daher nicht regelmäßig über politische Fragen informieren?
- ▶ Wenn ich all diese Punkte überdenke, zu welchem Ergebnis komme ich? Wie wichtig erscheint es mir nach all diesen Überlegungen, vom Wahlrecht mit 16 Gebrauch zu machen?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Die Debatte um eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist in den letzten Jahren vor allem als Debatte von Erwachsenen über Jugendliche mit wechselnder Intensität und Emotionalität geführt worden.

SchülerInnen im Kontext Politik und Wählen dort abzuholen, wo sie stehen, bedeutet zunächst einmal, nach ihren Assoziationen zu fragen, ihre momentanen Einstellungen abzurufen und sichtbar zu machen (E_1 , E_2). Dies schafft Gesprächsanlässe, gibt die Möglichkeit, unterschiedliche Sichtweise darstellen zu lassen und zu überdenken. In weiterer Folge gilt es, Kinder und Jugendliche entdecken zu lassen, welche Lebensbereiche politisch mitbestimmt, geformt und geregelt sind. So könnten die wichtigen Aufgaben einer politischen Aushandlung von Entscheidungen, der Interessensausgleich in der Politik sowie die Bedeutung des Korrekatives der Wahlen besser erfasst werden. Die hier angebotenen Arbeitsaufträge und Materialien zielen weniger auf eine fundierte „Wahlkunde“ bzw. nicht auf altersadäquat aufbereitete Informationen zum politischen System in Österreich. Vielmehr sollen die eigenen Einstellungen, Meinungen und (Vor-)Urteile zum Thema bearbeitet werden, um somit eine Basis für die Motivation und Bereitschaft zur weiteren, tiefer gehenden inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesen Themenbereichen zu schaffen. Erst, wenn Politik (zumindest in Ansätzen) für die einzelne Schülerin/den einzelnen Schüler zum persönlichen Anliegen wird, kann Politische Bildung nachhaltig sein.

(Vor dem Hintergrund des Einsatzes der Arbeitsaufträge und Materialien in der Sekundarstufe I wurde die ansonsten in den Informationen zur Politischen Bildung übliche Ansprache mit „Sie“ durch die persönlichere und altersadäquatere Ansprache mit „du“ ersetzt.)

EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN**E₁ Was fällt mir zu Politik ein?**

- Einzelarbeit** Zum Begriff „Politik“ fällt mir ein: _____
- Wählen mit 16 bedeutet für mich: _____
- Zum Thema „Wählen mit 16“ habe ich folgende Fragen: _____

E₂ Wahlfreiheit: Wie wichtig ist mir Politik, wie wichtig ist mir das Wählen?

- Einzelarbeit**
- a) Wie groß ist momentan dein Interesse an Politik? Wirst du mit 16 Jahren auch tatsächlich wählen gehen? Versuche eine eigene Meinung zu diesen beiden Fragen zu finden und zeichne dies mit einem Kreuzerl im passenden Feld an der passenden Stelle in M_1 ein.
- b) Formuliere nun auch eine kurze schriftliche Begründung, warum du dich zu diesen beiden Fragen so entschieden hast.
- c) Was würde deine Meinung zu diesen beiden Fragen verändern?

E₃ Wählen und Politik in der Schule

Eine weitere sehr erfahrungsnahe Anknüpfung an die Thematik bietet sich im schulischen Umfeld durch die Schulpartnerschaft, die Schuldemokratie sowie durch die aktive Einbindung von SchülerInnen in Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse. Hier können Einstellungen das politische Engagement betreffend durch aktives Handeln entwickelt werden. Didaktisch aufbereitete Vorschläge für Unterrichtssequenzen dazu gibt es beispielsweise in: Pichler, Herbert: Schulgemeinschaft: Gelebte Demokratie, in: „Von Wahl zu Wahl“. Informationen zur Politischen Bildung 21. Wien–Innsbruck–Bozen 2004, S. 78–81. Mitreden – Mitgestalten – Mitentscheiden: Polis (Politik Lernen in der Schule), Nr. 5, 2007

ARBEITSAUFGABEN

A₁Einzelarbeit
Diskussion**Was hat Politik mit mir/mit meinem Leben zu tun?**

- ▶ Kreuze im Fragebogen M₄ an, ob die angeführten Bereiche etwas mit Politik zu tun haben. Welche Punkte werden durch politische Entscheidungen bestimmt, welche nicht?
- ▶ Vergleicht anschließend in der Klasse eure Ergebnisse und versucht dann gemeinsam zu klären, in welchen Lebensbereichen überall Politik „drinnen steckt“. Im Zweifelsfall bitte die LehrerInnen oder die Eltern fragen.
- ▶ Findet weitere Beispiele für Lebensbereiche, in denen auch politische Entscheidungen eine Rolle spielen. Ergänzt damit die Tabelle.
- ▶ Diskutiert in der Kleingruppe die Fragen:
 - Welche eurer Lebensbereiche sind nicht von der Politik beeinflusst, völlig frei von Politik?
 - Warum „mischt sich die Politik in so viele Lebensbereiche ein“? Warum macht es Sinn, dass sich Politik um die Regeln in diesen Bereichen kümmert?
 - Warum sind diese Bereiche nicht reine Privatsache? Warum kann nicht jede/jeder tun, was sie/er gerade will?

A₂

Gruppenarbeit

Wahllos: Was passiert ohne Politik?

Was passiert, wenn sich die Politik aus den in M₄ aufgelisteten Lebensbereichen zurückziehen würde? Was geschieht, wenn in diesen Bereichen die Regeln nicht mehr politisch ausgehandelt werden, zum Beispiel wenn es gar keine Regeln in diesem Bereich gibt?

- ▶ Greift ein Beispiel aus M₄ heraus und betrachtet, welche verschiedenen Gruppen ein unterschiedliches Interesse an diesem Thema haben. Welche Interessen würden sich durchsetzen, wenn die Politik nicht ausgleicht?
- ▶ Was würde etwa ohne Gesetze und Regeln im Straßenverkehr passieren?

A₃Gruppenarbeit
Präsentation**Qual der Wahl? Was passiert, wenn Politik ohne mich stattfindet?**

Stell dir vor, es wird gewählt und keiner geht hin! Sammelt in einer kleinen Gruppe Ideen für eine Szene. Stellt in dieser Szene dar, welche Folgen es haben kann, wenn Jugendliche (auch Erwachsene!) sich nicht für Politik interessieren und nicht wählen gehen! Präsentiert eure Szene vor der Klasse.

A₄

Einzelarbeit

Wahlentscheidend: Welche Möglichkeiten habe ich, Politik mitzugestalten?

Welche Themen sind dir wichtig? Notiere mindestens drei für dich wichtige Bereiche. Welche Möglichkeiten gibt es, in diesen dir wichtigen Bereichen (politisch) mitzubestimmen? (Material dazu siehe in der Online-Version auf www.politischebildung.com)

A₅

Einzelarbeit

Wahlgeschenk: Welche Folgen hat das Wählen mit 16?

1. Warum macht es Sinn, mit 16 zu wählen?

Sammelt in der Klasse (aber auch durch eine Umfrage in der Schule) weitere Argumente und gute Gründe, die für ein Wählen mit 16 sprechen. Welche Vorteile hat es, wenn schon Jugendliche wählen dürfen? Ergänzt mit diesen Ideen die linke Spalte der Tabelle M₃, auch Material M₂ kann helfen.

2. Unter welchen Bedingungen macht Wählen mit 16 Sinn?

Fallen dir Gründe ein, warum ein Wählen mit 16 problematisch sein könnte?

Womit könnte man diese Bedenken entkräften, wie könnte man diese Probleme lösen?

Verwende wieder die Materialien M₂ und M₃.

(Stichworte: Familie, Freundeskreis, Schule (Schulunterricht), Medien (Zeitungen, Fernsehen etc.), Parteien und PolitikerInnen)

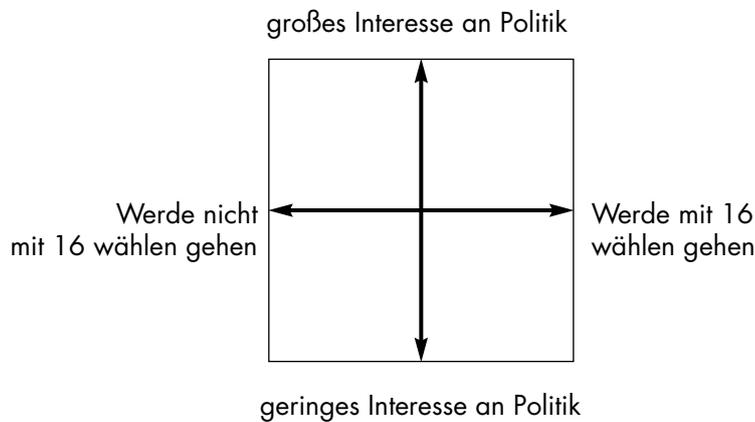
A₆

Einzelarbeit

Offene Fragen: Darüber möchte ich mehr erfahren!

Sammle alle Fragen zum Thema Politik und Wählen, über die du mehr wissen möchtest!

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ Interessensfeld Politik und Wählen mit 16**M₂** Statements von Jugendlichen zum Wählen**Wie ist deine Meinung zum Thema „Politik“?**

Carina, Lehrling, 17: „Politik taugt mit prinzipiell schon, auch Wählen mit 16 passt. Lächerlich wird's nur, wenn sich Politiker am Tag nach der Wahl an ihre Versprechen nicht mehr erinnern wollen. Solche Lügen machen Politik für uns Junge echt uninteressant.“

Leander, Schüler, 12: „Ich möchte mit 16 wählen gehen, weil ich mitbestimmen will, wer das Land regiert. Wen ich wählen würde, wüsste ich schon. Ich informiere mich vor allem im Internet. Da komme ich schneller zu den Infos, die mich interessieren.“

Astrid, Schülerin, 14: „Die Aufgabe der Politik ist es, alles zu verwalten und wichtige Entscheidungen zu treffen. Wenn Wählen mit 16 Gesetz wird, dann sollte man die jungen Leute darauf vorbereiten. Ich schaue Nachrichten im Fernsehen, wenn ich mich nicht auskenne, frage ich bei meinen Eltern nach.“

Quelle: Der Standard, 21. April 2007, S. 8; 26. April 2007, S. 8; 27. April 2007, S. 6

M₃ Wählen mit 16**Vorteile des Wählens mit 16**

Anliegen und Interessen der Jugendlichen könnten dann besser berücksichtigt werden (direkt durch die Stimmabgabe und indirekt, weil um Stimmen der Jungen geworben wird).

mehr Selbstverantwortung für Jugendliche durch Mitbestimmung

Jugendliche müssen sich früher mit politischen Themen beschäftigen.

...

Quelle: Herbert Pichler

Gegenstimmen

Jugendliche könnten noch nicht die geistige Reife haben, sind damit überfordert, sich eine politische Meinung zu bilden, und auch leicht beeinflussbar.

Jugendliche haben noch kein Interesse an Politik.

Jugendliche sind nicht genug informiert, um wählen zu können.

...

Siehe auch Grafik „Wählen mit 16 – Pro und Contra“ idB S. 40

M₄**Wählerisch: Hat das mit Politik zu tun?**

Welche der folgenden Bereiche werden durch politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen geregelt?

Bereiche und Fragen	ja	nein	zum Teil	weiß nicht
A Schulferienzeiten und schulautonome freie Tage: Wann und wie lange ist schulfrei?				
B Schulunterricht: Was wird in welchem Fach unterrichtet? Wie viele Stunden pro Woche Unterricht? Wie lange ist Schulpflicht?				
C Jugendschutz: Wie lange dürfen Jugendliche fortgehen und ausbleiben? Ab wann dürfen Jugendliche rauchen und Alkohol trinken?				
D Ausbildungsplätze: Wie viele Lehrplätze gibt es?				
E Arbeitswelt: Wie hoch ist der Mindestlohn? Wie lange muss gearbeitet werden?				
F Sport: Darf im Sport gedopt werden oder nicht?				
G Verkehr: Wie schnell darf auf den Straßen gefahren werden? Wie hoch ist die Autobahnmaut? Mit welchem Alter darf man den Führerschein machen?				
H Ernährung: Sind die Inhaltsstoffe von Nahrungsmitteln sichtbar gekennzeichnet?				
I ...				

Herbert Pichler, Mag.

Studium Geographie und Wirtschaftskunde Lehramt und Deutsche Philologie Lehramt an der Universität Wien. BHS-Lehrer am Schulzentrum Ungargasse, 1030 Wien, sowie an der Kooperationschule Kooperative Mittelschule Enkplatz, 1110 Wien, Lektor am Institut für Geographie der Universität Wien und Schulbuchautor. Derzeit in Eltern-Teilzeit-Karenz.

Literaturtipp

Pichler, Herbert: Politische Bildung als gelebte Praxis, in: Diendorfer, Gertraud/Steiniger, Sigrid (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach 2006, S. 105–114. (http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/bildung/politische_bildung/index.html)

Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Christian Reiner

Wie bilde ich mir meinen WählerInnenwillen und wer beeinflusst mich dabei?

Bezug zum Informationsenteil Günther Ogris, Aleksandra Ptaszynska: Der WählerInnenwille und wie man ihn erforscht
Gabriele Melischek: Der publizierte WählerInnenwille
Barbara Steininger: Der Souverän und die Volksvertretung

Lehrplanbezug Unterrichtsprinzip Politische Bildung
5. bis 8. Klasse AHS, Deutsch

- ▶ Gesellschaftliche Auswirkungen der Medien erkennen und ihre lebensgeschichtlichen Funktionen reflektieren
- ▶ Interessen und Absichten hinter (multi-)medialen Texten und Produktionen analysieren und bewerten sowie manipulative Zielsetzungen erkennen

4. Klasse Hauptschule bzw. AHS-Unterstufe, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung

- ▶ Österreich – die Zweite Republik: Politisches System /.../ Möglichkeiten politischer Mitbestimmung und Mitverantwortung.

Bildungs- und Lehraufgabe Hauptschule bzw. AHS-Unterstufe, Geographie und Wirtschaftskunde:

- ▶ Einblick in unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gewinnen, um sich mit aktuellen und zukünftigen politischen Fragen auseinanderzusetzen sowie demokratisch und tolerant handeln zu können.

Bildungs- und Lehraufgabe AHS-Oberstufe, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung

- ▶ Es soll Interesse an Politik und Politischer Bildung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden.

7. Kl. AHS, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung

- ▶ Politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse

8. Kl. AHS, Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung

- ▶ Das Politische und rechtliche System Österreichs und der Europäischen Union
- ▶ Rolle der Medien zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft

Lernziele

- ▶ Die Glaubwürdigkeit von Institutionen, Personen des öffentlichen Lebens, Politik und PolitikerInnen beurteilen und vergleichen, mögliche Ursachen für diese Bewertung identifizieren sowie daraus resultierende Folgen abschätzen
- ▶ Authentische Informationen über Zwänge des politischen Alltags ermitteln und diese in Beziehung zum Image von PolitikerInnen in der Öffentlichkeit setzen und bewerten
- ▶ Das Wahlverhalten der Eltern und Großeltern analysieren, mögliche Widersprüche aufdecken und die eigene Position im Kontrast dazu formulieren
- ▶ Ermitteln der beeinflussenden Faktoren in Bezug auf den eigenen WählerInnenwillen sowie mögliche eigene, andere Personen beeinflussende Handlungen bewusst machen
- ▶ Möglichkeiten und Grenzen einer Emanzipation von Fremdbeeinflussung im Hinblick auf einen selbstbestimmten politischen Willensbildungsprozess erkennen
- ▶ Typische Zusammenhänge zwischen formaler schulischer Bildung und Wahlverhalten erfassen und erklärende Hypothesen formulieren
- ▶ Individuell und strukturell begründete Überforderungen bei der Befassung mit politischen Themen sowie deren Auswirkungen auf Restriktionen hinsichtlich einer reflek-

- tierten Willensbildung identifizieren und mögliche Lösungsvorschläge aufzeigen
- ▶ Massenmedien als traditionell wichtigste Informationsquelle für politische Themen erkennen, ihren Einfluss auf die eigene Willensbildung reflektieren und die damit verbundenen Probleme aufdecken
 - ▶ Kritik an eingeübten Wahlroutinen verstehen und mögliche Konsequenzen für den eigenen WählerInnenwillen und dessen Genese ableiten
- Zentrale Fragestellungen**
- ▶ Welchen Personen und Institutionen vertraue ich und warum? Welches Vertrauen genießt die Politik und welche Folgen ergeben sich daraus?
 - ▶ Welchen Zwängen sind PolitikerInnen in ihrem Alltag ausgesetzt? Was müsste verändert werden, damit PolitikerInnen bei Jugendlichen als glaubwürdig gelten?
 - ▶ Wie bildeten und bilden sich die Eltern und Großeltern ihren WählerInnenwillen? Welchen Ideologien folg(t)en sie dabei und wie sehr beeinflusst das meine eigene Willensbildung?
 - ▶ Wie sehr bin ich selbst von anderen Personen und Institutionen beeinflusst und wie stark beeinflusse ich selbst den WählerInnenwillen anderer?
 - ▶ Beeinflusst die Schule meine Willensbildung? Bin ich selbst davon betroffen?
 - ▶ Warum sind Jugendliche oftmals mit politischen Inhalten überfordert? Geht es Erwachsenen nicht ebenso? Wie kann ich zu mehr „Durchblick“ gelangen?
 - ▶ Welche Macht haben die Massenmedien bei meiner politischen Willensbildung? Wie unterscheiden sich die Massenmedien hinsichtlich der Qualität in der politischen Berichterstattung? Welche alternativen Informationsquellen könnten für mich von Bedeutung sein?
 - ▶ Warum geht manchen WählerInnen die Mündigkeit ab? Warum ist das „politische Gedächtnis“ derart kurz, dass Parteien bzw. PolitikerInnen oftmals ohne Abstrafung bei der nächsten Wahl fragwürdige Politiken verfolgen können?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Die im Paket zur Wahlrechtsreform beschlossene Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre verlangt auch von der Politischen Bildung Antworten. Einige Angebote zur Thematisierung des damit verbundenen Aspektes der politischen Willensbildung sollen nachstehende Einstiege, Arbeitsaufgaben und Materialien liefern. Wenngleich der Prozess der Willensbildung bei den auf verschiedenen Ebenen stattfindenden Wahlen ähnliche Fragen aufwirft, zeigen sich bei Nationalratswahlen spezifische Probleme. Hier wären insbesondere die größere soziale und räumliche Distanz zwischen WählerInnen und PolitikerInnen und eine steigende Komplexität der politischen Inhalte zu nennen. Um diese Merkmale berücksichtigen zu können, fokussieren die Arbeitsaufgaben auf den Willensbildungsprozess auf Nationalratswahlebene.

Weil Politik und die AkteurInnen dieses Systems bei Jugendlichen in der Regel jedoch eine subjektiv durchaus sinnvoll begründbare Ablehnung erfahren, soll zum Einstieg die Glaubwürdigkeitsfrage andiskutiert werden. Wird diese Problematik nicht zu Beginn der eigentlich auf den WählerInnenwillen bezogenen Lernprozesse thematisiert, läuft der Unterricht an den SchülerInnen vorbei. Wen interessiert es schon, sich differenziert mit der Willensbildung bezüglich eines Phänomenbereiches zu beschäftigen, wenn der Phänomenbereich an sich schlichtweg ablehnungswürdig erscheint?

Die nachfolgenden Arbeitsaufgaben bilden vielfache Möglichkeiten an, um mit dem Thema WählerInnenwillensbildung und den damit im Zusammenhang stehenden Faktoren möglichst authentische Erfahrungen zu machen. Es soll keinesfalls ein idealtypischer Weg zu einer reflektierten, möglichst autonomen Willensbildung vorgegeben werden. Vielmehr geht es um Bewusstmachung struktureller und personeller Einflüsse und deren Kritik.

EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN

- E₁**
Einzelarbeit
Diskussion
- Wem kann man vertrauen?**
 Erstellen Sie zu Beginn mittels Brainstorming eine Liste von Personen (PopsängerInnen, PolitikerInnen, ...) bzw. Institutionen (Greenpeace, →Nationalrat, ...), von denen Sie meinen, dass sie eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Ordnen Sie die Personen und Institutionen nach ihrer Glaubwürdigkeit – zuerst in Einzelarbeit und dann mittels Punktevergabe innerhalb der Klasse (je mehr Punkte bei max. 5 zu vergebenden Punkten pro Person/Institution desto mehr Vertrauen). Diskutieren Sie die Ergebnisse:
- ▶ Wer sind die glaubwürdigsten und wer die unglaubwürdigsten Personen bzw. Institutionen? Sind Personen tendenziell glaubwürdiger oder unglaubwürdiger als Institutionen? Welche Position nehmen PolitikerInnen bzw. der →Nationalrat, das Parlament ein?
 - ▶ Wie sehr weicht Ihre persönliche Reihung vom Klassenergebnis ab? Stellen Sie die Spannweite der Einzelbewertungen bezüglich der einzelnen Personen/Institutionen fest und versuchen Sie, die Ursachen für diese unterschiedlichen Wahrnehmungen herauszufinden.
 - ▶ Vergleichen Sie Ihr Gesamtergebnis mit den Durchschnittsdaten für österreichische Jugendliche (siehe M₁).
 - ▶ Stellen Sie Erklärungsversuche zu Gesamtergebnissen an: Warum sind manche Personen/Institutionen glaubwürdiger als andere? Welche Glaubwürdigkeit kommt PolitikerInnen bzw. dem politischen System zu und wo liegen die Ursachen für diese Bewertung? Was unterscheidet Politik von anderen, glaubwürdigeren Personen und Institutionen?
 - ▶ „Glaubwürdige(r) PolitikerIn gesucht“ – Erstellen Sie einen Steckbrief!
- E₂**
Diskussion
- Politik zum Anziehen**
 Angenommen Sie sehen jemanden auf der Straße mit den in M₂ abgebildeten T-Shirts. Was sind Ihre ersten Gedanken? Bereiten Sie ein kurzes Statement vor und vergleichen Sie die Ergebnisse im Plenum.
 Würden Sie selbst eines dieser T-Shirts anziehen wollen, und wenn ja welches? Wo würden Sie solch ein T-Shirt in keinem Fall anziehen wollen und wo hätten Sie keine Probleme, solch ein T-Shirt zu tragen?

ARBEITSAUFGABEN

- A₁**
Einzelarbeit
Interview
- Youth meets Politicians**
 „Mich nervt's, dass uns da nicht die Möglichkeit gegeben wird, uns mit den Verantwortlichen auseinanderzusetzen, denn ich würde liebend gerne mit den Leuten an einem Tisch sitzen, die so eine Politik machen.“ (Danijel, 22 Jahre, betreut Internetprojekte für junge Schwule; aus: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie. Opladen 2000, S. 403f.)
 A₁ ist als Fortsetzung von E₁ oder E₂ gedacht. Wie kommt es, dass PolitikerInnen so wenig Vertrauen genießen? Um dieser und ähnlichen Fragen auf den Grund zu gehen, ist ein Einblick in die Zwänge des politischen Alltags sinnvoll. Für authentische Informationen bietet es sich an, mit einer Politikerin oder einem Politiker persönlich zu sprechen. Schicken Sie einer Politikerin, einem Politiker des →Nationalrates einen Brief, in dem Sie Ihre Anliegen mitteilen und um einen Gesprächstermin bitten. Am einfachsten ist es, die Nationalratsabgeordnete oder den Nationalratsabgeordneten des eigenen Wahlkreises anzuschreiben. Alle Abgeordneten sind auch VertreterInnen eines Wahlkreises. Dieser ist in der jeweiligen Kurzbiographie der Abgeordneten auf der Website des Parlaments (www.parlament.gv.at) auch immer angegeben. Erstellen Sie für das Treffen einen Gesprächsleitfaden. Dazu können die Ergebnisse von E₁ und E₂ sowie M₃ eine Hilfe bieten.

A₂

Einzelarbeit
Interview

Wie wählen die Erwachsenen? Eine Befragung der Eltern und Großeltern

Interviewen Sie Ihre Eltern und Großeltern über ihr Wahlverhalten anhand der Leitfragen in M₃.

Diskutieren Sie die Ergebnisse in der Klasse und bewerten Sie das Wahlverhalten ihrer Eltern und Großeltern:

Wie selbstbestimmt bzw. wie stark beeinflusst trafen und treffen sie ihre Wahlentscheidungen?

Was können Sie persönlich von diesem Verhalten lernen und was würden Sie gerne anders machen?

A₃

Brainstorming
Diskussion

Wer beeinflusst mich und wer wird durch mich beeinflusst?

- ▶ Überlegen Sie sich, welche Personen (Freund, Mutter, ...), Institutionen (Fernsehen, Schule, ...) sowie andere Faktoren Ihren WählerInnenwillen beeinflussen und wer durch Sie beeinflusst wird.
- ▶ Notieren Sie Ihre Ergebnisse auf kleinen Zetteln (nur eine Person, Institution etc. pro Zettel und mit zwei verschiedenen Farben für Fremd- und Selbstbeeinflussung) und kleben Sie diese an die Tafel. Versuchen Sie, die Ergebnisse zu sinnvollen Gruppen zusammenzufassen.
- ▶ Diskutieren Sie, wie stark die verschiedenen Gruppen Einfluss auf Ihren WählerInnenwillen nehmen bzw. Sie selbst andere beeinflussen. Welchen Einfluss halten Sie eher für positiv und welchen würden Sie gerne loswerden und warum? Wie könnte man trotz dieser – möglicherweise unvermeidbaren – Beeinflussungen eine möglichst selbstständige Entscheidung treffen?

A₄

Partnerarbeit
Diskussion

Wahlplauderei

Setzen Sie das Gespräch in M₄ (evtl. auch in Partnerarbeit) fort und bewerten Sie die Positionen von Anna und Konstantin.

A₅

Gruppenarbeit
Diskussion

Beeinflusst die Schule meinen WählerInnenwillen?

- ▶ Teilen Sie die Klasse in vier Gruppen. Jede Gruppe wählt sich einen der vier in M₆ dargestellten Zusammenhänge und versucht möglichst viele Erklärungen (Thesen) dafür zu finden.
- ▶ Die Ergebnisse werden auf Plakaten festgehalten und präsentiert. Im Plenum wird diskutiert, welche Thesen am ehesten zutreffen.
- ▶ Danach soll reflektiert werden, inwieweit die Zusammenhänge auch für Sie selbst zutreffen.
- ▶ Im Anschluss daran könnten Sie in der Schule eine Diskussionsrunde zum Thema: „Der Einfluss der Schule auf die Wahlentscheidungen von Jugendlichen“ veranstalten.

A₆

Einzelarbeit
Interview

Geography matters!

In vielen Wahlbezirken bzw. Gemeinden gibt es traditionelle Mehrheitsverhältnisse, z.B. dominiert seit Jahrzehnten traditionell die SPÖ oder die ÖVP. Somit hat möglicherweise auch der Wohnort einen Einfluss auf die Bildung meines WählerInnenwillens: Wenn in meiner Gemeinde schon immer die Mehrheit eine bestimmte Partei wählte, so werden diese politischen Mehrheitsverhältnisse wahrscheinlich auch Einfluss auf mein Wahlverhalten haben.

- ▶ Recherchieren Sie die Wahlergebnisse Ihrer Heimatgemeinde bzw. Ihres Wahlbezirktes bei den letzten fünf Nationalratswahlen. (Siehe Weiterführende Hinweise)
- ▶ Versuchen Sie mittels ExpertInnengesprächen (z.B. mit der Bürgermeisterin, dem Bürgermeister), die Ursachen für diese möglicherweise sehr gleichförmigen Wahlergebnisse zu recherchieren.
- ▶ Wie stark fühlen Sie sich selbst durch diese traditionellen regionalen Mehrheitsverhältnisse beeinflusst? Wie sehr entspricht Ihre Familie diesen Wahlverhaltensmustern?

A₇**Gruppenarbeit**
Wandzeitung**Hab' ich den Durchblick?**

- ▶ Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen. Die SchülerInnen der einen Gruppe verfassen nach der Lektüre von M₁₀ jeweils ein Statement beginnend mit dem Satz: „Ich stimme der Meinung von Klaus zu, weil ...“ Die andere Gruppe macht das Gleiche, nur lautet hier der einleitende Satz: „Ich stimme Klaus nicht zu, weil ...“ Fassen Sie die Pro- und die Contra-Argumente auf einer Wandzeitung zusammen und diskutieren Sie, welche Argumente besonders überzeugend bzw. wenig überzeugend sind. Schließen Sie sich der Meinung von Klaus an, und wenn ja bzw. nein, warum (nicht)?
- ▶ Überlegen Sie, ab wann man davon sprechen kann, dass jemand „den Durchblick“ hat? Erstellen Sie eine Liste von möglichen Kriterien, die jemand erfüllen muss, damit man bei ihr bzw. ihm von Durchblick sprechen kann. Bei welchen Themen haben Sie einen bzw. keinen Durchblick? Würden Sie, wenn Sie der Meinung von Klaus sind, wählen gehen oder aufgrund von „zu wenig Durchblick“ zu Hause bleiben?
- ▶ Fassen Sie die wesentlichen Aussagen der Tabelle M₇ zusammen und beurteilen Sie diese: Ist die österreichische Jugend hoffnungslos überfordert mit Politik oder sind die Ergebnisse kein Grund zur Beunruhigung? Positionieren Sie sich selbst in dieser Tabelle und reflektieren Sie über möglicherweise abweichende Einschätzungen.
- ▶ Könnte die teilweise Überforderung von Jugendlichen mit politischen Inhalten am geringen Nachrichtenkonsum liegen? Beurteilen Sie diese Frage mithilfe von M₈.
- ▶ Könnte Ihrer Meinung nach die Schule dazu beitragen, dass Jugendliche mehr Durchblick haben bei politischen Themen? Organisieren Sie eine Pro-und-Contra-Debatte zu dieser Fragestellung!

A₈**Einzelarbeit****Die Mühe der Information**

Viele Jugendliche sehen Informationen als eine wichtige Voraussetzung für eine reflektierte und vernünftige Wahlentscheidung. Woher aber „gute“ Informationen nehmen?

- ▶ Analysieren Sie M₁₁ und vergleichen Sie die Ergebnisse mit Ihrem eigenen Verhalten. Warum vertrauen mehr Jugendliche den Massenmedien als der Familie oder den Freunden? Wie ist das bei Ihnen? Versuchen Sie eine Erklärung dafür zu geben! Welche Nachteile könnte eine Information alleine über Massenmedien haben? Wie und wo könnte man noch an Informationen kommen?
- ▶ „Massenmedien“ ist ein weiter Begriff. Was gehört da alles dazu? Reihnen Sie die Sammlung nach eingeschätzter Qualität der Informationen. Bedeutet „gute Qualität“ immer auch eine große Anstrengung beim Lesen bzw. Zuhören? Lohnt sich die Mühe überhaupt?

A₉**Partnerarbeit**
Rollenspiel**Auch die WählerInnen werden kritisiert ...**

Angesichts abnehmender Wahlbeteiligung wird in Kommentaren bereits die Wahlteilnahme an sich als Erfolg verbucht. Demgegenüber gibt es aber auch Kritik an der Wählerin bzw. dem Wähler. Diese bzw. dieser sei sich u.a. ihrer oder seiner Verantwortung nicht bewusst, leicht beeinflussbar und alles andere als ein/e kritische/r BeobachterIn der Politik. Die nachstehenden Materialien sollen eine Auseinandersetzung mit diesen Argumenten ermöglichen.

- ▶ Lesen Sie M₉ zuerst alleine und unterstreichen Sie alle unbekanntenen Begriffe. Danach versuchen Sie in Partnerarbeit, diese Unklarheiten mittels Fremdwörterbuch, Lexikon oder Internet zu klären. Die Ergebnisse werden im Plenum besprochen.
- ▶ Bearbeiten Sie in Partnerarbeit den Text mithilfe eines fiktiven Interviews. Das Interview soll in einer Nachrichtensendung gebracht werden, die besonders Jugendliche ansprechen soll. Eine/r übernimmt die ReporterInnenrolle, während die bzw. der andere als kritische/r WissenschaftlerIn die Aussagen in M₉ vertritt. Versuchen Sie, die Schwierigkeit der verwendeten Begriffe an das Zielpublikum anzupassen und eine Basis an zentralen Fragestellungen bzw. Gesprächsimpulsen zu erarbeiten. Das Interview kann übrigens über die Aussagen in M₉ hinausgehen und weitere, themenverwandte Aspekte berücksichtigen.

- ▶ Durch Losen werden drei Paare ermittelt, die ihr Interview aufführen. Die anderen erhalten Beobachtungsaufträge, z.B.: Wie realistisch äußern und verhalten sich die Beteiligten?
- ▶ In der Reflexionsphase sollen zunächst die Spielerfahrungen erörtert werden und danach die inhaltlichen Botschaften. Halten Sie die Kritik an der Wählerin, dem Wähler für berechtigt? Wo ist sie zutreffend und wo erscheint sie Ihnen überzogen? Beurteilen Sie das Wahlverhalten der Ihnen bekannten Menschen und beurteilen Sie es im Hinblick auf den „Anforderungskatalog“ in M₉. Welche Anforderungen halten Sie für sinnvoll und welche glauben Sie erfüllen zu können? Welche Anforderungen stellen eine Überforderung dar?

A₁₀

Einzelarbeit

Wahlhilfen im Internet: www.politikkabine.at und www.wahlkabine.at

Welche Partei vertritt am ehesten meine Ansichten? Bei der Beantwortung dieser schwierigen Frage könnten die beiden angeführten Homepages helfen.

- ▶ Besuchen Sie zuerst die beiden Homepages und informieren Sie sich darüber, wer diese Homepage aufgrund welcher Überlegungen bzw. Methoden erstellt. Vergleichen Sie auch die Angebote auf den beiden Homepages.
- ▶ Sehen Sie sich den Fragebogen auf www.politikkabine.at an und beurteilen Sie die Schwierigkeit der Fragen. Beantworten Sie noch nicht die Fragen! Notieren Sie all jene Fragen, welche Sie nicht verstanden haben, die Sie aber besonders interessieren würden. Warum sind diese Fragen für Sie besonders wichtig?
- ▶ Versuchen Sie für diese Fragen eine ausreichende Quantität und Qualität an Information zu beschaffen, sodass Sie eine begründete Entscheidung in diesen Fragen treffen können. Welche Probleme traten bei der Informationssuche auf und welche Suchstrategien und Informationsquellen erwiesen sich als besonders hilfreich?
- ▶ Beantworten Sie jetzt den Fragebogen und reflektieren Sie die Ergebnisse. Wie sehr weichen die Ergebnisse von Ihren Erwartungen ab und warum? Wie sehr vertrauen Sie den Ergebnissen hier? Könnte damit Ihr WählerInnenwille verändert werden? Welche Probleme sehen Sie bei einem derartigen Test?

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁

Vertrauen von österreichischen Jugendlichen (15–25) in politische Institutionen

vertraue der Institution ...	überhaupt nicht/ ein wenig	weder – noch	sehr viel/viel
Amnesty International	22	30	49
Greenpeace	28	33	39
Europäisches Parlament	35	42	24
Europäische Kommission	35	42	22
Parlament	28	50	20
Regierung	36	46	19
Attac	37	48	15
Parteien	40	48	13
PolitikerInnen	52	37	11

Angaben in Prozent

Quelle: SORA: Political Participation of young people in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union (EUYOUPART). WP8/D15 – Working Paper on National Survey Results. National Report: Austria. Wien 2005, S. 31.

M₂ T-Shirts mit Botschaft

© Pflieger Grafikdesign

M₃ „Wie bildest du dir deinen Wählerwillen?“ – Ein Gesprächsleitfaden

- ▶ Welche Faktoren waren für deine erste Wahlentscheidung auf Nationalratswahlebene ausschlaggebend?
Wer bzw. was hatte damals besonderen Einfluss auf dich? Wie beurteilst du heute diese Beeinflussung?
- ▶ Hat sich seit der ersten Wahl deine politische Orientierung verändert oder wählst du nach wie vor die gleiche Partei?
Warum hast du dich für eine andere Partei entschieden?
- ▶ Triffst du deine Wahlentscheidungen eher aufgrund des Vertrauens zu einer Politikerin bzw. einem Politiker oder sind dir Sachargumente über die Linie einer Partei wichtiger?
- ▶ Woher beziehst du deine Informationen für Wahlentscheidungen?
Welche Informationsquellen hältst du für besonders glaubwürdig bzw. unglaubwürdig und warum?

(Wenn Sie wollen, können Sie hier noch andere Fragen an Ihre (Groß-)Eltern formulieren, die Sie in diesem Zusammenhang noch persönlich interessieren würden!)

M₄ Fiktives Gespräch vor der Nationalratswahl zwischen Anna (17) und Konstantin (16)

Wenn ich überhaupt wähle, halte ich mich an meine Freundin. Die kennt sich da aus.

Bei mir ist das ganz anders. Beim Wählen, da bin ich null beeinflussbar.

Quelle: Christian Reiner

M₅**Schwierige Politik?**

Ein Nationalratsabgeordneter hat die Aufgabe, auf seinem Fachgebiet [z.B. Gesundheit oder Asylpolitik] das Gesetzgebungsverfahren im Sinne seiner Partei zu beeinflussen. Dazu verhandelt er zunächst mit den Kollegen der eigenen und der anderen Parteien. Er berät sich mit den zuständigen Beamten des zuständigen Ministeriums. Er hört sich die Meinungen von einigen Experten an. Er tauscht sich mit seinen Mitarbeitern aus, mit Vertrauten im Wahlkreis, wenn möglich sogar mit Menschen, die von dem geplanten Gesetz betroffen sind.

Am Ende kämpft er in seiner Partei dafür, die eigene Position durchzusetzen. Dabei muss der Abgeordnete vieles berücksichtigen: die strategischen Ziele der Partei, die Wünsche der Koalitionspartner, die Vorgaben aus den Ministerien, die Stimmung bei Stamm- oder potenziellen Wechselwählern und anderen wichtigen Interessengruppen [z.B. Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer oder Gewerkschaften], die Empfehlung wissenschaftlicher Experten, die Auswirkung auf bestehende Gesetze, die Rechtsprechung des Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofes, europäische Gesetzgebung und internationale Verträge [z.B. Europäische Menschenrechtskonvention] und nicht zuletzt die mediale Gesamtwirkung.

Quelle: Range, Thomas: Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht, in: brand eins 4/2007, S. 102–107.

M₆**Zusammenhänge beim Wahlverhalten von Jugendlichen**

1. Je größer die Bildung der Jugendlichen ist, desto größer ist ihre Wahlbeteiligung.
2. Je größer die Bildung der Jugendlichen ist, desto mehr glauben sie an die Wirksamkeit ihrer Stimmabgabe.
3. Je höher die Bildungsabschlüsse der in einem Haushalt lebenden Personen sind, desto eher wählen die dort lebenden Jugendlichen die Grünen bzw. die ÖVP.
Bei geringeren Bildungsabschlüssen der in einem Haushalt lebenden Personen wird von den dort lebenden Jugendlichen eher die SPÖ gewählt.
4. Bei den Lehrlingen ist die FPÖ stärker vertreten, bei den AHS-SchülerInnen die Grünen und in den berufsbildenden Schulen die SPÖ.

Siehe auch die Info-Grafiken „Wahlpräferenz nach Alter/Geschlecht“ und „Wahlpräferenz nach Erwerbsstatus“ auf S. 32 idB.

Quellen: Thesen 1-2: <http://www.bpb.de/publikationen/QTUBD5.html>, Thesen 3-4 beziehen sich auf das Wahlverhalten der 16–18-Jährigen bei der Wiener Geminderatswahl 2005, Ö1-Mittagsjournal, Wählen ab 16. Jugendliche wählen anders, 14.03.2007, <http://oe1.orf.at/inforadio/74164.html?filter=3> (letzter Zugriff Juli 2007)

M₇**„Wie oft erscheint dir Politik so kompliziert, dass du sie nicht verstehst ...“**

Eine Befragung österreichischer Jugendlicher

	Burschen	Mädchen	15–18 Jahre	19–25 Jahre	gesamt
immer	7	7	6	8	7
oft	20	38	31	28	29
manchmal	38	35	40	34	36
kaum	24	15	20	19	19
nie	11	5	4	11	8
total	100	100	100	100	100

Angaben in Prozent

Quelle: SORA, Political Participation of young people in Europe, 2005, S. 11.

M₈ Frequenz der Verfolgung politischer Themen in den Nachrichten

	Burschen	Mädchen	15–18 Jahre	19–25 Jahre
jeden Tag	28	19	19	27
ein paar Mal in der Woche	25	22	20	26
ein-/zweimal die Woche	20	28	27	22
weniger oft	20	24	26	19
nie	7	7	8	6
total	100	100	100	100

Quelle: SORA, Political Participation of young people in Europe, 2005, S. 8; Angaben in Prozent

M₉ Wie mündig ist die Wählerin bzw. der Wähler?

Politiker werden /.../ nicht von einer jenseitigen Macht eingesetzt, sondern in Demokratien werden sie gewählt; gewählt von einer meist relativen Mehrheit, die somit nicht schuldlos ist an den Fehlentwicklungen [gemeint sind hier insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, der Abbau des Sozialstaates und die zunehmende Umweltbelastung]. /.../ Doch wie kommen in Demokratien inkompetente „Eliten“ /.../ an die Macht? Bestehen nicht auch gewisse Defizite im kompetenten Wahlverhalten? /.../ Politische Sensibilität, Zivilcourage, solidarisches Verantwortungsbewusstsein für den Zusammenhalt, für die Zusammengehörigkeit der Gesellschaft, der klare Blick für politische Scharlatanerie sollten dem umworbene „mündigen Bürger“ nicht abgehen. Verdrossenheit über die Zustände ist berechtigt, aber mit dem Rückzug ins Private werden die Zustände nur weiter befestigt. /.../ Die harmoniebedachte Treuherzigkeit, gebrochene Wahlversprechen zu vergessen und immer wieder die verheißungsvolle Zuversichtsrhetorik für bare Münze zu nehmen, zeugt von bedenklich großem Respekt für die Mächtigen /.../ und von geringem Zutrauen in die Veränderbarkeit der Politik durch demokratische Courage.

Quelle: Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln 2006, S. 13.

M₁₀ Klaus, 19 Jahre, zum Thema Wahlen und Information

Aber den Durchblick hast du nicht und trotzdem gehst du wählen. Ich hab' den Durchblick auch nicht, und deshalb gehe ich nicht wählen. Das ist einfach mein Entschluss: Bevor ich nicht durchblicke, gehe ich nicht zur Wahl.

Quelle: Nach http://www.fluter.de/look/issues/issue8/pdf/fluter_wahlen.pdf (letzter Zugriff Juli 2007)

M₁₁ Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit politischer Informationsquellen bei Jugendlichen

	Wichtigste Quelle (Zahl der Nennungen an 1. Stelle)	Glaubwürdigste Quelle (Einzelnennung)
Massenmedien	75	46
Gespräche mit der Familie	10	20
FreundInnen und KollegInnen	5	7
Schule und Universität	5	15
Jugendorganisationen oder Vereine	1	2

Angaben in Prozent, der Rest auf 100 Prozent machte keine Angaben.

Quelle: Filzmaier, Peter: Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen. Kurzbericht zur Pilotstudie. Wien 2007, S. 18.

Christian Reiner

Studium Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung sowie Geographie und Wirtschaftskunde Lehramt; Veröffentlichungen zur Fachdidaktik von Geographie und Wirtschaftskunde.

Elfriede Windischbauer

Was wollen Wählerinnen?

Vorstellungen von weiblichem Wählerwillen am Beispiel der Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich

Vergleichbar mit der Diskussion um die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre war im Vorfeld der Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich im Jahr 1918 der zu erwartende Wählerinnenwille von zentraler Bedeutung in der Diskussion: Jede Partei fürchtete Verluste durch das Wahlverhalten der Frauen.

Bezug zum Informationsteil

Barbara Steininger: Der Souverän und die Volksvertretung

Lehrplanbezug

Stoff der 4. Klasse Hauptschule bzw. AHS-Unterstufe, im Sinne des Erlasses für Politische Bildung in allen Klassen der Oberstufe einsetzbar.

Lernziele

- ▶ SchülerInnen erfassen, auf welche Weise Frauen ein bestimmter Wählerwille zugeschrieben wurde und welche Folgen dies für die politische Debatte rund um das Frauenwahlrecht hatte.
- ▶ Die SchülerInnen erkennen, mit welchen Mitteln Wahlplakate Einfluss auf WählerInnen nahmen bzw. nehmen.
- ▶ Die SchülerInnen rekonstruieren Geschichte aus Text- und Bildquellen.
- ▶ Die SchülerInnen stellen Gegenwartsbezüge her.

Zentrale Fragestellungen

- ▶ Welche Befürchtungen hinsichtlich weiblichen Wahlverhaltens bestanden?
- ▶ Wie wurde versucht, Einfluss auf weiblichen Wählerwillen zu nehmen?
- ▶ Welche Frauenbilder wurden in der Diskussion um die Einführung des Frauenwahlrechts propagiert und weitertradiert?
- ▶ Wie können SchülerInnen dazu befähigt werden, (historische) Wahlplakate zu analysieren?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

- ▶ Zu Arbeitsvorschlag 1: Das Material (M₁) stammt aus einer Rede Ignaz Seipels zum Frauenwahlrecht aus dem Jahr 1917. Im zweiten Material (M₂) fasst eine Historikerin Argumente der BefürworterInnen des Frauenwahlrechts zusammen. Die SchülerInnen sollen nun Argumente für das Frauenwahlrecht sammeln und sich überlegen, wie die Rede einer Befürworterin/eines Befürworters gelautet haben könnte. Dieser Vorschlag eignet sich für SchülerInnen ab der 10. Schulstufe.
- ▶ Zu Arbeitsvorschlag 2: Diese Darstellung stammt aus einer wissenschaftlichen Abhandlung zur Entwicklung des Frauenwahlrechts in Österreich. Die SchülerInnen sollen dem Text Informationen entnehmen, die sie im folgenden Rollenspiel – einer Diskussionsrunde – anwenden können. Um sicherzustellen, dass möglichst unterschiedliche Meinungen vertreten werden, sollte gemeinsam mit den SchülerInnen eine grobe Zuteilung erfolgen. Um eine Diskussion auf möglichst hohem Niveau zu ermöglichen, sollten die SchülerInnen Vorbereitungszeit erhalten, um in Kleingruppen Argumente zu sammeln. Dieser Vorschlag eignet sich für SchülerInnen ab der 10. Schulstufe.
- ▶ Zu Arbeitsvorschlag 3: Die SchülerInnen sollen zeitgenössische Wahlplakate zunächst in Partnerarbeit und anschließend in einer Klassendiskussion mit Hilfe von Arbeitsfragen dekonstruieren. Dieser Vorschlag eignet sich (mit Unterstützung durch die Lehrperson) für SchülerInnen ab der 8. Schulstufe.
- ▶ Arbeitsvorschlag 4 stellt Gegenwartsbezüge her.

ARBEITSAUFGABEN

A₁

Diskussion

Historische Argumente zum Frauenwahlrecht

Lesen Sie M₁ und M₂. GegnerInnen des Frauenwahlrechts meldeten sich bis kurz vor der Einführung des Frauenwahlrechts zu Wort. So z.B. hielt Ignaz Seipel, Theologe und später Bundeskanzler, noch Ende November 1917 eine Rede gegen die Einführung des Frauenwahlrechtes.

1. Sammeln Sie zunächst die Argumente, die Seipel in dieser Rede gegen das Frauenwahlrecht anführt.
2. Welche Argumente der BefürworterInnen des Frauenwahlrechts führt die Historikerin in ihrem Beitrag an? Fassen Sie diese zusammen.
3. Entwerfen Sie nun die Rede eines Befürworters (auch Männer unterstützten die Frauenwahlrechtsbewegung) bzw. einer Befürworterin des Frauenwahlrechts.
4. Tauschen Sie in einer Klassendiskussion Ihre Ergebnisse aus.

Fragen zur Diskussion

- ▶ Worin sollte nach Seipels Ansicht der Wille der Frauen bestehen?
- ▶ Wie erklären Sie sich Seipels Haltung?

A₂Rollenspiel
Diskussion**Debatte für/gegen Frauenwahlrecht**

Lesen Sie M₁, M₂ und M₃. Stellen Sie sich vor, Sie befänden sich im Jahr 1917 auf einer Versammlung, in der die Einführung des Frauenwahlrechts debattiert wird. Bestimmen Sie vor der Diskussion einige RednerInnen, die folgende Meinungen vertreten:

- ▶ Mehrere Frauen und Männer treten vehement für ein in allen Belangen gleichberechtigtes Wahlrecht für Männer und Frauen ein.
- ▶ Mehrere Frauen und Männer wollen das Wahlrecht für Frauen in bestimmten Punkten einschränken, da sie ein bestimmtes Wahlverhalten der Frauen befürchten.
- ▶ Einige Frauen und Männer sind überhaupt gegen die Einführung des Frauenwahlrechts.

Bereiten Sie in Kleingruppen Ihre Argumentationslinie grob vor, bevor die Diskussion eröffnet wird. Vergessen Sie nicht, eine Diskussionsleiterin/einen Diskussionsleiter zu bestimmen!

A₃Einzelarbeit
Diskussion**Umworbene Frauen**

Nachdem österreichische Frauen bei den →Nationalratswahlen 1919 erstmals ihre Stimme abgeben durften, versuchten die meisten Parteien, den weiblichen Wählerwillen, das Stimmverhalten der Frauen, durch spezifische Wahlwerbung zu beeinflussen.

Betrachten Sie die beiden Wahlplakate sorgfältig und analysieren Sie diese mit Hilfe der Fragen. Notieren Sie Ihre Ergebnisse für die folgende Klassendiskussion.

Fragen zu M₄: Wahlplakat der Sozialdemokraten

1. Beschreiben Sie zunächst genau, was Sie auf diesem Plakat sehen.
2. Auf welches vergangene Ereignis wird Bezug genommen? Wer wird für dieses Ereignis verantwortlich gemacht?
3. Wie werden Farben und Schrift eingesetzt?
4. Welches Frauenbild steht hier im Zentrum? Welche Mittel werden zur Darstellung dieses Frauenbildes angewendet? Welche Eigenschaften werden Frauen hier direkt und indirekt zugeschrieben?
5. Entspricht dieses Frauenbild Ihrer Meinung nach der Zeit (ca. 1919) oder stellt es einen Bruch dar?
6. Welcher „Wille“ wird hier den Frauen zugesprochen bzw. unterstellt?
7. Aus welcher Motivation sollen Frauen sozialdemokratisch wählen?

Fragen zu M₄: Wahlplakat der Christlichsozialen

1. Wie lauten die Schlüsselwörter auf diesem Plakat?
2. Welche Gegensätze werden im Text hergestellt?
3. Wie wird versucht, an gemeinsame Interessen zu appellieren?
4. Welches Frauenbild steht hier im Zentrum? Welche Mittel werden zur Darstellung dieses Frauenbildes angewendet? Welche Eigenschaften werden Frauen direkt oder indirekt zugesprochen?
5. Entspricht dieses Frauenbild Ihrer Meinung nach der Zeit (1919) oder stellt es einen Bruch dar?
6. Welcher „Wille“ wird hier den Frauen zugesprochen bzw. unterstellt? Aus welchen Motiven sollen Frauen christlichsozial wählen?

Vergleichen Sie nun die beiden Plakate

- ▶ Können Sie Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten feststellen?
- ▶ Inwieweit ist das auf diesen Plakaten bevorzugte Frauenbild heute noch zeitgemäß?

A₄

Einzelarbeit

Das Frauenbild auf Wahlplakaten

Vergleichen Sie die moderneren Plakate aus M₅ mit den Plakaten aus M₄.

1. In welchen Rollen werden Frauen auf diesen Plakaten dargestellt?
2. Können Sie einen Wandel in den Rollen der dargestellten Frauen feststellen? Wenn ja: Worauf führen Sie diesen zurück?
3. Welche Zielgruppe soll mit diesen Plakaten besonders angesprochen werden?

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁

Ignaz Seipel zum Frauenwahlrecht im Jahr 1917

Also eine Notwendigkeit, zum Frauenwahlrecht überzugehen, sehe ich nicht. Ob dieses aber wenigstens nützlich wäre, ist eine andere Frage. Doch glaube ich, sagen zu müssen, dass die plötzliche Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle Frauen von Übel wäre. Es würden dadurch noch viel mehr ungeschulte /.../ Personen in die politische Arena gerufen, als es ohnehin schon der Fall ist. Aber sollen wir den Frauen das Wahlrecht mit den Pflichten und Lasten, die es mit sich bringt, aufbürden? Dürfen wir es tun? Gerade darin hätte sich die Ritterlichkeit der Männer zu zeigen, dass sie den Frauen das Hinabsteigen auf den politischen Kampfplatz ersparen, wie umgekehrt ja auch die Frauen den Männern die häuslichen Sorgen abnehmen. Man bedenke nur, welche Schwierigkeiten sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht mit sich brächte. Das aktive Wahlrecht: Welche Gefahr, dass der politische Zwiespalt in die Familien hineinkommt. Sollte man aber meinen, dass die Frau doch ohnehin mit dem Mann gleicher Meinung sein würde, dann ist das ganze Wahlrecht überflüssig. /.../ Berufen wir daher zunächst die Frauen immer mehr in die Ämter, bevor wir sie zum Wahlrecht heranziehen. Lassen wir sie nur recht mitarbeiten in den Armenräten, Waisenräten, in den Fürsorgeämtern, Ernährungsämtern und was es dergleichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung mehr gibt. Dann werden wir schon sehen, was sich an weiteren Bedürfnissen erübrigt.

Quelle: Mazohl-Wallnig, Brigitte (Hrsg.): Die andere Geschichte 1. Eine Salzburger Frauengeschichte von der ersten Mädchenschule (1695) bis zum Frauenwahlrecht (1918). Salzburg–München 1995, S. 315f.

M₂**Argumente der BefürworterInnen des Frauenwahlrechts**

Immer wieder sind in der Forschung zwei Hauptstränge der Argumentation von Frauenwahlrechtsbewegungen festgehalten und einander entgegengesetzt worden: Einerseits das Wahlrecht als angeborenes Natur- bzw. Staatsbürgerrecht, das auch Frauen zustehe, andererseits die Notwendigkeit einer selbstständigen Interessenvertretung der Frauen im Staat, da die Geschlechterdifferenz eben keine Repräsentation durch Väter, Ehemänner oder Brüder erlaube. Tatsächlich waren der Gleichheitsgrundsatz und die Geschlechterdifferenz aber für die Frauenbewegung kein Gegensatz, sondern sie kopelten oft beides miteinander.

Im Rahmen des Gleichheitsgrundsatzes wurde besonders auf die Steuerpflicht der Frauen aufmerksam gemacht. Das Schlagwort „No Taxation Without Representation“ veranlasste einige der Befürworterinnen auch dazu, die Steuerzahlung zu verweigern und die öffentliche Versteigerung ihres Hab und Guts hinzunehmen. Heute schwerer nachzuvollziehen sind Überlegungen der Frauenwahlrechtsbewegungen zum Geschlechterdualismus. Hier ist aber die Einbindung der Frauenbewegungen in die vorherrschenden Diskurse ihrer Zeit zu berücksichtigen. Sie akzeptierten Geschlechtercharakterisierungen als Teil ihres Selbstverständnisses und hoben die Notwendigkeit der Vertretung ihrer spezifischen Interessen, aber auch die positiven Auswirkungen von „Weiblichkeit“, insbesondere Mütterlichkeit, auf Gesellschaft und Staat hervor /.../

Quelle: Bader-Zaar, Birgitta: Politische Partizipation als Grundrecht in Europa und Nordamerika. Entwicklungsprozesse zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, in: Grandner, Margarete/Schmale, Wolfgang (Hrsg.): Grund- und Menschenrechte. Historische Perspektiven – aktuelle Problematiken. Wien 2002, S. 247f.

M₃**Die Angst vor den Frauen**

In allen Parteien waren die Politiker sehr beunruhigt über die Unüberschaubarkeit der neuen Wählermasse. Sie befürchteten einen Wahlsieg ihrer jeweiligen Gegner als Folge des Frauenwahlrechts. So standen nicht alle sozialdemokratischen Parteimitglieder wirklich hinter dem Frauenwahlrecht, denn einige meinten, Frauen würden zu sehr unter dem Einfluss traditioneller Denkstrukturen und des Klerus stehen. Einige Politiker waren daher interessiert, sich Informationen über das angeblich spezifische Wahlverhalten von Frauen zu verschaffen. Bei den Debatten schlugen Sozialdemokraten und Deutschnationale vor, verschiedenfarbige Stimmzettel bzw. Kuverts oder verschiedene Wahlurnen zu verwenden. Erst bei den Nationalratswahlen 1920 wurde die Idee der verschiedenfarbigen Kuverts verwirklicht. Die Christlichsozialen und Deutschnationalen versuchten, das Frauenwahlrecht, allerdings erfolglos, zu manipulieren. Frauen würden – durch den Krieg bedingt – mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten stellen. Daher gab es z.B. den Antrag, statistische Erhebungen für die Zahl der Wahlberechtigten einzuholen, damit die Altersgrenze für das Stimmrecht der Frauen so festgelegt werden könnte, dass Frauen und Männer in gleicher Zahl wahlberechtigt seien. Ein weiterer Vorschlag war, das Wahlrecht erst ab 24 Jahren (statt 21 Jahren) einzuführen, aber dabei Soldaten mit Tapferkeitsauszeichnungen ab dem 20. Lebensjahr wählen zu lassen, was ein gewisses Gegengewicht zu den Frauenstimmen bedeutet hätte. Sehr viel mehr Debatten löste die Frage der Wahlpflicht aus. Diese Maßnahme sollte die „unpolitischen Frauen“ dazu bringen, wählen zu gehen und sich damit der befürchteten Übermacht der Sozialdemokratie entgegenzustellen. /.../ Regierung und Hauptausschuss der Nationalversammlung wollten aber Einblick in die Folgen des „Frauenwahlrechts“ haben, und so bestimmte der § 59 der Vollzugsanweisung 1920: „Das Wahlkuvert wird für Männer aus lichtgrauem, für Frauen aus blau-grauem Papier hergestellt.“

Quelle: Bernold, Monika u.a.: Wer wählt, gewinnt? 70 Jahre Frauenwahlrecht, in: www.demokratiezentrum.org/media/pdf/frauenwahlrecht.pdf, 6.6.2007, S. 14ff

M₄ Wahlplakate bei den Nationalratswahlen 1919



Quelle: www.onb.ac.at/ariadne/projekte/frauen_waehlet/Muetterdenkt08.html



Quelle: www.onb.ac.at/ariadne/projekte/frauen_waehlet/Maedchen08.html

Der Text lautet:
 Christlich-deutsche Frauen und Mädchen!
 Lasset nicht durch Verfechter der Ehereform!
 Eure hehre, leuchtende Stellung als
 Gattin, Hausfrau und Mutter
 gegen ein unsicheres, dunkles Los vertauschen.
 Lasset die katholische Ehe nicht zu einem lösbaren
 Verträge heruntersinken, der Euch nur Sorge und
 Elend brächte.
 Stellet Euch an die Seite von
 Millionen katholischer Frauen und Mädchen,
 die in einer Massenpetition an die National-
 versammlung die Unauflöslichkeit
 der katholischen Ehe
 in flammender Begeisterung forderten, wählet nur
 die Bekämpfer der Ehereform,
 das sind die
 christlichsozialen Wahlwerber!

1 Dieser Aufruf richtet sich gegen Sozialdemokraten und Liberale, welche für die Zivilehe anstatt der kirchlichen Ehe eintraten.

Unter diesen Internet-Adressen sind die Plakate in Farbe zu finden!

© beide Plakate: ÖNB FLU Wien

M₅ Frauen als Zielgruppe in Wahlkämpfen seit den 1970er-Jahren



Wahlplakat der SPÖ aus dem Jahr 1970

Quelle: www.demokratiezentrum.org/startseite/tehem/demokratiedebatten/politische_bildstrategien.html

© Fotodokumentation Kunisch



Wahlplakat der Grünen 1994

Diese und andere Wahlplakate von 1945–2002 sind auf der Internetplattform www.demokratiezentrum.org zu finden. Alle Wahlplakate sind mit ausführlichen Bildtexten versehen. Sie sollten ergänzt werden durch jeweils aktuelle Wahlplakate, auf denen Frauen zu sehen sind.

Literatur

Bock, Gisela: Frauen in der europäischen Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2000.
 Ecker/Gutschner/Rohr/Wiesmayr/Windischbauer: geschichte.aktuell 1. CD-ROM/ Materialien. Linz 2006.

Elfriede Windischbauer, Mag. Dr.

Studium der Geschichte und Germanistik, Lehrerin an der Übungshauptschule in Salzburg, Lehrende an der Pädagogischen Hochschule Salzburg (Fachdidaktik Geschichte, Interkulturelles Lernen); eine Reihe von Publikationen, z.B. zum Offenen Lernen und zu geschlechtergerechtem Geschichtsunterricht.

Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Gerhard Tanzer

Der NichtwählerInnenwille

Bezug zum In-formationsteil	Peter Filzmaier: Ein unaufhaltsamer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo Barbara Steininger: Der Souverän und die Volksvertretung
Lehrplanbezug	AHS-Lehrplan „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ Bildungs- und Lehraufgabe: Es soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden. 7. Kl.: Politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse
Lernziele	<ul style="list-style-type: none">▶ Die SchülerInnen sollen das Phänomen der zurückgehenden Wahlbeteiligung anhand von Tabellen beschreiben und mögliche Ursachen nennen können.▶ Sie sollen Motive von NichtwählerInnen kennenlernen und Erklärungsversuche vornehmen können.▶ Sie sollen zu einem eigenen Urteil gelangen, ob und wie sehr die Nichtbeteiligung an Wahlen dem demokratischen System schadet.
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Wie viele NichtwählerInnen gibt es? Ist ein Trend ablesbar?▶ Gibt es in Österreich Besonderheiten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?▶ Was könnte dazu veranlassen, nicht vom Wahlrecht Gebrauch zu machen?▶ Wie sind die Motive der NichtwählerInnen zu bewerten? Was kann man ihnen jeweils entgegenhalten?▶ Schadet Nichtwählen der Demokratie?▶ Könnte/sollte man durch eine Änderung des Wahlrechts bzw. des Wahlmodus die Wahlbeteiligung erhöhen?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Nach jeder Wahl wird mit Bangen auf die Anzahl der NichtwählerInnen geblickt: Sind sie wieder mehr geworden? Ist unsere Demokratie in Gefahr, wenn das so weitergeht? Und nach den Schrecksekunden: Was können wir tun, um das nächste Mal wieder mehr WählerInnen zu mobilisieren? Auch wenn man sich da gelassen zurücklehnt und die sinkende Wahlbeteiligung nicht als alarmierendes Krisenzeichen, sondern als einen Weg zu „normalen“ Verhältnissen in einer funktionierenden Demokratie sieht¹: Einigkeit herrscht darüber, dass die „Politikverdrossenheit“ bzw. „Politikerverdrossenheit“ über kurz oder lang dem Parlamentarismus schadet.² Dadurch ist auch Politische Bildung gefordert, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.

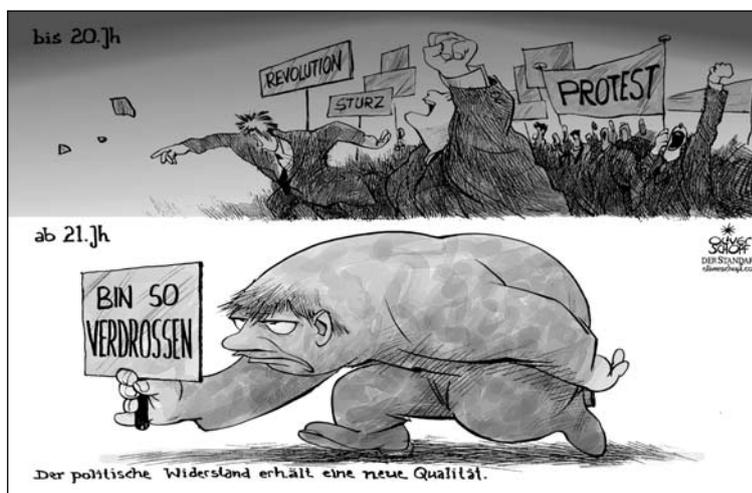
Politische Bildung soll einerseits ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Demokratie als Form nur dann sinnvoll ist, „wenn aktiver Gebrauch von bestimmten politischen Freiheitsrechten gemacht wird“³, und das bedeutet auch: wenn es verantwortungsvolle WählerInnen gibt. Daher ist es auch notwendig, sich im Klassenverband ernsthaft mit Sympathien fürs Nichtwählen-Wollen auseinanderzusetzen. Allerdings ist eine solche Position der Reflexion zugänglich zu machen, die SchülerInnen sollen Gründe und Gegengründe finden, sodass sie am Ende der Lerneinheit zu einem bewussteren Urteil und dann auch Verhalten gelangen können.

EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN

E₁

Einzelarbeit

Die Karikatur von Oliver Schopf soll einen Einstieg ins Thema bieten; ihr liegt bereits eine These zur Wahlmüdigkeit der Bevölkerung zugrunde, nämlich eine Motivverschiebung vom aktiven Protest zur Resignation. Möglicherweise gewinnt das Thema an Relevanz, wenn man die SchülerInnen zuvor mit Äußerungen „in ihrer Sprache“ konfrontiert und die Karikatur als eine der Antworten darauf präsentiert. Solche Äußerungen finden sich speziell vor Wahlen zuhauf. Welche man der Klasse zumutet, hängt von ihrer Zusammensetzung ab. Eine Stellungnahme der heftigeren Art ist zum Beispiel: „Gehe ich zur Wahl, so habe ich nur die Auswahl zwischen Absahnern, Dummschwätzern und Apparatschiks. Gehe ich nicht zur Wahl, so entscheiden einige wenige darüber, wer absahnen, dummschwätzen usw. darf.“⁴ Wer solche Statements als Einstieg verwendet, sollte allerdings darauf achten, dass das Ziel der Lerneinheit nicht aus den Augen verloren wird und in eine Debatte über die Moral der PolitikerInnen abgeleitet.



© Oliver Schopf, Der Standard
Quelle: Der Standard, 26./27. Juni 2004

- 1) Was ist das Thema dieser Karikatur?
- 2) Welche Entwicklung wird behauptet? Formulieren Sie für diese Botschaft eine These.
- 3) Kommt in der Karikatur eine Wertung zum Ausdruck?

ARBEITSAUFGABEN

A₁

Einzelarbeit

Unterrichtsgespräch

Zunächst stellt sich allerdings die Frage nach der Quantität des Problems, diese können die SchülerInnen mit Hilfe des Moduls M₁ „Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1945–2006“ beantworten sowie mit den Tabellen „Wahlbeteiligungsraten in Österreich 2003 bis 2006 im Vergleich“ und „Parlamentswahlen in EU-Europa und den USA 2006“ im Artikel von Peter Filzmaier (siehe S. 46 und 47 idB). Methodisch eignet sich dafür am besten ein Unterrichtsgespräch, da die Interpretation der Zahlen wohl nicht ohne die Hilfe des Lehrers oder der Lehrerin möglich sein wird. Das Ergebnis wird dem Trend die Dramatik nehmen, weil es eine stark differenzierte Interpretation nahelegt, und führt zur Frage nach den tiefer liegenden Ursachen der Wahlabstinenz.

- A₂**
Gruppenarbeit
 Bekanntermaßen deklarieren sich NichtwählerInnen nur selten, es ist daher nicht zielführend, SchülerInnen in Gruppen ausschwärmen zu lassen, um von PassantInnen in der Umgebung der Schule ihre Meinung zum Wählen einzuholen. Hilfreich kann hingegen eine Website sein, die anlässlich der deutschen Bundestagswahl 2005 von dem unabhängigen Netzwerk „politik-digital.de“ eingerichtet wurde und noch immer online ist: Auf www.ich-gehe-nicht-hin.de konnten NichtwählerInnen ihre Motive artikulieren. Diese Statements (in M₂ angeführt) lassen die SchülerInnen einige ausschlaggebende Faktoren herausfinden, die Klaus Poier in seiner Studie über das Nichtwählen anführt: den Wohlstand, das Versagen der PolitikerInnen, das Wahlvolk selbst (Nachlassen des Gefühls, Verantwortung zu tragen)⁵.
 Es ergeben sich aber auch weitere Gesichtspunkte wie die Form der →repräsentativen Demokratie, die manche denken lässt, als Einzelne/r ohnehin nichts bewirken zu können, oder, im Gegenteil, in der sich manche überfordert fühlen, eine Entscheidung zu treffen. Lediglich die Medien müssten in diesem Zusammenhang eigens thematisiert werden, wenn die SchülerInnen nicht von alleine darauf stoßen.
- Folie erarbeiten**
 Erstellen Sie (günstig: in Gruppen) eine Folie, indem Sie die einzelnen Aussagen von M₂ mit Schlagwörtern versehen, geben Sie eine kurze Erklärung dazu (Welcher „Wille“ steckt dahinter? Welches Handlungsziel?) und bereiten Sie sich auf eine Präsentation des Ergebnisses vor.
- A₃**
**Präsentation
 Diskussion**
 Eine Gruppe präsentiert ihre in A₂ erstellte Folie vor der Klasse, die anderen Gruppen ergänzen/verbessern. Nun folgt eine Diskussion über die Berechtigung der Motive. Zur Fixierung der Diskussionsergebnisse arbeiten alle SchülerInnen M₂ nochmals durch, indem sie zu jedem Motiv eine wertende Stellungnahme abgeben. Eine Alternative wäre, die Gruppen arbeitsteilig Antworten ausformulieren zu lassen, allerdings besteht dann die Gefahr, dass eine Einheitlichkeit der Bewertung vorgetäuscht wird, die die persönlichen unterschiedlichen Ansichten zum Thema einebnen/verwischt. Bezüglich des Motivs der Überforderung können die LehrerInnen auf www.wahlkabine.at oder www.politikkabine.at verweisen.
- A₄**
Gruppenarbeit
 Im nächsten Abschnitt untersuchen die SchülerInnen Möglichkeiten, das Wahlsystem zu modifizieren (diese Aufgabe setzt natürlich Wissen über das bestehende Wahlsystem voraus. Siehe dazu Artikel Barbara Steininger idB und Heft „Von Wahl zu Wahl“. Informationen zur Politischen Bildung 21. Wien–Innsbruck–Bozen 2004). Derzeit aktuell: E-Voting. Auf der Grundlage von M₃, M₄ und M₅ werden Chancen und Risiken thematisiert und als Plus-Minus-Liste an der Tafel festgehalten. Mit einer Abstimmung am Schluss kann man ein Meinungsbild erheben.
- A₅**
**Kampagnenarbeit
 mit Plakaten**
 Nun folgt der abschließende kreative Teil der Unterrichtseinheit: Die SchülerInnen sollen eine Kampagne starten, die mittels Plakaten die BürgerInnen aufruft, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Ich habe das einmal in einem Projekt versucht, bei dem die SchülerInnen mittels Plakaten in mehreren Bezirken Wiens dafür warben und PassantInnen mit Argumenten zu überzeugen versuchten.⁶ Die Erstellung der Plakate wurde vom Grafiker Peter Frank (vermittelt über KulturKontakt Austria) betreut – mit Erfolg, wie die Abbildungen bei M₆ zeigen.

M₁ Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1945–2006

Jahr	Beteiligung in Prozent	Jahr	Beteiligung in Prozent
1945	94,3	1979	92,2
1949	96,8	1983	92,6
1953	95,8	1986	90,5
1956	96,0	1990	86,1
1959	94,2	1994	81,9
1962	93,8	1995	86,0
1966	93,8	1999	80,4
1970	91,8	2002	84,3
1971	92,4	2006	78,5
1975	92,9		

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007. Wien 2007, S. 484 via
http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/webobj/023890.pdf#pagemode=bookmarks
 (letzter Zugriff am 20.06.07)

M₂ „Ich gehe nicht hin“

Anlässlich der deutschen Bundestagswahl 2005 konnten NichtwählerInnen auf der Website www.ich-gehe-nicht-hin.de ihre Motive artikulieren. Im Folgenden ein kleiner Ausschnitt aus den zahlreichen Beiträgen:

- *Ich wähle nicht, weil ich den Politikern nichts mehr glauben kann. Vor der Wahl wird alles versprochen und hinterher kann keiner, mit immer neuen Begründungen, die Versprechen halten. Die Politiker lassen sich von der Großindustrie zu deren Nutzen leiten, kürzen dem Bürger sein schwer verdientes Geld, um es der Industrie und deren Managern in den Rachen zu werfen. Die Politiker von ganz Europa sind nicht fähig, dem Bürger Hoffnung zu geben. Ich werde wahrscheinlich zur Wahl gehen, aber den Wahlzettel ungültig abgeben.*
- *Ich wähle nicht, weil ich überhaupt keinen Schimmer von Politik habe. Und nur weil mir ein Gesicht besser gefällt als das andere, sehe ich das nicht als Grund genug an, um wählen zu gehen.*
- *Wählen? Parteien? Abgeordnete? Was interessiert mich Politik! Mir geht's doch gut.*
- *Wenn das System eines Tages ehrlich genug ist, dass ich meine Stimme für Pharmaindustrie, Autohersteller und Energiewirtschaft geben kann, mache ich mein Kreuzchen. Die Parteien selbst sind nichts weiter als deren Marionetten, die zu funktionieren haben.*
- *Ich wähle nicht, weil ich nicht informiert bin, nicht die Werkzeuge besitze wie ein Akademiker (wie suche ich Infos, was muss ich wissen), mir Infos zusammensuchen, und somit nicht zu einer Entscheidungsfindung gelangen kann, ohne mich mit den Parteien auseinanderzusetzen! Bei diesem Hintergrund kann ich nicht ernsthaft eine Stimme abgeben. /.../*
- *Ich wähle nicht, weil ich nicht mit meiner Stimme für die finanzielle Absicherung einer gewissen Klasse von Abzockern sorgen möchte. Erst wenn diese Leute gelernt haben, dass „Allgemeinwohl“ wichtiger ist als „mein Wohl“, könnte ich wieder an die Wahlurne gehen. Ansonsten scheint es mir sowieso keine wählbare Alternative zu geben. /.../ Die Leidtragenden sind ja doch nur wir „Kleinen“. So oder so.*
- *Ich wähle nicht, weil die mathematische Wahrscheinlichkeit, dass meine Stimme etwas ändert, geringer ist als die Wahrscheinlichkeit eines Lottogewinns.*

Quelle: <http://www.taz.de/dx/2005/07/26/a0110.1/text> (abgerufen am 2.6.07)

M₃ E-Voting

Große Hoffnungen wurden mancherorts auch auf das „E-Voting“, also auf die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe, gesetzt. Die bisherigen – natürlich nur punktuellen – Erfahrungen mit dem E-Voting verliefen allerdings eher ernüchternd. So z.B. sind, wie aus einem Bericht der Electoral Reform Society hervorgeht, die bei den englischen Lokalwahlen 2003 durchgeführten E-Voting-Trials nicht erfolgreich verlaufen. Als E-Voting-Methoden wurden Stimmabgaben per Internet, per Telefon, Rückkanal-TV und per SMS erprobt. Insgesamt beteiligten sich 59 Gemeinden mit immerhin 6,5 Mio. Einwohnern an dem Experiment, darunter 32 Gemeinden mit Briefwahl und 17 mit E-Voting als Zusatzangebot zur herkömmlichen Stimmabgabe. Nur in einer der E-Voting-Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung, in Summe ergab sich jedoch ein leichter Rückgang um 1,5 Prozent, während sie in den ausschließlich herkömmlich abstimmenden Gemeinden zumindest gleich (niedrig) blieb. Nüchternes Fazit: E-Voting erhöht den Komfort, nicht aber die Zahl derer, die es der Mühe wert finden, zu wählen. Der Versuch der Regierung, durch elektronische Stimmabgaben von zu Hause die Wahlbeteiligung zu erhöhen, ist damit vorerst gescheitert. Eine Zunahme konnte hingegen in den Briefwahlgemeinden registriert werden. Dort erreichte die Wahlbeteiligung rund 50 Prozent, gemessen an kontinentaleuropäischen Standards immer noch keine besonders hohe Teilnahme, aber eine deutliche Zunahme.

Quelle: Bauer, Werner: Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, S. 15

M₄ Weltpremiere: Estland wählt per Internet

Estland ermöglicht als erstes Land der Welt, dass Staatsbürger in einer nationalen Parlamentswahl auch online abstimmen dürfen. Während die Wahl mittels klassischer Stimmabgabe erst am 4. März stattfindet, sind die Esten bereits von 26. bis 28. Februar eingeladen, ihre Stimme per Internet abzugeben. Durchgeführt wird das elektronische Voting mittels Bürger-ID-Karte sowie einem Kartenlesegerät, das an den eigenen Computer angeschlossen werden muss. Zusätzlich abgesichert wird das System über eine zweifache Passwort-Eingabe. /.../ Es wird geschätzt, dass rund 20.000 bis 40.000 der knapp 940.000 Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machen werden, online zur Wahlurne zu surfen. „Man muss sich im Klaren sein, dass E-Voting derzeit noch ein Randgruppen-Programm ist, das für gewisse Bevölkerungsgruppen jedoch von großem Wert ist“, meint Krimmer. So könne E-Voting die Stimmabgabe für mobile Staatsbürger, die sich im Ausland befinden, oder aber auch für Menschen mit Behinderungen entscheidend erleichtern, ist Krimmer überzeugt.

Quelle: Die Presse, 26. Februar 2007 unter:
<http://www.diepresse.com:80/home/techscience/internet/113383/index.do>, Zugriff 20.06.2007, vom Autor gekürzt.

M₅ E-Voting: Erhöhung der Wahlbeteiligung per Mausclick?

Kasten von Peter Filzmaier idB S. 51

M₆ Gib deiner Meinung Farbe!


Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org → Themen → Demokratiedebatten
 © SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse in Wien/Gerhard Tanzer, 2006.

Die Wahlplakate sind im Rahmen eines Schulprojekts von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse in Wien entworfen worden. Eine Auswahl sowie die oben abgebildeten Plakate sind auf www.demokratiezentrum.org zugänglich. Das Projekt wurde von einer Aktion der Initiative österreichischer Werbeagenturen und Medien zur Steigerung der Wahlbeteiligung (1993–1994) inspiriert. (siehe Webtipp unten)

Gerhard Tanzer, Mag. Dr.

Studium der Geschichte und Deutschen Philologie, Lehrer am Schulzentrum Ungargasse. Publikationen: „Spectacle müssen seyn. Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert“, Zeitschriftenbeiträge zu historischen und pädagogischen Themen.

- 1 In einem Aufsatzband 1992 veröffentlichte gegensätzliche Positionen von Dieter Roth und Ursula Feist referiert Werner T. Bauer: Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, S. 5 (<http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf>). Ausschnitte aus diesen beiden Arbeiten, für SchülerInnen aufbereitet, findet man im Netz unter http://www.bpb.de/popup/popup_grafstat.html?url_guid=YGCE87
- 2 siehe: Bauer, Wenn die Wähler, S. 11
- 3 Vgl. BMBWK: Demokratie-Lernen in Europa. Wien 2005, S. 11. Diesen Bericht über das Projekt „Education for Democratic Citizenship“ findet man auch unter www.coe.int/edc > Ressources > Documents and publications > Documents ordered by language
- 4 Forums-Beitrag auf www.orf.at, Nachrichten, 12. September 2004.
- 5 Vgl. Poier, Klaus: Nichtwählerstudie. Demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und die Steiermark. Forschungsbericht des Instituts für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz, Juni 2004.
- 6 Siehe dazu Artikel von Barbara Steininger idB sowie Forum Politische Bildung (Hrsg.): Von Wahl zu Wahl. Innsbruck–Wien (u.a.) 2004, 104 Seiten (Heft 21 der Informationen zur Politischen Bildung)


WEBTIPP

www.demokratiezentrum.org

- ▶ Plakatentwürfe der Initiative österreichischer Werbeagenturen und Medien zur Steigerung der Wahlbeteiligung in der Wissenstation „Alle Macht geht vom Volk aus“
 Pfadangabe: www.demokratiezentrum.org → Wissen → Wissensstationen → Alle Macht geht vom Volk aus → Gallery

Glossar

Bundesrat/Abgeordnete zum Bundesrat

Der Bundesrat ist in Österreich die „zweite Kammer“ mit der primären Aufgabe, die Interessen der Länder im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu vertreten. Er verfügt über ein aufschiebendes Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des →Nationalrats. Ein absolutes Veto hat er bei Verfassungsgesetzen oder -bestimmungen, die die Kompetenzen der Bundesländer einschränken, bei Staatsverträgen, die den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, sowie bei Gesetzen, die den Bundesrat und dessen Rechte selbst betreffen. Gesetze bezüglich der Bundesfinanzen werden dem Bundesrat lediglich zur Kenntnis gebracht. Abgeordnete zum Bundesrat können Gesetzesanträge an den →Nationalrat stellen, können politische Anliegen sowie dringliche Anfragen an die Bundesregierung richten. Die Abgeordneten werden je nach Stärke der Parteien in den →Landtagen von diesen für die Dauer der jeweiligen Landtagsgesetzgebungsperiode entsandt. Die Zahl der MandatarInnen pro Bundesland ist von der jeweiligen Bevölkerungszahl abhängig. Derzeit gibt es 62 BundesrätInnen. Das größte Land delegiert zwölf, das kleinste zumindest drei.

Quelle: www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=886,81156&dad=portal&_schema=PORTAL

Bundesversammlung

Sie stellt neben dem →Nationalrat und dem →Bundesrat das dritte parlamentarische Organ dar und wird von den Mitgliedern des Bundes- und des Nationalrates gebildet. Ihr obliegen wesentliche Entscheidungen betreffend den Bundespräsidenten/die Bundespräsidentin: Angelobung; Ansetzen einer Volksabstimmung zur Absetzung; Entscheidung über behördliche Verfolgung. Darüber hinaus entscheidet die Bundesversammlung über Kriegserklärungen.

Quelle: www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=887,81111&dad=portal&_schema=PORTAL

Einpersonenwahlkreis

Auch: Einerwahlkreis. Es steht pro Wahlkreis ein/e KandidatIn pro wahlwerbender Partei zur Wahl. Nur ein →Mandat wird in diesem Wahlkreis vergeben, also nur ein/e KandidatIn kann ins Parlament gewählt werden.

Quelle: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.): Wahlsysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich. Wiesbaden 2006, S. 31f.

Enquete-Kommission

Eine Enquete-Kommission kann vom Hauptausschuss des →Nationalrats für die Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Angelegenheiten eingesetzt werden. Sie wird in der Regel von Abgeordneten gebildet, die wiederum ExpertInnen und Sachverständige beiziehen können. Die Arbeit einer Enquete-Kommission endet in einem Bericht an den Nationalrat,

in welchem alle während der Beratungen geäußerten Meinungen wiederzugeben sind.

Quelle: www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/SK/VLESESAAL/TRANS/DOKUMENTE/FORUMPARL2-2003.PDF#search=%22Enquete-Kommission%20%22

Gemeinderat

Er ist das oberste Organ in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches von Gemeinden (d.h. in jenen Bereichen, die exklusiv oder überwiegend im Interesse der Gemeinde liegen und selbstständig besorgt werden können). Die Mitglieder werden von den wahlberechtigten GemeindebürgerInnen (inklusive der ansässigen EU-StaatsbürgerInnen) für fünf bzw. sechs Jahre gewählt. Im Burgenland, in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg ist eine Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin angeordnet. In den anderen Ländern werden diese aus dem und durch den Gemeinderat gewählt. Gemeinderatssitzungen sind zum großen Teil öffentlich, die BürgerInnen können an diesen (ohne Mitsprache- und Stimmrecht) teilnehmen.

Quellen: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1997; Öhlinger, Theo: Verfassungsrecht. Geschichte, Grundprinzipien, Organisation. Wien 1993, S. 130ff

Homogenitätsprinzip

Es ist im Bundesverfassungsgesetz verankert und besagt, dass die Bedingungen des aktiven und passiven Wahlrechtes auf Landtags- und Gemeindeebene nicht enger gezogen sein dürfen als die Wahlordnung zum →Nationalrat. Im Zuge der Wahlrechtsreform 2007 auf Bundesebene kommt es daher auch zu einer Wahlaltersenkung auf Landtags- und Gemeindeebene.

Quelle: www.ris.gv.at

Kryptographie-Verfahren

Der Begriff Kryptographie bezeichnet die Verschlüsselung (Chiffrierung) von (geheimen) Informationen. Bei E-Voting werden mit Hilfe solcher Verfahren die abgegebenen Stimmen vor einer Manipulation geschützt.

Quelle: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Kryptologie>

Kurie/Kurienwahlrecht

Die Wahlberechtigten waren bis 1896 in vier Kurien eingeteilt. Mitglieder der ersten drei Kurien (Großgrundbesitzer, Handels- und Gewerbekammer sowie Städte) waren gegenüber der vierten Kurie (Landgemeinden) klar bevorzugt. Sie konnten die Abgeordneten direkt wählen und ihre Stimmen zählten mehr als jene der vierten Kurie. Die Mitglieder der vierten Kurie konnten nur Wahlmänner wählen, die dann die Abgeordneten zum Reichsrat wählten (= indirektes Wahlrecht). In manchen Kronländern mussten Mitglieder der vierten Kurie ihre Stimme öffentlich abgeben. Ab 1896 gab es eine fünfte allgemeine,

nicht → zensusgebundene Wählerklasse – ebenfalls mit nur indirektem Wahlrecht. Die Wahlberechtigten der ersten vier Kurien durften in der fünften Wählerklasse ein weiteres Mal wählen (Pluralwahlrecht).

Quelle: Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Wien 1985

Landtag

Landtage sind die gesetzgebenden Organe für die Bundesländer und vertreten deren Interessen gegenüber dem Bund. Ihr Zuständigkeitsbereich ist in der Österreichischen Bundesverfassung geregelt. In die legislativen Agenden der Landtage fallen das Baurecht, die Raumordnung, der Natur- und Landschaftsschutz, Jagd und Fischerei, das Veranstaltungswesen, die Wohnbauförderung, das Kindergarten- und Hortwesen und die Sozialhilfe. Darüber hinaus obliegt dem Landtag die politische Kontrolle der Landesregierung, die Genehmigung des von der Landesregierung vorgelegten Landesbudgets. Die Abgeordneten werden alle fünf bzw. in Oberösterreich alle sechs Jahre gewählt. Die Mitglieder des Landtages wählen den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau, die Landesregierung, den Landtagspräsidenten/die Landtagspräsidentin, die Mitglieder der Ausschüsse im Landtag sowie die Mitglieder des → Bundesrats.

Quelle: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien 1997

Legislaturperiode

Legislaturperiode oder synonym Wahlperiode beschreibt den Zeitraum, für den eine Volksvertretung (→ Nationalrat, → Landtag, → Gemeinderat) gewählt ist und in dem sie ihren Aufgaben nachkommt. Die Angaben über Legislaturperioden sind immer maximale Zeitangaben, sie können kürzer dauern, wenn vorzeitig Neuwahlen stattfinden.

Quelle: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. München-Wien 2000, S. 341

Mandat

Aus dem Lateinischen: Auftrag, Weisung. Im politischen System versteht man unter dem Begriff die durch Wahl einem/einer Gewählten erteilte Vertretungsbefugnis in einem Repräsentativorgan. Die erzielten Stimmen werden in Mandate übertragen. Man spricht vom sogenannten Grundmandat oder Direktmandat, wenn eine Partei in einem Wahlkreis genügend Stimmen für ein Mandat erzielt hat. Mit dem Begriff „freies Mandat“ wird die Stellung des/der Abgeordneten im Parlament charakterisiert: Diese/r ist als RepräsentantIn des Volkes an keine Weisungen und Aufträge gebunden und nur dem Gewissen verpflichtet.

Quellen: <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/lexikon/grundmandat.html>; <http://lexikon.meyers.de/meyers/Mandat> www.politikwissen.de/lexikon/mandat.html;

Mehrebenensystem

Englisch: *multi-level governance*. Der Begriff bezeichnet das Zusammenspiel unterschiedlicher (europäischer, nationaler, regionaler und lokaler) Ebenen von politischen Entscheidungsstrukturen im politischen System.

Quellen: http://lexikon.meyers.de/meyers/Europ%C3%A4ische_Integration, <http://www.governance.at/?pid=3>

Nationalrat/Abgeordnete zum Nationalrat

Wichtigste Aufgabe des Nationalrates ist die Bundesgesetzgebung. Darüber hinaus verfügt er über bedeutende Kontrollfunktionen: Prüfung der Arbeit der Regierung in Form von Anfragen; die Möglichkeit, der Regierung bzw. Regierungsmitgliedern das Vertrauen zu entziehen und dadurch des Amtes zu entheben; Richten politischer Anliegen an die Regierung; Kontrolle der finanziellen Gebahrung öffentlicher Einrichtungen. Bislang wurde der Nationalrat für vierjährige Gesetzgebungsperioden gewählt. Nach der Wahlrechtsreform 2007 werden diese künftig fünf Jahre dauern. Der Nationalrat kann sich mit einfacher Mehrheit selbst auflösen bzw. von dem/der BundespräsidentIn – auf Vorschlag der Regierung – aufgelöst werden. Der Nationalrat besteht aus 183 Abgeordneten, die nach den Grundsätzen des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts gewählt werden. Abgeordnete erhalten ihr → Mandat für eine Gesetzgebungsperiode (Wiederwahl ist möglich). Abgeordnete genießen parlamentarische Immunität und können für mündliche und schriftliche Äußerungen im Nationalrat nur von diesem selbst verantwortlich gemacht werden. Eine Straftat eines/r Abgeordneten darf erst nach Zustimmung des Nationalrats behördlich verfolgt werden. Abgeordnete schließen sich in der Regel zu parlamentarischen Klubs (zumindest fünf MandatarInnen) zusammen, womit zahlreiche parlamentarische Rechte einhergehen, z.B. das Einbringen von Anträgen und das Verlangen auf dringliche Behandlung einer Anfrage.

Quelle: www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=888,1&_dad=portal&_schema=PORTAL

Parlamentarische Demokratie

Parlamentarische Demokratie bezeichnet jene → repräsentativen Demokratien, die entlang den Regelungen des Parlamentarismus gestaltet sind. Sie ist ein Synonym für politische Systeme, in denen das Parlament das zentrale Organ im Prozess der politischen Entscheidungsprozesse darstellt und der Regierung das Vertrauen entziehen und sie damit absetzen kann.

Quelle: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. München-Wien 2000, S. 442

Partizipation

Beteiligung im Sinne von Teilnahme wie Teilhabe, also Mitwirkungsmöglichkeiten von Einzelnen oder Gruppen an Entscheidungsprozessen und Handlungsabläufen in übergeordneten Organisationen und Strukturen. Politische Partizipation bedeutet die aktive Teilnahme und

Teilhabe des Volkes am politischen Entscheidungsprozess im politischen System. Ihre Formen sind vielfältig und reichen von der Teilnahme an Wahlen, Formen direkter Demokratie, Mitgliedschaft und Aktivität in beruflichen Interessenvertretungen und politischen Parteien bis hin zu zivilgesellschaftlichem Engagement wie Demonstrationen oder Streiks.

Quellen: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München 2001, S. 363 ff.; <http://lexikon.meyers.de/meyers/Partizipation>

Proporz

Proporz bedeutet in der Politik, dass öffentliche Ämter bzw. politisch erstrebenswerte Ämter und Güter entsprechend der zahlenmäßigen politischen Stärke an im Wettbewerb stehende, jedoch am politischen Ausgleich interessierte Gruppen vergeben werden. In Österreich ist der Proporz bei der Bildung der Landesregierungen des Burgenlandes, Kärntens, Niederösterreichs, Oberösterreichs und der Steiermark vorgesehen. Österreich galt vor allem während der ÖVP/SPÖ-Regierung zwischen 1945 und 1966 als Paradebeispiel einer Demokratie mit ausgeprägtem Proporz. Hier sollten die während der Kriegs- und Zwischenkriegszeit aufgerissenen Gräben zwischen den politischen Lagern überbrückt werden. Der Proporz gewährleistete einen Interessens- und Machtausgleich zwischen den Parteien und damit gegenseitige Kontrolle. Im allgemeinen Sprachgebrauch in Österreich wird als Proporz vor allem die Praxis der Regierungsparteien bezeichnet, Posten im öffentlichen Dienst und in der verstaatlichten Wirtschaft mit Parteimitgliedern zu besetzen.

Quellen: www.demokratiezentrum.org; Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart 2004, S. 576

Referendum

In Österreich wird im Rahmen von Volksabstimmungen vom „Referendum“ (oder synonym Plebiszit, Volksentscheid) gesprochen. Referenden sind (wie Volksbegehren und Volksbefragungen) Elemente direkter Demokratie. Laut Bundesverfassungsgesetz sind Volksabstimmungen lediglich über einen Gesetzesbeschluss des →Nationalrates möglich. Ein fakultatives (freiwilliges) Referendum ist bei einfachen Bundesgesetzen auf Antrag einer einfachen Mehrheit und bei Bundesverfassungsgesetzen auf Antrag eines Drittels der Abgeordneten zum Nationalrat möglich. Eine Gesamtänderung der Bundesverfassung erfordert ein obligatorisches (verpflichtendes) Referendum (wie vor dem österreichischen EU-Beitritt). Ein fakultatives Referendum kann auf Wunsch der Regierung, des Parlaments und der Wahlbevölkerung initiiert werden. Volksabstimmungen sind auf Vorschlag der Regierung vom Bundespräsidenten/von der Bundespräsidentin anzuordnen.

Quellen: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. München-Wien 2000, S. 581; Öhlinger, Theo: Verfassungsrecht. Geschichte, Grundprinzipien, Organisation. Wien 1993, S. 104f

Repräsentative Demokratie

Demokratische Herrschaftsform, bei der die politischen Entscheidungen und die Kontrolle der Regierung nicht unmittelbar vom Volk, sondern von einer Volksvertretung ausgeübt werden. Die vom Volk gewählten Parlamente bilden den Kern jeder repräsentativen Demokratie. Sie sind auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene das Organ der BürgerInnen, indem sie das Volk verkörpern – „repräsentieren“ – und die für die BürgerInnen maßgeblichen Entscheidungen treffen.

Quelle: www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/lexikon/demokratie_repraesentative.html,

www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=VQR4VG

Souverän

In diesem Kontext meint Souverän das Volk als Inhaber der höchsten Gewalt im Staat. Die Volkssouveränität (der Volkswille) äußert sich in Demokratien in Wahlen und Abstimmungen und dadurch, dass dieser Wille durch gewählte Organe vertreten wird.

Quelle: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. München-Wien 2000, S. 627

Spin doctors

WahlkampfstrategInnen, zumeist externe BeraterInnen einer wahlwerbenden Partei. Der Begriff entstand in den USA, „to spin“ bedeutet „einen Dreh geben“. Spindoktoren versuchen strategisch, einem Thema im Wahlkampf einen bestimmten Dreh zu geben beziehungsweise einen Kandidaten/eine Kandidatin mediengerecht zu inszenieren und zu positionieren. Ziel ist es, dass die wahlwerbende Partei bzw. der/die KandidatIn zu seinen/ihren Gunsten in den Medien „richtig rüberkommt“.

Quelle: Meinhart, Edith/Schmid, Ulla: Spin Doktoren. Die hohe Schule der politischen Manipulation. Wien 2000, S. 16-21

Weißbuch

Eine Sammlung von Dokumenten, die Regierungen in einem farbigen Umschlag gebunden veröffentlichen. Neben Weißbüchern gibt es verschiedene Buntbücher. Die EU-Kommission veröffentlicht ebenfalls Weißbücher. Es gibt auch nicht amtliche Farbbücher (z.B. Schwarzbücher, in denen z.B. auf politisch nicht korrekte Produktionsbedingungen von Waren verwiesen wird).

Quelle: Meyers großes Taschenlexikon in 25 Bänden, Band 6. Mannheim-Leipzig-Wien-Zürich 2001, S. 268

Zensuswahlrecht

Das Zensuswahlrecht war ein eingeschränktes Wahlrecht, das das Recht zu wählen an das Erbringen einer bestimmten Steuerleistung (Einkommenszensus) knüpfte. Je nach Höhe der Steuerleistung waren die Wahlberechtigten in vier →Kurien aufgeteilt.

Quelle: Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 812f

Sämtliche Internetzugriffe erfolgten im Juli 2007

Weiterführende Hinweise

Die hier aufgelisteten Hinweise rund um die Themen Wählen und Partizipation stellen eine kleine Auswahl dar. Zahlreiche weitere Hinweise, nützliche Webtipps sowie Adressen rund um das Thema Wahlen finden Sie auch im Band „Von Wahl zu Wahl“. Informationen zur Politischen Bildung, Band 21. Wien 2004, S. 99ff

Institutionen und Webadressen zum Thema Wahlen

Österreich

Kontaktadresse für bundesweite Wahlen

Bundesministerium für Inneres
Abt. I/5 Öffentlichkeitsarbeit
Bürgerdienst- und Auskunftsstelle
1014 Wien, Herrngasse 7
Tel.: 01/53126-3100

E-Mail: infomaster@bmi.gv.at

Die Homepage des BMI bietet zahlreiche Informationen zu Nationalratswahlen. Weiters stehen zahlreiche Dokumente zum Thema zum Download zur Verfügung. Über Links gelangt man einfach auf die Seiten der Landeswahlbehörden der einzelnen Bundesländer, auf denen gleichfalls Informationen rund ums Wählen abrufbar sind.

Web: www.bmi.gv.at/wahlen/

Kontaktadressen für Auskünfte zu Landtags- und Gemeinderatswahlen

Bei folgenden aufgelisteten Institutionen erhalten Sie Informationen rund um das Thema Wahlen. Die Online-Angebote der einzelnen Bundesländer bieten statistische Daten über bereits abgehaltene Wahlen, Angaben über bevorstehende Wahlen und zum Teil grundlegende Informationen über Landtags- und Gemeinderatswahlen.

Amt der Burgenländischen Landesregierung

Abteilung 2 – Gemeinden und Schulen

Tel.: 02682/600

E-Mail: post.gemeindewesen@bgld.gv.at

Web: <http://wahlen.bgld.gv.at/>

Amt der Kärntner Landesregierung

Abteilung 1 W – Wahlen/Staatsbürgerschaft

Tel.: 0463/536-30112

E-Mail: post.abt1.wahlen@ktn.gv.at

Web: www.wahlen.ktn.gv.at/wahlen/bisher.nsf

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Abteilung 1 W – Wahlen/Staatsbürgerschaft

Tel.: 02742/9005-0

E-Mail: post.iww2@noel.gv.at

Web: www.noel.gv.at/service/politik/Wahlen/

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Tel.: 0732/7720

E-Mail: buergerservice@ooe.gv.at

Web: www.land-oberoesterreich.gv.at/wahlen/

Bürgerbüro Salzburger Landesregierung

Tel.: 0662/8042-2035

E-Mail: buergerburo@salzburg.gv.at

Web: www.salzburg.gv.at/buerger-service/lb-az/lb-sz/lb-wahl.htm

www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/

Amt der Steirischen Landesregierung

Fachabteilung 7A – Büro der Landeswahlbehörde

Tel.: 0316/877-4571

E-Mail: fa7a-wahl@stmk.gv.at

Web: www.wahlen.steiermark.at

Amt der Tiroler Landesregierung

Tel.: 0512/508

E-Mail: post@tirol.gv.at

Web: www.tirol.gv.at/nationalratswahl/

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Tel.: 05574/511-0

E-Mail: land@vorarlberg.at

Web: www.vorarlberg.at/vorarlberg/sicherheit_inneres/inneres/wahlen/uebersicht.htm

Wien, MA 62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Tel.: 01/4000-89418

E-Mail: min@m62.magwien.gv.at

Web: www.wien.gv.at/wahlinfo/

Europäische Union/Europa

Wählen in der EU

Auf diesen Sites der Homepage der Europäischen Union können Informationen über die rechtlichen Grundlagen für das aktive und passive Wahlrecht für Europa- und Kommunalwahlen für EU-BürgerInnen in allen EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen werden.

<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l23026.htm>
(Kommunalwahlen)

<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l23025.htm>
(EU-Wahlen)

Wahlseiten des EU-Parlaments

Auf den Homepages des EU-Parlaments zu den EU-Wahlen 2004 und 1999 finden sich zahlreiche Übersichten über die Wahl, über die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen nach Ländern sowie Informationen über die EU-ParlamentarierInnen. Darüber hinaus bietet die Seite zahlreiche Links zu Websites, die Statistiken und Informationen rund um Wahlen in Europa, aber auch global anbieten.

www.europarl.europa.eu/elections2004

www.europarl.europa.eu/election/default.htm

Europäischer Wahl-Monitor der Robert Schuman Stiftung

Hier sind in drei Phasen geteilte Informationen und Analysen in englischer Sprache zu Wahlen in Europa ab

2002 abrufbar: Einen Monat vor einer Wahl werden Ergebnisse der vorangegangenen Wahl, Informationen über die wahlwerbenden Personen/Parteien und aktuelle Inhalte im Wahlkampf publiziert; eine Woche vor der Wahl wird eine Übersicht über die Wahlkampagnen und die Wahlprognosen online gestellt; nach der Wahl werden die Wahlergebnisse online veröffentlicht.
www.robert-schuman.eu/archives_oe.php

International

Election Resources on the Internet

Auf dieser Website finden sich sehr übersichtlich aufrufbare Informationen über Wahlen und wahlwerbende Parteien sowie Kurzinformationen über die verschiedenen nationalen politischen Systeme.
<http://electionresources.org/>

IDEA – International Institute for Democracy and Electoral Assistance

IDEA ist eine internationale Organisation, die sich die Förderung nachhaltiger Demokratisierung weltweit zum Ziel gesetzt hat. Demokratische Institutionen und Prozesse werden durch ExpertInnen gefördert und Diskussionen rund um das Thema Demokratie forciert. Auf der Homepage findet sich unter anderem auch das „International IDEA's Voter Turnout“, eine umfassende englischsprachige Online-Sammlung statistischer Informationen über politische Partizipation bei nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit 1945.
www.idea.int/vt/choosing.cfm

IFES ElectionGuide

Auf dieser Website finden sich seit 1998 englischsprachige Informationen über Wahlen, Parteien und KandidatInnen, Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung weltweit. Darüber hinaus finden sich auch Basisinformationen über nationale Wahlordnungen.
www.electionguide.org/

Websites zum Thema Demokratie, Mitbestimmen und Mitmachen

Parlament

Die Website des österreichischen Parlaments bietet grundlegende Informationen über den österreichischen Parlamentarismus, das aktuelle parlamentarische Geschehen sowie die Geschichte des Parlaments und die Abgeordneten zum Nationalrat ab 1918, weiters Kontaktadressen und Telefonnummern zu den parlamentarischen Klubs und den Abgeordneten zum National- und zum Bundesrat. Es ist möglich, diese persönlich oder schriftlich zu kontaktieren. Unter dem Projekttitel „Demokratiewerkstatt – Kinder im Parlament“ erhalten Kinder und Jugendliche dem Alter der Kinder entsprechende Führungen (6–10 und 11–14 Jahre) durch das Parlament, in denen Demokratie und Parlamentarismus erklärt und spielerisch die Neugier auf Politik geweckt wird. Unter >„Parlamentsservice“ finden Sie Informationen über die Möglichkeit, das Parlament zu besuchen, sowie das BürgerInnenservice des Parlaments

für Auskünfte zum parlamentarischen Geschehen.
www.parlament.gv.at

Bundesjugendvertretung (BJV)

Die BJV ist eine gesetzlich verankerte Interessensvertretung von jungen Menschen mit sozialpartnerschaftlichen Status. Mehr als 40 Kinder- und Jugendorganisationen mit verschiedenen Positionen sind in ihr vereinigt. Die BJV vertritt mehr als eine Million junge Menschen, bündelt ihre politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen und erarbeitet Positionen. Ziel ist es, ihre Anliegen publik zu machen und den Jugendlichen mehr Recht zur Mitbestimmung zu verschaffen.
<http://bundesjugendvertretung.at>

www.jugendbeteiligung.cc

Auf der Website der Arbeitsgemeinschaft Partizipation, deren Zielsetzung die Förderung von Jugendpartizipation ist, können Beispielprojekte für Jugendpartizipation aufgerufen werden. Darüber hinaus werden hier Fortbildungsangebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit für in der kommunalen Jugendarbeit beschäftigte Personen online angekündigt.
www.jugendbeteiligung.cc

Jugendinfo

Auf der Website finden sich im Bereich „Infos A–Z“ viele nützliche Informationen zu verschiedensten Themen – unter anderem auch zum Thema „Mitbestimmen“. Darüber hinaus wird zu Partizipationsprojekten in den Bundesländern und in Europa verlinkt.
www.jugendinfo.at

Kinderrechte – www.kinderrechte.gv.at

Auf dieser Site des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend sind neben allgemeinen Informationen und Dokumenten über Kinderrechte in Österreich und International unter dem Bereich „Weitere Themen“ auch Informationen über „Wählen mit 16“ sowie „Partizipation“ abrufbar.
www.kinderrechte.gv.at

Demokratiezentrum Wien

Das virtuelle Wissenszentrum www.demokratiezentrum.org bietet eine Fülle an Informationen und Wissensbausteinen zum politischen System Österreichs im europäischen Kontext und zu Themen der Politischen Bildung. Das Modul „**Wahlen**“ (im Bereich *Themen* unter *Demokratiedebatten* abrufbar) bietet u.a. umfassende Informationen über die Wahlrechtsreform 2007 sowie Plakate zur Demokratie und zur Steigerung der Wahlbeteiligung, die von SchülerInnen entworfen wurden; das Wahlplakatmodul „**Politische Bildstrategien**“ enthält eine Auswahl an Wahlplakaten von allen Nationalratswahlen seit 1945 mit ausführlichen Analysetexten und einem reichhaltigen Kontextwissen zu den Wahlergebnissen, den Wahlkampfstrategien, den Parteien und zum Wahlplakat als historische Quelle. Das unter der Rubrik Wissen aufrufbare „**Wissenslexikon**“ mit mehr als 700 Stichworten von A–Z gibt auch einen lexikalischen

Überblick zum Thema Wahlen, den Parteien, zu zentralen Begriffen, die für Politische Bildung relevant sind. Weitere erwähnenswerte Angebote zum Thema: ein mit SchülerInnen erstellter Film „Demokratie ist ...“ sowie der „Bildatlas EUropa“

www.demokratiezentrum.org

„Wählen ab 16“

Diese Broschüre des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bietet Informationen, wie das Thema „Wählen ab 16“ im Unterricht vermittelt werden kann. Downloadmöglichkeit besteht unter www.politik-lernen.at/goto/polis/details/waehlen_ab_16/

Studien zu Politikinteresse, Wahlbeteiligung und Wählerstromanalysen

ePartizipation – Jugend Aktiv

Diese Studie des Center for Advanced Studies and Research in Information and Communication Technologies & Society der Universität Salzburg untersucht das Verhalten von Salzburgs Jugend bei der Nutzung von Internet und anderen mobilen Kommunikationsformen im Kontext politischer Partizipation. www.icts.sbg.ac.at/content.php?id=1447&m_id=1011&ch_id=1444

Jugendpartizipation – Österreich. Endbericht

Eine Studie des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz aus dem

Jahr 2005. In dieser finden sich Angaben, wie die Einbeziehung von Jugendlichen gesetzlich geregelt ist, wer handelnde AkteurInnen sind und welche Voraussetzungen für die Forcierung von Jugendpartizipation nötig sind.

www.bmgfj.gv.at, Bereich → Jugend → Partizipation → „Wählen mit 16?“ → download „Nationaler Umsetzungsbericht: Partizipation in Österreich“

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

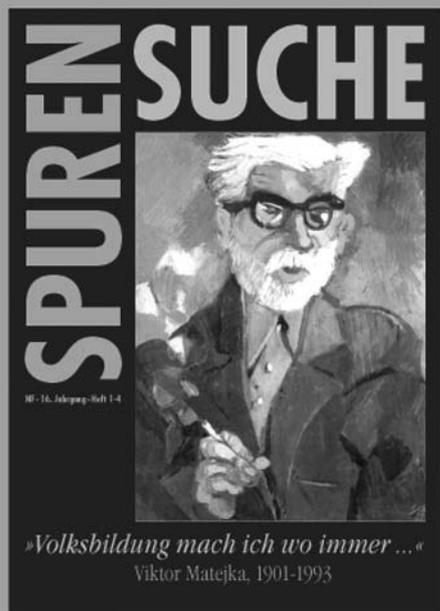
Auf der Website dieser Gesellschaft finden sich Studien über Wahlsysteme der EU-Mitgliedsstaaten sowie über das kommunale AusländerInnenwahlrecht im europäischen Vergleich.

www.politikberatung.or.at → Studien → Wahlen und Wahlrecht

Statistische Wahlanalysen und weitere Themen aus der Wahlforschung

Diese Website des Instituts für Statistik und Decision Support Systems der Universität Wien bietet umfassende statistische Daten zu Wahlen, Wahlbeteiligung und WählerInnenstromanalysen zu österreichischen Wahlen. Darüber hinaus gibt es Berichte zur Methodik von Wahlanalysen sowie zu Wahlrecht und Wahlthematik.

<http://sunsite.univie.ac.at/Austria/elections/>



Erinnerung an einen undogmatischen und kritischen Querdenker

Dokumente zum österreichischen Humanisten, Kulturpolitiker und Zeitzeugen Viktor Matejka.

Mit Beiträgen von: Renate Lotz-Rimbach, Heimo Gruber, Manfred Mugrauer, Jörg Wollenberg, Friedrich Stadler, Christian H. Stifter, Robert Streibel und einem Interview von Peter Huemer.

156 Seiten, reich illustriert. Mit zum Teil unveröffentlichtem Fotomaterial.

Preis je Ausgabe: 15,50 Euro

Bestellung: Österreichisches Volkshochschularchiv, Wien · Tel: 259 18 62

Fax: 259 18 62-15 · E-Mail: office@vhs-archiv.at

In Kürze erscheint der 17. Jahrgang

Mit Beiträgen u. a. zu den griechischen Sophisten als erste Volkshbildner, Hans Kelsen und die Erwachsenenbildung, Frauenbildung im Nationalsozialismus, Konzepte staatlicher „Bildungswohlfahrt“ im 19. Jahrhundert, Bildung als Sozialarbeit – „Settlement“ und „Toynbee-Halle“ in Wien



Mehr zum Thema Wahl in der Reihe *Informationen zur Politischen Bildung*

Hrsg. Forum Politische Bildung

Von Wahl zu Wahl

Band Nr. 21, 2004, 104 Seiten

Die Beiträge dieses Themenheftes beschreiben verschiedene Wahlsysteme, die historische Entwicklung des Wahlrechts, Politische Mediennutzung in Österreich und Beispiele medialer Inszenierung von Politik sowie Wahlen auf verschiedenen Ebenen. Einige der Beiträge sind beispielsweise:

- **Birgitta Bader-Zaar**, Historischer Überblick zur Wahlrechtsentwicklung
- **Manfried Welan**, Die Wahl zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin
- **Barbara-Anita Blümel**, Wahlen zum österreichischen Parlament
- **Johannes Pollak**, Wahlen auf europäischer Ebene
- **Christine Kisser**, Wählen in der Schule

Die Schriftenreihe *Informationen zur Politischen Bildung* ist die Fachzeitschrift für Politische Bildung. Neben gut lesbaren, prägnanten Beiträgen bietet ein ausführlicher Didaktikteil Unterrichtsbeispiele, Projektvorschläge und Materialien an, neu ist eine eigene Rubrik zur Fachdidaktik Politische Bildung. Die *Informationen zur Politischen Bildung* erscheinen 2-mal jährlich. Die Hefte aus der Reihe können von LehrerInnen und Schulbibliotheken kostenlos bestellt werden.

Bestelladressen

Für LehrerInnen und Schulbibliotheken:

Zentrum *polis* – Politik lernen in der Schule

Helferstorferstraße 5, 1010 Wien

Tel.: +43 1 42 77-274 44 / Fax: + 43 1 42 77-274 30, E-Mail: service@politik-lernen.at

Online-Bestellung: <http://www.politik-lernen.at/goto/polis/> → *polis_Shop* → zum Online Shop → Informationen zur Politischen Bildung

Darüber hinaus können die Themenhefte beim StudienVerlag bestellt werden:

Wollzeilenverlag Buchversand

Postfach 261, 1101 Wien

Tel.: +43 1 6801-4122 / Fax.: +43 1 6801-4140, E-Mail: wzv@gmx.at

Vorschau. Die nächsten Hefte der Reihe befassen sich mit folgenden Themen:

Heft Nr. 28 zum Thema **Politik und Beteiligung – Schuldemokratie** erscheint im März 2008

Heft Nr. 29 zum Thema **Politik und Kultur** erscheint im September 2008

Heft Nr. 30 zum Thema **Politik und Medien** erscheint im März 2009



ONLINEVERSION

Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com



Ergänzend zu den Beiträgen im Heft gibt es ab dem aktuellen Band auf der Website des Forums Politische Bildung weiterführendes aktuelles Material wie Texte, Tabellen und Infografiken mit ausführlichen Analysetexten für eine umfassende und vertiefende Information zum Thema Wahl.

Unterrichtsmodule auf www.politischebildung.com. Ob Wahlarithmetik, Restitution, EU-Erweiterung oder Luftverschmutzung – in der Rubrik Unterrichtsmodule wird online ein breites Spektrum an Unterrichtsbeispielen für die Praxis angeboten. Die Beispiele wurden von LehrerInnen im Forum Politische Bildung im Rahmen der Reihe Informationen zur Politischen Bildung entwickelt.

Informationen zur Politischen Bildung

forumpolitischebildung (Hg.)

- Nr. 1 Osteuropa im Wandel**, 1991 (vergriffen)
- Nr. 2 Flucht und Migration**, 1991 (vergriffen)
- Nr. 3 Wir und die anderen**, 1992 (vergriffen)
- Nr. 4 EG-Europa**
Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge
1993 (vergriffen)
- Nr. 5 Mehr Europa?**
Zwischen Integration und
Renationalisierung, 1993 (vergriffen)
- Nr. 6 Veränderung im Osten**
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
1993 (vergriffen)
- Nr. 7 Demokratie in der Krise?**
Zum politischen System Österreichs,
1994 (vergriffen)
- Nr. 8 ARBEITS-LOS**
Veränderungen und Probleme in der
Arbeitswelt, 1994
- Nr. 9 Jugend heute**
Politikverständnis, Werthaltungen,
Lebensrealitäten, 1995 (vergriffen)
- Nr. 10 Politische Macht und Kontrolle**,
1995/96
- Nr. 11 Politik und Ökonomie**
Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume
Österreichs, 1996
- Nr. 12 Bildung – ein Wert?**
Österreich im internationalen
Vergleich, 1997 (vergriffen)
- Nr. 13 Institutionen im Wandel**, 1997
- Nr. 14 Sozialpolitik**
im internationalen Vergleich, 1998
- Nr. 15 EU wird Europa?**
Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, 1999
- Nr. 16 Neue Medien und Politik**, 1999
- Nr. 17 Zum politischen System Österreich**
Zwischen Modernisierung und
Konservatismus, 2000
- Nr. 18 Regionalismus – Föderalismus –
Supranationalismus**, 2001
- Nr. 19 EU 25 – Die Erweiterung der
Europäischen Union**, 2003
- Nr. 20 Gedächtnis und Gegenwart**
HistorikerInnenkommissionen, Politik
und Gesellschaft, 2004
- Nr. 21 Von Wahl zu Wahl**, 2004
- Nr. 22 Frei–Souverän–Neutral–Europäisch**
1945 1955 1995 2005, 2004
- Nr. 23 Globales Lernen – Politische Bildung**
Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung,
2005
- Nr. 24 Wie viel Europa?**
Österreich, Europäische Union, Europa, 2005
- Nr. 25 Sicherheitspolitik**
Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung,
Datenschutz, 2006
- Nr. 26 Geschlechtergeschichte – Gleichstellungs-
politik – Gender Mainstreaming**
2006

STUDIENVerlag
Innsbruck-Bozen-Wien
ISBN: 978-3-7065-4527-3